



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Deutsche Großstädte unter Anpassungsdruck

Aktuelle und zukünftige soziodemografische
und sozioökonomische Entwicklungspfade



IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Kontakt

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Referat RS 4 „Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung“
Cornelia Müller
cornelia.mueller@bbr.bund.de

Autorinnen und Autoren

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Jürgen Göttsche-Stellmann
Teresa Grundmann
Dr. Judith Kaschowitz
Claudia Mannseicher
Cornelia Müller
Charlotte Rimke
Dorothee Winkler

Redaktion

Marius Gaßmann

Stand

September 2023

Gestaltung

Katrin Heimersheim

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bestellungen

publikationen.bbsr@bbr.bund.de; Stichwort: Deutsche Großstädte unter Anpassungsdruck

Bildnachweis

Titelbild: uslatar – stock.adobe.com

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Herausgebers übereinstimmen.

ISBN 978-3-98655-048-6

Bonn 2023

Deutsche Großstädte unter Anpassungsdruck

Aktuelle und zukünftige soziodemografische und
sozioökonomische Entwicklungspfade



Foto: Picturemakers/Düsseldorf

Liebe Leserinnen und Leser,

zu Städten haben wir fast alle eine Meinung. Eigenes Erleben, individuelle Wünsche und Wertungen über die gute oder die schöne Stadt, persönliches Behagen oder Unbehagen und vieles andere mehr fließen in die Sicht auf unsere Städte ein. Beinahe zwangsläufig durchmischen sich in der öffentlichen Debatte über Stadtentwicklung immer wieder anekdotische und empirische Evidenz.

Das BBSR berät als Ressortforschungseinrichtung das BMWSB nicht zuletzt in Fragen der Stadtentwicklung. Aufgabe ist es dabei, Stadtentwicklungstrends auf einer soliden empirischen Datenbasis zu untersuchen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Mit diesem Bericht soll dazu ein Beitrag geleistet werden.

Der Bericht nutzt dazu Daten, die im kommunalstatistischen Gemeinschaftsprojekt „Innerstädtische Raumbewertung“ (IRB) zusammengetragen wurden. In diesem Projekt stellen 55 Städte Daten auf Basis eines abgestimmten Merkmalskatalogs auf Stadtteilebene jährlich bereit. Gemeinsam mit den beteiligten Städten ist es so gelungen, eine in Deutschland einmalige Datenbasis aufzubauen.

Der Bericht konzentriert sich auf demografische und sozialstrukturelle Entwicklungen in den Städten. Er liefert also keine 360°-Grad Rundumsicht auf die Vielfalt der Stadtentwicklung. Das Potential der Daten liegt darin, intra- und interkommunale Vergleiche anstellen zu können. Dadurch wird deutlich, wie vielschichtig Stadtentwicklungsprozesse sind und wie gesellschaftliche Trends auf die Städte einwirken. Ein Anliegen des Berichts ist es weiter, die sich zukünftig abzeichnenden Herausforderungen für die Städte zu diskutieren. Die Städte sehen sich in vielen Bereichen mit einem Anpassungsdruck konfrontiert – der mit Risiken, aber auch mit Chancen verbunden ist.

Wir hoffen, mit diesem Bericht interessante Einsichten in die Entwicklung der deutschen Großstädte zu geben und wünschen Ihnen eine informative Lektüre.

Dr. Peter Jakubowski

Leiter der Abteilung Raum- und Stadtentwicklung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung	8
2 Großstädte und ihre Bedeutung für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse	10
3 Gesellschaftliche Entwicklungstrends und Auswirkungen auf Großstädte	12
3.1 Demografischer Wandel	12
3.2 Einwanderung und Integration	12
3.3 Sozialer Wandel	13
3.4 Soziale Ungleichheit	14
3.5 Wohnen	14
3.6 Segregation	15
3.7 Re- und Suburbanisierung	15
3.8 Klimawandel	15
4 Grundlagen der Analysen	17
4.1 Daten	17
4.2 Instrumente	17
4.3 Methode	23
5 Status quo: Was passiert in den Städten?	24
5.1 Einwohnerentwicklung und Bevölkerungsbewegung	24
5.2 Alter und Geschlecht	29
5.3 Ausländische Bevölkerung	36
5.4 Haushalte	45
5.5 Soziale Differenzierung	51
5.6 Zusammenfassung der Entwicklungen	57
6 Zukunft: Städte unter Anpassungsdruck	61
6.1 Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung	62
6.2 Alterung	65
6.3 Zuwachs an Kindern	68
6.4 Veränderung der Haushaltsstruktur	69
6.5 Zunehmende Internationalisierung	70
7 Fazit und Ausblick	74
Literaturverzeichnis	76
Anhang	81

1

Einführung

Städte unterscheiden sich in ihrer Struktur, Funktion und sozialen Zusammensetzung. Vor diesem Hintergrund liegt der Schluss nahe, Stadtvergleiche seien nicht durchführbar und inhaltlich nicht zielführend. Während ein Vergleich von Hamburg und München noch ohne größere Bedenken logisch erscheint, so würde ein Vergleich zwischen solch unterschiedlichen Städten wie Stuttgart, Gelsenkirchen, Weimar und Kiel schon mehr Zweifel an einer angemessenen Vergleichsperspektive hervorrufen.

Manche Autorinnen und Autoren (Löw 2008; Reckwitz 2018) sprechen von der Eigenlogik der Städte und verweisen damit auf den Umstand, wie Städte in ihrer unterschiedlichen städtebaulichen Anlage und Struktur sowie ihrer unterschiedlichen sozialstrukturellen Zusammensetzung die Bewohnerschaft und ihr Handeln beeinflussen und sie damit zu unvergleichbaren Beobachtungsobjekten werden. Städte und ihre Bewohnerschaft sind jedoch immer in Gesellschaften eingebunden und somit auch übergeordneten Trends ausgesetzt, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung (vgl. Siebel 2013: 244). Stadtentwicklung – gesamtstädtisch wie auch kleinräumig – ist mithin kein alle Städte gleichermaßen umfassender, sondern differenziert zu betrachtender Wandlungsprozess. Ihre lokalspezifische Ausprägung schließt jedoch nicht aus, dass sich im Zusammenspiel übergeordneter und regionaler bzw. lokaler Faktoren gewisse stadtübergreifende Muster herausbilden.

Es kommt also darauf an, eine Beobachtungs- und Vergleichsperspektive einzunehmen, die darauf ausgerichtet ist, jene Faktoren zu identifizieren, die einen

wesentlichen Einfluss auf die Entwicklungstrends der Städte nehmen, und zu untersuchen, wie sich dies im inter- und intrakommunalen Vergleich niederschlägt. Anhand geeigneter Vergleichskriterien sind Differenzen und Ähnlichkeiten zwischen Städten, aber auch zwischen den Stadtteilen, herauszuarbeiten und in ihren Folgen zu betrachten.

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, Stadtentwicklungstrends auf einer breiten empirischen Basis zu untersuchen und – mit aller Vorsicht – auch die nähere Zukunft deutscher (Groß-)Städte in den Blick zu nehmen. Dabei sticht die Kombination einer inter- mit einer intrakommunalen Perspektive hervor, das heißt, es werden sowohl Städte vergleichend betrachtet als auch innerstädtische Entwicklungsprozesse einbezogen. Der Bericht nutzt dazu im Wesentlichen Daten, die im kommunalstatistischen Gemeinschaftsprojekt „Innerstädtische Raumbewertung“ (IRB) zusammengetragen werden. Im Rahmen des Projektes stellen 55¹ Städte jährlich Daten auf Basis eines abgestimmten Merkmalskatalogs auf Stadtteilebene (kleinräumig) bereit. Die Teilnahme an der IRB ist dabei freiwillig und zudem abhängig von den personellen Ressourcen der Städte. Diese in Deutschland einmalige Datenbasis hat den Vorzug, städtevergleichende Trendanalysen durchführen zu können.

(1) In die in dieser Publikation enthaltenen Auswertungen flossen die Daten aus 54 Städten ein. Die Stadt Herne hat sich zwischenzeitlich dem Projekt angeschlossen, sodass zum Stand September 2023 55 Städte Teil der IRB sind.

Die Motivation zu diesen Analysen resultiert aus der politikberatenden Funktion des BBSR. Als Bundesinstitut liegt der Fokus auf bundespolitischen Themen und Handlungsfeldern. Ausgehend von dieser übergeordneten Perspektive gilt es, Veränderungsdynamiken in den Städten zu erkennen, Größenordnungen einzuschätzen und spezifische Handlungsbereiche von bundespolitischer Bedeutung zu identifizieren (vgl. Weingart/Lentsch 2008: 164ff.). Hierzu bedarf es einer differenzierten empirischen Datenbasis, die mit der laufenden Raumbenutzung auf großräumiger Ebene und der IRB auf kleinräumiger Ebene vorliegt (vgl. Gatzweiler 2011). Beide Beobachtungsinstrumente sind auf eine gesellschaftliche Dauerbeobachtung ausgerichtet und stehen in der Tradition der Sozialindikatorenbewegung (vgl. Zapf 1977). Sie nehmen Bezug auf amtliche Raumeinheiten (Kreise, Gemeinden, Stadtteile) und verfolgen deren Entwicklung kontinuierlich mittels einer Vielzahl von Indikatoren. Nur so ist es möglich, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sich Städte als Ganzes und in ihren Teilräumen entwickeln.

Die in diesem Bericht angelegte Vergleichsperspektive fokussiert auf soziodemografische und sozioökonomische Aspekte und ist damit keine „Rundumsicht“ auf alle Facetten der Stadtentwicklung. Detaillierter untersucht werden demnach demografische und sozialstrukturelle Veränderungen (Alterung, Internationalisierung, soziale Differenzierung) sowie Fragen der Mobilität (Wanderungen und Umzüge), um ein differenziertes Bild der Stadtentwicklung in Deutschland herauszuarbeiten und dabei Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten der Entwicklungspfade von Städten und

Stadtteilen aufzuzeigen. Darüber hinaus soll – ausgehend vom Status quo – ein Versuch unternommen werden, zukünftige Stadtentwicklungstrends abzuleiten.

Der Bericht gliedert sich folgendermaßen: Im nachfolgenden zweiten Kapitel wird die Bedeutung der Großstädte im Kontext der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen dargelegt. Im Anschluss werden zentrale gesellschaftliche Entwicklungstrends und deren Auswirkungen auf Großstädte nachgezeichnet (Kapitel 3). In Kapitel 4 werden die verwendeten Daten, Instrumente und Methoden dargestellt, bevor in Kapitel 5 die Ergebnisse der empirischen Analysen zu den (laufenden) Veränderungen in den Städten präsentiert werden. Ausgehend davon beantwortet Kapitel 6 die Frage, was wir aus den bisherigen Entwicklungen in den Städten für die Zukunft lernen können. Der Bericht schließt mit einem Fazit und Ausblick (Kapitel 7).

2

Großstädte und ihre Bedeutung für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Wenn der Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse formuliert wird, geschieht dies meist im Kontext einer großräumig orientierten regionalen Betrachtungsweise und bezogen auf Stadt-Land-Unterschiede oder zielt auf Nord-Süd- bzw. Ost-West-Differenzen ab (vgl. BMI 2019: 5; Rosenfeld 2018: 838). Damit werden jedoch kleinräumige, das heißt innerstädtische, sozialräumliche Unterschiede aus der Betrachtung genommen. Da Städte typischerweise sozialräumlich sehr heterogen strukturiert sind, birgt dies die Gefahr, dass diese mitunter viel stärker ausgeprägten Differenzen auf eine Randgröße reduziert werden. Die Heterogenität lässt sich bei der Betrachtung unterschiedlicher Indikatoren, die die Lebenslage der Bewohnerschaft abbilden, in der großen Spannweite zwischen der niedrigsten und der höchsten feststellbaren Indikатораussprache ablesen. So finden sich in einer Stadt beispielsweise Stadtteile mit einer eher jungen sowie Stadtteile mit einer eher älteren Bevölkerung, mit einem hohen oder einem sehr geringen Anteil ausländischer Bevölkerung. Auch wenn die sozialräumliche Differenzierung der Städte keineswegs ein neues Phänomen ist, hat sich der Eindruck einer wachsenden Ungleichheit und Polarisierung verstärkt, was eine Betrachtung innerstädtischer Unterschiede umso wichtiger macht (vgl. Kronauer 2020; BMVBS/BBSR 2009).

Hinzu kommt die gesellschaftliche Bedeutung von Städten. Allein in den vier größten Städten Deutschlands (die Millionenstädte Berlin, Hamburg, München und Köln) leben etwas mehr als acht Mio. Menschen, was einem Bevölkerungsanteil von knapp 10 % an der Gesamtbevölkerung

Deutschlands entspricht. Die Entwicklung dieser Städte betrifft nicht nur die Lebensverhältnisse vieler Menschen vor Ort, sondern wird auch in der Öffentlichkeit und der Politik wahrgenommen. Mit Blick auf die Gruppe der Großstädte mit mindestens 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (inkl. der Millionenstädte) ergibt sich folgendes Bild: In den 80 Kommunen leben insgesamt 26,5 Mio. Menschen und damit rund ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands.²

Die Bedeutung der Großstädte resultiert jedoch nicht allein aus ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Ihre zentralörtliche Funktion markiert eine wesentliche Differenz zu Mittel- und Kleinstädten, die ihre wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung und Reichweite nicht erreichen können (vgl. Reckwitz 2018; Thierstein/Langer-Wiese/Förster 2011). Insofern ergibt sich ein Skaleneffekt: Die in einer (Groß-) Stadt gebündelten Potenziale steigern wiederum selbst ihre Bedeutsamkeit für die gesellschaftliche Entwicklung (vgl. Thierstein/Langer-Wiese/Förster 2011: 110).

Städte, denen es nicht gelingt, diese positiven Skaleneffekte zu realisieren, da sie beispielsweise einem langanhaltenden Strukturwandel unterliegen, wie etwa einige Städte des Ruhrgebiets, oder weil sie die kritische Masse an bestimmten Funktionen und Potenzialen nicht aufbringen,

(2) Der jeweilige Bevölkerungsanteil der Mittel- und Kleinstädte ist ähnlich hoch. Nur die in Landgemeinden lebende Bevölkerung hat im Vergleich dazu mit 10 % einen deutlich geringeren Anteil an der Gesamtbevölkerung. Bezugsjahr ist das Jahr 2020.

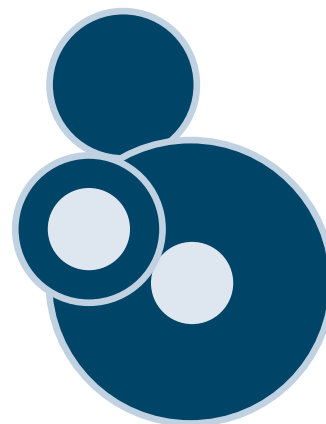
um erfolgreich am Standortwettbewerb teilnehmen zu können, stehen vor gänzlich anderen Herausforderungen. Eine schwierige städtische Finanzlage und damit verbundene geringere kommunale Handlungsspielräume kombinieren sich in diesen Städten mit sozialräumlichen Problemlagen, die aus eigener Kraft kaum zu überwinden sind.³ Mit dem 1999 eingeführten Stadtbauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ hat die Stadtpolitik in Deutschland auf diese spezifische Situation Bezug genommen, um den sich dort verschärfenden sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen zu begegnen.⁴

Die Stadtpolitik bewegt sich in einem breiten Spannungsfeld mit Herausforderungen unterschiedlicher Ausprägung. Einerseits gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit der im in-

ternationalen Standortwettbewerb stehenden Metropolkerne zu erhalten oder noch zu stärken, andererseits muss eine gemeinwohlorientierte und auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ausgerichtete Stadtpolitik Instrumente bereitstellen, die gerade auf strukturschwache Städte und benachteiligte Stadtteile ausgerichtet sind (vgl. Beckmann 2020: 69). In jedem Fall ist der empirische Blick auf die Städte unabdingbar, um Veränderungsprozesse zu beurteilen und geeignete Förderinstrumente für Städte mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zu entwickeln.

(3) Häußermann/Siebel (1987: 139) sprechen von der „ersten Stadt“ als die international wettbewerbsfähige Stadt, der „zweiten Stadt“ als die normale Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadt sowie der „dritten Stadt“ als die marginalisierte Stadt der Randgruppen.

(4) In der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung (VV Städtebauförderung) von 1999 heißt es: „In immer mehr Stadtteilen verschärfen sich soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Probleme. Es sind Stadtteile, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind ins soziale Abseits abzurutschen. Es handelt sich dabei meist um hochverdichtete, einwohnerstarke Stadtteile in städtischen Räumen, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur, sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt erhebliche Defizite aufweisen.“ (VV Städtebauförderung 1999)



3

Gesellschaftliche Entwicklungstrends und Auswirkungen auf Großstädte

Stadtentwicklung wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst, die globalen Ursprungs (Globalisierung, Urbanisierung, Klimawandel, Kriege und Vertreibung) sein können, sich aber auch aus übergeordneten gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen wie Konjunkturkrisen oder Inflation (EU) ableiten. Auf diese Weise schlagen sich soziale, ökonomische, kulturelle und andere gesellschaftliche Entwicklungen in den Städten nieder. Vor Ort wirken sich diese Prozesse in Kombination mit regionalen und lokalen Faktoren direkt oder indirekt auf die Entwicklungsrichtung der Städte aus. Im Folgenden gehen wir auf acht⁵ zentrale gesellschaftliche Entwicklungen ein, die Städte in unterschiedlichem Ausmaß beeinflussen können.

3.1 Demografischer Wandel

Da Altersgruppen unterschiedlich besetzt sind, Geburten- nie den Sterbezahlen entsprechen und Wanderungsbewegungen (Zu- und Abwanderung) stattfinden, verändert sich eine Bevölkerung ständig in ihrer Zahl und Struktur. Der Begriff „demografischer Wandel“, der insbesondere seit den 2000er-Jahren ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist, wurde unter dem Slogan „Wir werden älter, bunter und weniger“ zusammengefasst. Letzterer Punkt trifft zumindest in den 2010er-Jahren nicht zu, da die Bevölkerung aufgrund der (Flucht-)

Zuwanderung aus dem Ausland zunächst gewachsen ist.

Bedeutende Erklärungsfaktoren für den demografischen Wandel liegen in der steigenden Lebenserwartung und den niedrigen Geburtenraten. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt liegt in Deutschland aktuell (Sterbetafel 2019/2021) bei 78,5 (Jungen) und 83,4 Jahren (Mädchen) (vgl. Destatis 2022). Die gesellschaftliche Alterung ist dabei keineswegs ein neuer Trend. Seit den 1970er-Jahren liegt die Zahl der Sterbefälle über der Geburtenzahl. Die Brisanz der demografischen Alterung liegt in ihrem schleichenden und kaum beeinflussbaren Fortschritt. So rücken die geburtenstarken Jahrgänge der Mitte der 1950er- bis Ende der 1960er-Jahre mittlerweile langsam in das Rentenalter vor. Dies hat entsprechende Folgewirkungen auf das umlagefinanzierte Rentensystem, verschärft den Fachkräftemangel und führt zu einer Veränderung des Verhältnisses von Erwerbsfähigen zu Rentnerinnen und Rentnern. Allerdings dürften viele Ältere im Ruhestand noch eine erhebliche Zeitspanne von ihren Rentenbezügen und ihrem aufgebauten Vermögen gut leben können.

3.2 Einwanderung und Integration

Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen ist, bekannte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel 2015 erstmals öffentlich (vgl. FAZ 2015). Deutschland ist jedoch seit langem durch Zuwanderung

(5) Die Auswahl der gesellschaftlichen Entwicklungstrends erfolgt auf Basis der Einschätzung der Autorinnen und Autoren. Es handelt sich nicht um eine abschließende Auflistung.

geprägt. Zu nennen ist hier unter anderem der Zuzug von sogenannten Spätaussiedlern oder „Gastarbeitern“ in den 1960er- und 1970er-Jahren sowie ihren Familien (vgl. Berlinghoff 2018).

Der Fachkräftemangel in Deutschland, der sich in bestimmten Regionen und Berufsfeldern zeigt – darauf weisen zahlreiche Expertinnen und Experten hin – wird ohne eine kontinuierlich hohe Zuwanderung kaum zu beheben sein (vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2022). Der jährliche Bedarf an Fachkräften wird dabei unterschiedlich hoch eingeschätzt. In einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) liegt der jährlichen Nettozuwanderungsbedarf aus dem Ausland bei knapp 400.000 Personen, um das Erwerbspersonenpotenzial bis 2035 konstant zu halten (vgl. Fuchs/Söhnlein/Weber 2021). Ziel der Zuwandernden werden mehrheitlich große Städten sein, mit entsprechenden Folgen in Form von Integrationsanforderungen auf kommunaler Ebene, Wohnungsbedarf mit anhaltendem Nachfragedruck auf den kommunalen Wohnungsmärkten und einer Infrastrukturnachfrage insbesondere im (vor-)schulischen Bereich.

Die unsichere geopolitische Lage mit Höhepunkten in den Jahren 2015 durch den Krieg in Syrien und 2021 durch den Krieg in der Ukraine hat zu verstärkten Flüchtlingswanderungen geführt. Einwanderung trägt dazu bei, Gesellschaften zu verändern. Sie kann auf manche Menschen verunsichernd wirken, indem Zuwanderung als Bedrohung empfunden wird. Sie kann aber auch zu einer Stabilisierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Berei-

che beitragen, etwa auf dem Arbeitsmarkt durch die Zuwanderung von Fachkräften.

3.3 Sozialer Wandel

Gesellschaften sind in einem ständigen Wandel begriffen. Manche dieser Wandlungsprozesse verlaufen eher schleichend und fast unbemerkt, während andere tiefgehende gesellschaftliche Debatten auslösen. Reckwitz (2018) spricht davon, dass wir heute in einer Gesellschaft der Singularitäten leben, bei dem es in bestimmten Schichten stark darauf ankommt, einen unverwechselbaren Lebensstil zu entwickeln. Dies lässt sich an den unterschiedlichsten Phänomenen ablesen. Die Fokussierung auf ein authentisches Leben, beispielsweise mit der Betonung der Work-Life-Balance, der hohe Stellenwert von Individualreisen sowie weitere Entwicklungen deuten – zumindest in bestimmten Teilbereichen der Gesellschaft – auf Veränderungen auf der individuellen Ebene hin.

Die Pluralisierung von Lebensformen findet ebenfalls gesellschaftliche Anerkennung, indem rechtliche Normen angepasst werden. Ein Beispiel ist die „Ehe für Alle“, die im Jahr 2017 eingeführt wurde. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung heißt es zudem, der Rechtsrahmen für die gesellschaftliche Wirklichkeit müsse den vielfältigen Familienformen in Deutschland angepasst werden (vgl. SPD/Grüne/FDP 2021). Städte gelten diesbezüglich als Orte, in denen sich der soziale Wandel deutlicher und früher zeigt als in ländlichen Räumen. Großstädte können sogar als Treiber von gesellschaftlichen Änderungen gesehen werden (vgl. EU

2011). Insofern sind Wandlungsprozesse und die daraus entstehenden Folgen dort früher und deutlicher zu erkennen.

3.4 Soziale Ungleichheit

Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist in den letzten Jahren gestiegen. Dies bestätigt die Entwicklung der Einkommensunterschiede und der Anteil der Menschen, die in Armut leben. Auch die soziale Mobilität, gemessen als Aufstiegserfahrungen und -chancen, hat abgenommen (vgl. Groh-Samberg/Hertel 2015). Als arm gilt aktuell in Deutschland, wer weniger als 60 % des Haushaltsäquivalenzeinkommens zur Verfügung hat (vgl. DIW 2022). Das Armutsrisiko ist bei Erwerbslosen, Personen ohne Schulabschluss und Alleinerziehenden deutlich erhöht (vgl. bpb 2022).

Räumlich differenziert zeigt sich, dass Armut eher ein Problem der Städte und Stadtstaaten ist. Dort leben vermehrt armutsgefährdete Gruppen, meist konzentriert in bestimmten Stadtvierteln (vgl. Goebel/Krause 2021; Röhl/Schröder 2016; Helbig/Jähnen 2018) und schlechteren Lebensbedingungen (Wohnen, öffentlicher Raum, Umweltbelastungen) ausgesetzt (vgl. Kriwy/Neumeier/Klärner 2020; Liebig-Gonglach/Pauli/Hornberg 2020). Ein besonderes Problem in den Städten, insbesondere für Personen mit geringem Einkommen, ist das Thema „bezahlbares Wohnen“. Aktuelle Entwicklungen, die besonders Haushalte in unteren Einkommenssegmenten beeinflussen und soziale Ungleichheit verschärfen können, sind die Inflation und steigende Energiepreise. Bereits ohne diese zusätzlichen Belastungen gilt, dass bei Haushalten der unteren Einkommensstufen ein hoher Anteil der Konsumausgaben auf die Bereiche Wohnen, Ernährung und Bekleidung entfällt (vgl. Destatis/WZB/BiB 2021; Destatis 2022b; Behrends et al. 2021). Auch der Anteil der Ausgaben für Energie an allen Kon-

sumausgaben ist in Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1.300 Euro mit 9,5 % doppelt so hoch wie in der höchsten Einkommensklasse (vgl. Destatis 2022b). Gründe dafür können sein, dass Haushalte mit weniger Einkommen eher in energetisch weniger gut sanierten Wohnungen leben und die Energiekosten bei einem geringen Haushaltseinkommen einen höheren Anteil der finanziellen Mittel binden.

3.5 Wohnen

Städte werden maßgeblich durch das Thema Wohnen geprägt, da ihre sozialräumliche Struktur (z. B. durchschnittliches Einkommen, Alter) auch durch die Wohnungsmarktsituation beeinflusst wird (vgl. Schönig/Vollmer 2018: 10). Diese ist in vielen Städten angespannt. Dabei gibt es regional und in Abhängigkeit vom sozialen Status jedoch große Unterschiede, wie schwierig es für Personen ist, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden (vgl. Birk/Lauffer/Zander 2018: 5). Mit Blick auf den deutschen Durchschnitt ist festzustellen, dass die finanzielle Belastung der Privathaushalte durch Wohnkosten im Zeitraum von 2015 bis 2018 konstant war. Jedoch sind besonders starke Mietpreisanstiege in den sieben größten deutschen Städten zu verzeichnen (vgl. BMAS 2021: XLV f.). Da parallel dazu die Einkommen nicht gleichermaßen gestiegen sind, müssen insbesondere Mieterhaushalte in unteren Einkommensgruppen einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden (vgl. ebd.: XLV f.).

Neben dem gestiegenen Mietniveau sind auch die Kaufpreise für Immobilien gestiegen, unter anderem aufgrund steigender Baulandpreise und Baukosten sowie höherer energetischer Anforderungen. Eigentumswohnungen verteuerten sich in den sieben größten deutschen Städten zwischen 2015 bis 2020 um knapp 60 % (vgl.

ebd.: 320). Diese Entwicklungen erschweren die Eigentumsbildung insbesondere für Haushalte mit Kindern sowie aus niedrigen oder mittleren Einkommensgruppen (vgl. ebd.: 325).

3.6 Segregation

Eine Folge der angespannten Wohnungsmarktsituation in Städten sind Verdrängungs- und Segregationsprozesse (vgl. Birk/Lauffer/Zander 2018: 5). Der Erhalt und die Aufwertung von Quartieren sind ein elementarer Bestandteil von Stadtentwicklung, gehen jedoch häufig mit einer Änderung in der sozialen Zusammensetzung eines Gebiets einher (vgl. Mütter/Waltersbacher 2014). Diese Entwicklung wird in der Forschung, seit einigen Jahren jedoch auch zunehmend in den Medien, unter dem Stichwort „Gentrifizierung“ diskutiert. Darunter ist „eine allmählich, durch Erneuerungsmaßnahmen und/oder Eigentümerwechsel entstehende Dominanz einkommensstarker Haushalte in attraktiven urbanen Wohnlagen zu Lasten von weniger verdienenden Bevölkerungsgruppen“ (Breckner 2010: 27) zu verstehen. Infolge dieser Modernisierungs- und Segregationsprozesse konzentrieren sich Bevölkerungsgruppen freiwillig oder unfreiwillig in bestimmten Wohngegenden (vgl. Adam/Sturm 2014: 271). Eine Studie konstatiert deutschen Städten sogar eine wachsende Spaltung in Bezug auf eine zunehmende demografische (Alter) und soziale (Einkommen) Segregation und eine hohe ethnische Segregation (vgl. Helbig/Jähnen 2018). Zu erwarten ist, dass die energetische Sanierung des Gebäudebestandes zu einem weiteren Treiber dieser Segregationsprozesse wird (vgl. Großmann 2019).

3.7 Re- und Suburbanisierung

Kreisfreie Großstädte in Deutschland sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Ihr

seit 2014 negativer Binnenwanderungssaldo, also das Verhältnis innerdeutscher Zuzüge zu Wegzügen, lässt darauf schließen, dass ein bedeutsamer Teil der Zuwandernden aus dem Ausland kommt. Die Abwanderung aus den Städten findet in der Regel in das direkte Umland statt (Suburbanisierung) und ist vor allem ein Phänomen unter Familienwandernden (unter 18-Jährige, da diese in der Regel nicht alleine, sondern im Familienverbund wandern), Erwerbswandernden (30- bis unter 50-Jährige) sowie Ruhestandswandernden (65-Jährige und Ältere).

Fragen der Wohnstandortwahl sind eng verknüpft mit der Mobilität. Im Jahr 2021 arbeiteten fast 60 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht an ihrem Wohnort, sondern in einer anderen Gemeinde. Absolut gesehen verzeichnen die Großstädte München, Frankfurt am Main, Hamburg und Berlin besonders viele Einpendelnde. Im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten insgesamt ist der Anteil der Einpendelnden in kleineren Großstädten wie Darmstadt oder Erlangen mit knapp 70 % sehr hoch (vgl. BBSR 2022).

3.8 Klimawandel

Wenig strittig ist, dass in den nächsten Jahren in vielen Lebensbereichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen. Diese sind in Deutschland bereits heute spürbar. Die Wahrscheinlichkeit für extreme Hitzeereignisse steigt, es kommt zu Dürreperioden oder Starkregenereignissen. Das bringt zahlreiche Risiken für Ökosysteme, die Wirtschaft und nicht zuletzt auch die Gesundheit der Menschen mit sich, insbesondere von älteren und kranken Personen oder Kindern (vgl. Die Bundesregierung 2019). Für Berlin und Brandenburg wurde belegt, dass fast zwei Drittel der hitzebedingten Sterbefälle auf die Altersgruppe der ab 80-Jährigen zurückzuführen sind (vgl. Axnick 2021: 38).

Regional wirken die Klimafolgen unterschiedlich stark, wobei Städte im Vergleich zu ländlichen Räumen stärker betroffen sind. Die „städtische Wärmeinsel“ ist ein typisches Merkmal des Stadtklimas und beschreibt Temperaturdifferenzen zwischen der wärmeren Innenstadt und dem kühleren Umland (vgl. DWD 2022), die von der Stadtgröße, Bebauungsdichte und -höhe, den verwendeten Baumaterialien sowie dem Anteil an Grünflächen beeinflusst werden (vgl. UBA 2019). In Berlin beträgt dieser Unterschied in den Sommermonaten bis zu 9 °C (vgl. ebd.).

Nicht zuletzt bestehen zwischen den Stadtgebieten Unterschiede im Zugang zu Grünflächen. Soziale Unterschiede können eine Rolle dabei spielen, inwieweit Menschen mit geringerem Einkommen in höherem Maße Umweltbelastungen oder den Folgen des Klimawandels ausgesetzt sind (vgl. Liebig-Gonglach/Pauli/Hornberg 2020).

Mit den aufgeführten Trends wird bereits ein weites (nicht vollständiges) Spektrum an Einflussfaktoren auf die Stadtentwicklung aufgespannt. Zu weiteren wichtigen Trends, die die Stadtentwicklung zukünftig beeinflussen können, zählen sicherlich

auch die Digitalisierung (Stichwort „Smart City“) oder Veränderungen der Mobilität (Stichwort „Verkehrswende“). Auch aktuelle Entwicklungen wie der Krieg in der Ukraine und die dadurch ausgelöste Fluchtzuwanderung, die vielerorts angespannte kommunale Finanzlage, der Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft, steigende Mietpreise, insbesondere in den Metropolkernen, und viele weitere Einflüsse wirken sich teils massiv auf die Stadtentwicklung aus. Da der Kern dieses Berichts in der Beschreibung soziodemografischer und sozioökonomischer Veränderungen in den Städten liegt, gehen wir an dieser Stelle auf diese und weitere gesellschaftliche Trends nicht ein.⁶ Vor dem Hintergrund der beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse wird in Kapitel 5 die Situation der Städte beschrieben. Zuvor werden jedoch die im Bericht verwendeten Daten, Instrumente und Methoden vorgestellt.

(6) Für die Themenbereiche Digitalisierung und Mobilität in Städten verweisen wir auf folgende Publikationen: Banister (2011); Blitz (2021); Jakubowski (2014); Vogel/Weißer/Hartmann (2018).

Grundlagen der Analysen

4.1 Daten

Die Analysen dieses Berichts beruhen hauptsächlich auf Daten der IRB, deren Vorteil ihr jährlicher Erhebungsrhythmus ist. Die Zeitreihen reichen für einen Großteil der IRB-Städte bis zum Jahr 2002 zurück und erlauben die Betrachtung einer großen Zahl an Merkmalen im Zeitverlauf. Damit lassen sich nicht nur kurzfristige Entwicklungsänderungen in den Blick nehmen, sondern auch langfristige Trends beobachten. Einige IRB-Städte haben sich dem Projekt erst nachträglich angeschlossen. Ihre Zeitreihen sind demnach verkürzt. Bei den in diesem Bericht betrachteten Zeitreihen wurde deswegen 2011 als frühestes Berichtsjahr gewählt, um eine möglichst hohe Anzahl an IRB-Städten in die Auswertungen einbeziehen zu können.

Um eine möglichst breite Basis an Städten nutzen zu können und somit in den Auswertungen nicht zu selektiv zu werden, beziehen sich die nachfolgenden Auswertungen auf eine variable Anzahl an IRB-Städten. Die Basis wird jeweils kenntlich gemacht. Im Anhang findet sich eine Übersicht über die Datenverfügbarkeit zu den unterschiedlichen betrachteten Merkmalen im Zeitverlauf (s. Anhang 1).

Ergänzend zu den IRB-Daten werden Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) verwendet.⁷ Das SOEP ist eine Wiederholungsbefragung, die seit

1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird. Befragt werden etwa 30.000 Menschen in 15.000 Haushalten zu Erhebungsmerkmalen wie soziodemografischen (z. B. Alter, Geschlecht) und sozioökonomischen Themen (z. B. Einkommen, Bildung), Informationen zur Haushaltszusammensetzung, Gesundheitsindikatoren sowie gesellschaftspolitischen Einstellungen (vgl. Wagner/Frick/Schupp 2007). Das SOEP ist seit der Befragungswelle 2000 georeferenzierbar. Das BBSR hat dem DIW die Lagetyp-Geometrie zur Verfügung gestellt, um Auswertungen auf dieser Ebene durchführen zu können.

Soweit möglich werden Daten der amtlichen Statistik als Referenzwerte für die Bundesebene oder für großräumig ausgerichtete Vergleichsebenen einbezogen.⁸ Dies geschieht vor dem Hintergrund, die Entwicklung in den IRB-Städten einordnen zu können. Die Daten stammen vom Statistischen Bundesamt, den Statistischen Landesämtern und der Bundesagentur für Arbeit (BA).

4.2 Instrumente

Die Beschreibung des Status quo in den Städten wird mittels verschiedener Klassifikationen und Quotienten vorgenommen.

(7) Die in diesem Bericht verwendeten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bereitgestellt.

(8) Zu beachten ist, dass die Daten aus den IRB-Städten auf Basis der kommunalen Melderegister zur Verfügung gestellt werden, während die amtlichen Zahlen des Statistischen Bundesamts und den Statistischen Landesämtern auf der Fortschreibung des Zensus beruhen.

Die Innerstädtische Raubeobachtung (IRB)

Die IRB ist Teil der Laufenden Raubeobachtung des BBSR. Ihre Wurzeln reichen bis in die späten 1980er-Jahre zurück. Zu dieser Zeit entwickelte sich aus einer Interessengleichheit zwischen den Statistischen Ämtern und Statistikstellen einiger Großstädte in Deutschland und der damaligen Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) die Projektidee zur IRB. Während das Interesse der Städte vor allem darauf ausgerichtet war, eine stadtvergleichende Datengrundlage zu schaffen, stellte sich für die BfLR das Problem einer unzureichenden räumlichen Differenzierung bei relevanten Fragestellungen in den Großstädten. Die räumliche Auflösung der amtlichen Statistik reicht bis auf die Gemeindeebene. Sozialräumliche Differenzierungen innerhalb der Städte konnten daher nicht abgebildet werden, was letztlich zu Einschränkungen bei der Politikberatung des Bauministeriums führte. Inzwischen werden auch Zensusergebnisse räumlich hochauflösend angeboten. Diese sind allerdings für eine Dauerbeobachtung kleinräumiger Stadtentwicklungsprozesse wegen des hohen zeitlichen Abstandes nur begrenzt von Nutzen.

Die Städte und die BfLR entwickelten vor diesem Hintergrund gemeinsam die Grundlagen für die IRB, das heißt das Merkmalsprogramm, die räumlichen Berichtseinheiten sowie die Zuordnung zum innerstädtischen Lagetyp, und fixierten diese und weitere Festlegungen in den „Prinzipien der Zusammenarbeit“.

Heute umfasst die IRB rund 400 Merkmale, die unterschiedliche Themenbereiche abdecken: Bevölkerungsbestand, Familien- und

Haushaltsstruktur, innerstädtische Umzüge, Wanderungen über die Stadtgrenze, Transferabhängigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Gebäude- und Wohnungsbestand. Das Projekt steht in der Tradition der Sozialindikatorenbewegung und verfolgt eine Dauerbeobachtungsperspektive, um Strukturen und ihre Veränderung im zeitlichen Verlauf beschreiben und analysieren zu können.

An dem Kooperationsprojekt beteiligen sich derzeit 55 Städte aktiv, indem sie Stadtteildaten in den gemeinsamen Datenpool einbringen (s. Abbildung 1). Die IRB-Städte decken eine große Spannweite ab: Metropolkerne, Universitätsstädte, wirtschaftlich starke sowie schwache Städte und weitere Merkmalsgruppen. Oberhalb der Bevölkerungsgröße von 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind nahezu alle Städte an dem Projekt beteiligt. Bis zu einer Größe von unter 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind nur wenige Städte im Projekt vertreten (Konstanz, Frankfurt (Oder) und Weimar). Für diese Städtegruppe sind die Vergleichsmöglichkeiten eingeschränkt. Die Beispiele zeigen aber auch, dass der anspruchsvolle IRB-Merkmalkatalog auch von kleineren Städten bedient werden kann. Trotzdem ist die IRB ein auf Großstädte ausgerichtetes Projekt.

Das BBSR ist Teil der Kooperationsgemeinschaft und fungiert als Geschäftsstelle für das Projekt, indem es die Datensammlung und -bereitstellung koordiniert. Die IRB-Daten können für wissenschaftliche Projekte auf Basis einer Nutzungsvereinbarung an Dritte weitergegeben werden.

Stadtklassifikationen

Auf der Ebene der IRB-Städte wird eine Stadtgruppierung genutzt, die die Städte nach ihrer Bevölkerungsgröße und nach ihrer räumlichen Lage unterscheidet. Wegen ihrer Besonderheiten (z. B. sehr junge Bevölkerung) werden bestimmte Universitätsstädte in einer eigenen Gruppe zusammengefasst. Dies ergibt folgender Zuordnung:

- **Top 7:** Berlin, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, München, Stuttgart
- **Top 8–15:** Bremen, Dortmund, Dresden, Duisburg, Essen, Hannover, Leipzig, Nürnberg
- **Universitätsstädte:** Aachen, Bochum, Darmstadt, Freiburg i. Br., Heidelberg, Jena, Kassel, Konstanz, Mainz, Saarbrücken, Würzburg
- **Nordwesten:** Bielefeld, Bonn, Gelsenkirchen, Kiel, Krefeld, Lübeck, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Solingen, Wuppertal
- **Süden:** Augsburg, Fürth, Ingolstadt, Karlsruhe, Koblenz, Ludwigshafen, Mannheim, Offenbach a. M., Ulm, Wiesbaden
- **Osten:** Chemnitz, Erfurt, Frankfurt (Oder), Halle (Saale), Magdeburg, Potsdam, Rostock, Weimar

Die Stadtgruppen sind in sich nicht zwingend homogen und dienen primär der strukturierten Ergebnisdarstellung. Sie sollen nicht mit einer Stadttypologie verwechselt werden, die darauf abzielt, möglichst ähnliche Städte innerhalb eines Typs zusammenzufassen und zugleich eine möglichst hohe Differenz zu den Städten anderer Typen herzustellen. Solche Stadttypologien ließen sich mittels clusteranalytischer Verfahren erarbeiten (vgl. Gleich/Staudinger 2013).

Stadtteilklassifikationen

Die Heterogenität der IRB-Stadtteile, etwa in Hinsicht auf ihre Bevölkerungsgröße, Lage, Nutzungsstruktur, soziale Zusammensetzung und weitere denkbare Dimensionen, erfordert eine methodische Vergleichbarkeit. Stadtteilklassifikationen bieten die Möglichkeit, die Situation in den Städten (s. Kapitel 5) zu analysieren und erfüllen die Mindestvoraussetzungen für differenzierte Vergleiche (vgl. Heintz 2016: 307). Die Funktion dieser Stadtteilklassifikationen liegt darin, Vergleichsmaßstäbe zu gewinnen, die von der Zugehörigkeit des Stadtteils zur jeweiligen Stadt unabhängig sind. Auf diese Weise sollen im Sinne von Heintz (2016: 307) Vergleichskriterien gewonnen werden, die nicht die „Selbigkeit des Verschiedenen“, sondern die „Verschiedenheit des Gleichen“ herausstellen. Es geht also darum, für Stadtteile trotz aller Unterschiedlichkeit Eigenschaften herauszuarbeiten, mit der ein (statistischer) Vergleich inhaltlich angemessen durchführbar ist.

Die IRB-Städte haben mit dem BBSR eine Lagetypik abgestimmt, die zwischen City, Cityrand, Innenstadtrand und Stadtrand unterscheidet (vgl. Böltken/Gatzweiler/Meyer 2007: 16). Bei zahlreichen Auswertungen der IRB wird allerdings nur zwischen Innenstadt (City und Cityrand), Innenstadtrand und Stadtrand unterschieden – so auch in diesem Bericht. Grund hierfür ist die bei einigen IRB-Städten feh-

lende Unterscheidungsmöglichkeit zwischen City und Cityrand.

Für viele Fragestellungen ist die IRB-Lagetypik ein relevanter Vergleichsmaßstab, jedoch nicht für alle. Deshalb wurden im BBSR vereinzelt projektspezifische Stadtteilklassifikationen entwickelt, die dazu beitragen sollen, eine standardisierte gesellschaftliche Dauerbeobachtung zu ermöglichen. Dies geschieht in Anlehnung an „demografische Standards“ aus der Umfrageforschung. Diese dienen dem Zweck, sozialstrukturelle Erhebungsmerkmale in Bevölkerungsumfragen zu vereinheitlichen, um eine größere Vergleichbarkeit zwischen einzelnen Surveys zu ermöglichen (vgl. Destatis 2022a). Deshalb hat das BBSR zuletzt verschiedene Stadtteilklassifikationen entwickelt, die zukünftig für eigene Analysezwecke dauerhaft eingesetzt werden sollen und in diesem Bericht erstmals für Analysezwecke genutzt werden.

Dabei handelt es sich um folgende Stadtteilklassifikationen:

- **SGB II:** Anteil der Personen mit SGB-II-Leistungen
- **Alter:** altersstrukturelle Zusammensetzung der Stadtteilbevölkerung
- **Fluktuation:** Differenzierung nach dem Volumen innerstädtischer Umzüge und Wanderungen

Die vom BBSR entwickelte Klassifikation nach dem Bezug von SGB-II-Leistungen liegt bereits seit einigen Jahren innerhalb der IRB vor und wurde zuletzt 2022 aktualisiert. Sie folgt einem gewissen Pragmatismus, der sich an der Datenverfügbarkeit orientiert, denn sie basiert auf dem Anteil der im Stadtteil lebenden Personen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen. Der soziale Status wird so nur eingeschränkt abgebildet. Um dies vollständiger gewährleisten zu können, bedürfte es einer Datengrundlage, die möglichst umfassend über den sozialen

Status der Bevölkerung Auskunft gibt. Dazu würden Angaben zu Einkommen und/oder Vermögen zählen, aber auch das Bildungsniveau und der Erwerbsstatus. In den üblicherweise verfügbaren Quellen einer kleinräumig ausgerichteten Statistik finden sich diese Angaben nicht (vgl. Goebel/Hoppe 2015; vom Berge et al. 2014).

Die Klassifikationen der Bereiche Alter und Fluktuation wurden im Jahr 2022 nach derselben Methodik neu erstellt. Die Idee hinter den Klassifikationen ist es, später anhand der Zuordnung der Stadtteile zu einzelnen Kategorien Vergleiche innerhalb von Städten vornehmen zu können. Es handelt sich um analytisch orientierte Klassifikationen, die sich an der Datenverfügbarkeit und dem in der IRB festgelegten Raumbezug orientieren (vgl. Kruse/Teltemann 2022). Die Stadtteile werden als eigenständige Beobachtungseinheiten betrachtet, unabhängig von ihrer Zuordnung zu einer IRB-Stadt.

Klassifikationen sollten die Wirklichkeit möglichst genau abbilden, was gelegentliche Erneuerungen nach sich zieht. Anzustreben ist, Klassifikationen so zu erstellen, dass sie so lange wie möglich verwendet werden können, um keine Brüche in der Zeitreihe zu riskieren (vgl. Destatis 2022a). Dieses Kriterium wurde mit der neuen Methodik zur Klassifizierung der Daten nach SGB-II-Bezug, Alter und Fluktuation berücksichtigt, indem über die letzten zehn Jahre eine zusammenhängende Zeitreihe verwendet wurde (2011 bis 2020).

Zur Klassifizierung einzelner Stadtteile wurden auf Basis der Hauptwohnbevölkerung folgende Indikatoren berechnet:

- **SGB II:**
 - » Anteil der Personen in SGB-II-Bezug an allen Personen im Stadtteil
- **Alter:**
 - » Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen an allen Personen im Stadtteil

- » Anteil der 65-Jährigen und älteren an allen Personen im Stadtteil

- **Fluktuation:**

- » Anteil der innerstädtischen Umzüge und der Wanderungen über die Stadtgrenzen an allen Personen im Stadtteil

Zuerst wurde überprüft, für welche Städte eine vollständige Zeitreihe zu den einzelnen Merkmalen vorliegt. Nur die Stadtteil-daten dieser Städte wurden in die Analyse einbezogen. Dazu wurde für jedes Jahr zwischen 2011 und 2020 über alle Stadtteile hinweg die Gesamtverteilung betrachtet und die Grenzen zwischen dem 1. und 2. Quartil sowie dem 3. und 4. Quartil bestimmt. Um die eigentliche Klassifikation zu bilden, wurden zunächst alle Stadtteile pro Jahr in drei Kategorien eingeteilt. In die Kategorie „hoch“ fielen alle Stadtteile aus dem 4. Quartil, in die Kategorie „niedrig“ alle Stadtteile aus dem 1. Quartil. Stadtteile, deren Anteilswert dazwischen und somit im 2. und 3. Quartil lag, wurden der Kategorie „mittel“ zugeordnet. Um die Stabilität der Zuordnung zu gewährleisten, wurde zudem berücksichtigt, ob sich die Klassenzuordnung über die Zeit verändert. Damit ein Stadtteil der Klasse hoch oder niedrig zugeordnet werden kann, musste er die folgenden beiden Kriterien erfüllen:

- Zuordnung zu der Klasse niedrig bzw. hoch in sieben von zehn Jahren
- Zuordnung zu der Klasse niedrig bzw. hoch in den letzten drei Jahren

Stadtteile, die über dieses Berechnungsschema nicht zugeordnet werden konnten (z. B. aufgrund einer unvollständigen Zeitreihe), wurden entweder händisch in die passende Kategorie eingeteilt oder bekamen den Wert „ohne Zuordnung“, falls eine Klassifizierung nicht möglich war. Stadtteile mit unter 500 Einwohnerinnen und Einwohnern wurden über einen Filter ausgeschlossen, sind in der Klassifika-

tion aber enthalten. Stadtteilen von Städten, welche die entsprechenden Merkmale nicht oder über einen längeren Zeitraum nicht liefern konnten, wurde der Wert „keine Angabe“ zugewiesen.

Bei der Altersklassifikation erfolgte ein weiterer Analyseschritt, da hier die Klassifizierung sowohl für den Anteil der jungen Bevölkerung (18 bis unter 30 Jahre) als auch für den Anteil der älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter) gebildet wurde. Stadtteile, die entweder bei der jungen oder der älteren Bevölkerung in die Klasse „hoch“ eingruppiert wurden, wurden entsprechend den Kategorien „jung“ oder „alt“ zugeordnet. Gehört ein Stadtteil bei beiden Klassifikationen der Kategorie „hoch“ an, wurde er in die Kategorie „gemischt“ eingestuft. Dies gilt ebenso für Stadtteile, die in keiner der beiden Kategorien einen hohen Anteilswert aufwiesen.

Die drei beschriebenen Klassifikationen finden in der Analyse von Unterschieden innerhalb der Städte Anwendung.

Quotienten, Indizes, Maßzahlen

Zur Betrachtung von Unterschieden zwischen und innerhalb von Städten werden Altersgruppen gebildet. Unterschieden wird zwischen folgenden Altersgruppen:

- unter 6 Jahre
- 6 bis unter 18 Jahre
- 18 bis unter 30 Jahre
- 30 bis unter 45 Jahre
- 45 bis unter 65 Jahre
- 65 bis unter 85 Jahre
- 85 Jahre und älter

Zur Beschreibung des Verhältnisses von älterer und jüngerer Bevölkerung wird der

Altenquotient⁹ sowie der Greying-Index¹⁰ berechnet.¹¹ Für den Altenquotienten wird die Gruppen der 65-Jährigen und Älteren zusammengefasst, ins Verhältnis zu den 18- bis unter 65-Jährigen gesetzt und mit 100 multipliziert. Der Greying-Index wird aufgrund der Verfügbarkeit und der Struktur der Daten als das prozentuale Verhältnis der 85-Jährigen und Älteren zu den 65- bis unter 85-Jährigen berechnet. Zusätzlich werden der natürliche Saldo als das Verhältnis von Geburten und Sterbefällen sowie der Wanderungssaldo als das Verhältnis von Zu- und Abwanderung in einem bestimmten Gebiet ermittelt.

Zur Beschreibung von Segregationsprozessen – nach Alter, Einkommen, Herkunft – wird auf den Segregationsindex nach Duncan und Duncan (1955) zurückgegriffen (s. Infokasten). Er gibt an, wie ungleich sich eine Gruppe im Vergleich zur restlichen Bevölkerung im Stadtgebiet verteilt (vgl. Bömermann 2011: 63). In einem Wertebereich zwischen 0 und 100 stehen höhere Werte für eine größere Ungleichverteilung. Zur Beschreibung der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in einem Gebiet wird ein Fraktionalisierungsindex berechnet.¹² Dieser gibt anhand von

(9) Für den Altenquotienten werden die Gruppen der 65-Jährigen und Älteren zusammengefasst, ins Verhältnis zu der kumulierten Gruppe der 18- bis unter 65-Jährigen gesetzt und mit 100 multipliziert.

(10) Der Greying-Index bildet die Struktur der Älteren in einer Bevölkerung ab (vgl. Nowossadeck 2013). Er zeigt in der Tendenz an, wie viel Pflegebedarf es in der Gruppe der Älteren gibt, da Hochaltrigkeit in starkem Zusammenhang mit einer schlechten Gesundheit steht. Aufgrund der Verfügbarkeit und der Struktur der Daten erfolgt die Berechnung des Greying-Index als das prozentuale Verhältnis der 85-Jährigen und Älteren zu den 65- bis unter 85-Jährigen.

(11) Siehe zu den Berechnungsmethoden und zur Aussagekraft verschiedener Demographieindikatoren VDSt (2011).

(12) Diversitätsindex nach Simpson:

$$D = 1 - \sum_{i=1}^5 p_i^2 \text{ mit } p \text{ als Anteil der Nationalitäten}$$

$$\text{Formel: IS} = 100 \cdot \frac{1}{2} \cdot \sum_{i=1}^n \left| \frac{\text{Anteil Bevölkerungsgruppe Stadtviertel } i}{\text{Anteil Bevölkerungsgruppe Gesamtstadt}} - \frac{\text{Anteil restliche Bevölkerung Stadtviertel } i}{\text{Anteil restliche Bevölkerung Gesamtstadt}} \right|$$

Werten zwischen 0 und 1 an, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine Person einer Nationalitätengruppe in einem Stadtteil auf eine Person einer anderen Gruppe trifft.

4.3 Methode

Das methodische Vorgehen dieses Berichts besteht überwiegend in der Auswertung, Interpretation und Darstellung der IRB-Daten und des SOEP. Zur Beschreibung der aktuellen Situationen in den Städten sowie vergangener Prozesse aus den Themenbereichen „Wachstum und Bevölkerungsbewegung“, „Alter und Geschlecht“, „Ausländische Bevölkerung“, „Haushalte“ und „Soziale Differenzierung“ werden deskriptive Analysen unter Berücksichtigung der bereits beschriebenen Klassifikationen und Quotienten erstellt. Berechnet werden vor allem Häufigkeiten, Anteile und prozentuale Veränderungen über die Zeit, die in Abbildungen, Kreuztabellen, Boxplots oder Streudiagrammen dargestellt werden.

Dabei wird in den meisten der nachfolgenden Analysen zwischen Entwicklungen unterschieden, die auf nationaler Ebene (Deutschland), auf der Ebene der IRB-Städte sowie innerhalb der Städte stattgefunden haben. Zudem wird eine zeitliche Unterscheidung vorgenommen, indem zum einen die Entwicklung seit 2011 und zum anderen der aktuellste Datenrand 2021 betrachtet werden.

Für den Ausblick auf die zukünftige Situation in den Städten werden Vorausberechnungen aus anderen Quellen miteinbezogen. Anwendung finden die Vorausberechnungen des Statistischen

Bundesamts (vgl. Destatis 2021a), des BBSR (vgl. Maretzke et al. 2021) sowie von 22 Städten.¹³ Die großen Differenzen zwischen den Prognosen der jeweiligen Städte erschweren jedoch eine Interpretation und den Vergleich untereinander. Um eine Vergleichbarkeit der Prognosen/Städte zu schaffen, sollten folgende Kriterien erfüllt sein:

- Prognosebeginn/Veröffentlichung nach dem Jahr 2017
- Prognosezeitraum bis zum Jahr 2030 oder zumindest Berücksichtigung des Jahres 2030
- Wahl der Haupt- bzw. mittleren Variante bei verschiedenen Varianten in einer Bevölkerungsprognose

Nach diesen Kriterien wurden von den 38 betrachteten Prognosen nur 22 Städte in eine vergleichende Analyse einbezogen (Stand: Januar 2022).

Des Weiteren werden die eigenen Analysen als Ausgangspunkt herangezogen, um die zentralen Entwicklungen der letzten zehn Jahre herauszuarbeiten. Diese Entwicklungen werden in Form einer Matrix dargestellt, in der auf Basis der IRB-Stadtklassifikationen eingeschätzt wird, wie bedeutend die jeweilige Entwicklung (z. B. Wachstum) für die verschiedenen IRB-Stadttypen (z. B. Universitätsstädte) war (s. Kapitel 5.6).

(13) Eine Übersicht über die verwendeten Prognosen einzelner Städte findet sich in Anhang 2

5

Status quo: Was passiert in den Städten?

Die skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen (s. Kapitel 3) wirken sich in unterschiedlichem Maße auf Städte und die jeweilige Stadtbevölkerung aus. Dieses Kapitel greift diese Veränderungen auf, indem die Entwicklung seit 2011 für die Bereiche „Einwohnerentwicklung und Bevölkerungsbewegung“, „Alter und Geschlecht“, „ausländische Bevölkerung“, „Haushaltsstrukturen“ und „Transferabhängigkeit“ analysiert wird. Pro Bereich werden die gesamtdeutsche Entwicklung sowie Unterschiede zwischen und innerhalb von Städten untersucht. Der Mehrwert in der Beleuchtung innerstädtischer Unterschiede liegt darin, dass dokumentiert werden kann, in welchem unterschiedlichem Ausmaß einzelne Stadtteile von gesellschaftlichen Entwicklungen betroffen sind. Am Beispiel von Zuzügen in Städte lässt sich das sehr gut nachvollziehen. So verteilen sich Zuziehende in der Regel nicht gleichmäßig auf alle Stadtteile einer Stadt, da bestimmte Stadtteile für sie entweder nicht attraktiv sind oder es dort keinen verfügbaren Wohnraum gibt. Auch bei weiteren demografischen Parametern wie der Zahl der Geburten und Sterbefälle gibt es innerstädtische Unterschiede, die durch die Altersstruktur der Bevölkerung vorgeprägt sind.

5.1 Einwohnerentwicklung und Bevölkerungsbewegung

Die Einwohnerentwicklung ist der zentrale Faktor, um Aussagen über die Entwicklung und die zukünftigen Bedarfe in den Städten zu treffen. Der Blick auf die Einwohnerentwicklung ist aus mehreren Gründen relevant: Erstens sind die Zahlen für Städte wichtig, um Bedarfe in der Wohnraum-

Verkehrs- und Sozialplanung sowie bei der Daseinsvorsorge abzuschätzen. Zweitens kann eine plötzliche Zunahme der Bevölkerungszahl durch hohe Flüchtlingszuwanderung ein schnelles kommunales Handeln erfordern, zum Beispiel um zusätzliche Unterkunftsmöglichkeiten und Integrationsangebote zu schaffen. Drittens sind mit der Einwohnerzahl Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen verbunden. Die Einnahmekraft über die Gewerbe-, Grund-, Einkommens- und Umsatzsteuer liegt in wirtschaftsstarke Kommunen bei bis zu 1.200 Euro je Einwohnerin und Einwohner (vgl. BMI 2020). Finanziell weniger gut ausgestattete Kommunen stehen vor der Herausforderung, die notwendigen Investitionen mit ihren begrenzten Mitteln tätigen zu müssen.

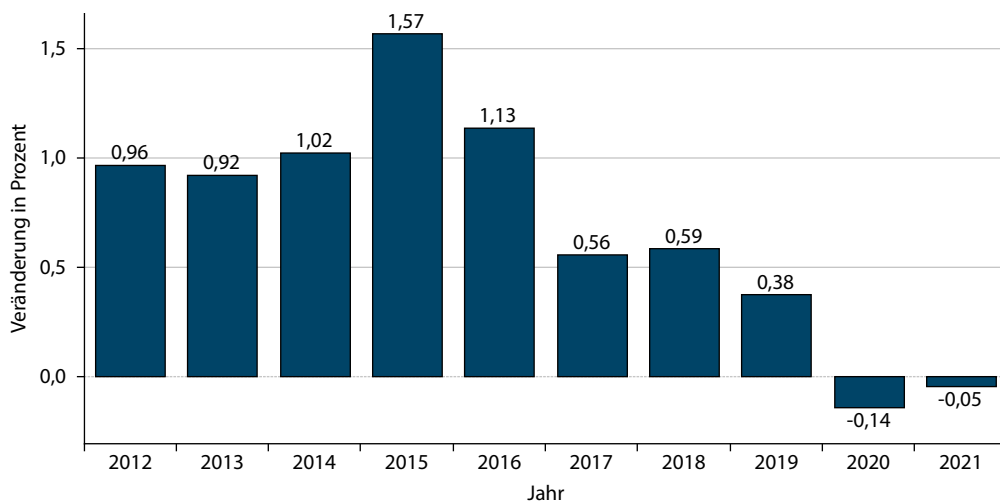
Deutschland

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland war seit 2011 mit einer Steigerung der Einwohnerzahl um 3,6 % bis 2021 sehr positiv. Dieses Wachstum auf etwa 83,2 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner verlief dabei jedoch nicht gleichförmig. Insbesondere in den Jahren 2013 bis 2018 stieg die Bevölkerungszahl stark an, bevor sich das Wachstum im Jahr 2019 verlangsamte und die Bevölkerungszahl 2020 und 2021 schließlich stagnierte (vgl. Destatis 2021b).

IRB-Städte

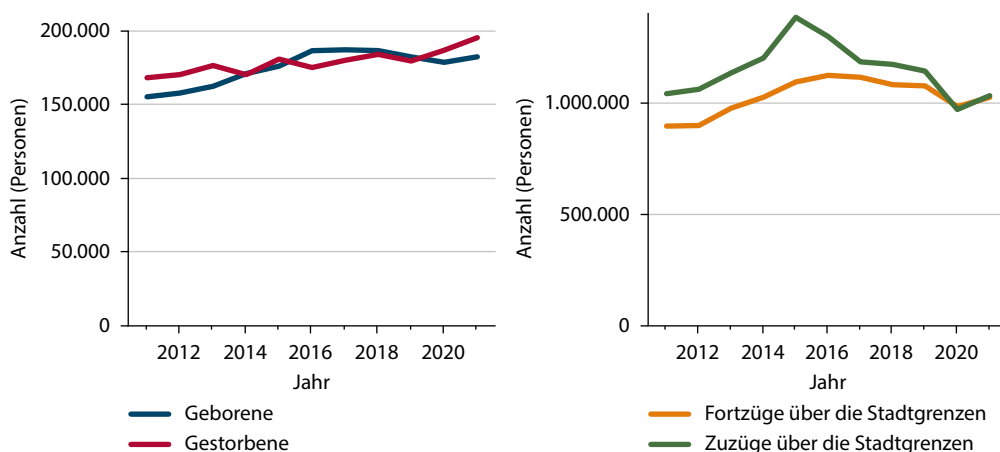
Das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre fällt in (Groß-)Städten deutlicher aus als in anderen Regionen. Die IRB-Städte konnten seit 2011 insgesamt deutliche Bevölkerungsgewinne verzeichnen (s. Abbil-

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung der IRB-Städte im Vergleich zum Vorjahr im Zeitraum 2012 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbeschreibung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 51 Städte

Abbildung 3: Anzahl der jährlichen Lebendgeburten und Sterbefälle sowie der Zu- und Wegzüge in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbeschreibung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 47 Städte

dung 2). Insgesamt lebten 2021 7,1 % mehr Menschen in den IRB-Städten als 2011.

Da der natürliche Saldo aus Geburten und Sterbefällen in den meisten Jahren nahe Null oder leicht negativ war, ist diese Entwicklung auf Wanderungsgewinne zurückzuführen (s. Abbildung 3). Von 2012 bis 2014 wuchs die Bevölkerungszahl in den Städten relativ konstant um etwa 1 % jährlich an. In den Jahren 2015 und 2016 ver-

stärkte sich die Wachstumsdynamik aufgrund höherer Wanderungsgewinne und schwächte sich anschließend auf jährlich etwa 0,6 % ab. Als Gründe werden unter anderem eine geringere Zuwanderung von Schutzsuchenden, die steigende Abwanderung ins Umland sowie – in geringerem Umfang – Melderegisterbereinigungen im Zusammenhang mit Wahlen genannt. Im Jahr 2020 ging die Bevölkerungszahl in den IRB-Städten sogar leicht zurück. Da-

bei handelte es sich um ein pandemiebedingtes demografisches Ausnahmejahr, da insbesondere grenzüberschreitende Wanderungen durch Maßnahmen wie Grenzschließungen und Einschränkungen im Luftverkehr erschwert wurden. Auch die Binnenwanderung junger Menschen in die Städte nahm ab, da die Online-Lehre an Hochschulen Umzüge teilweise nicht erforderte. Zudem wurden 2020 deutlich weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen (vgl. Destatis 2021c).

Unterschiede zwischen den Städten

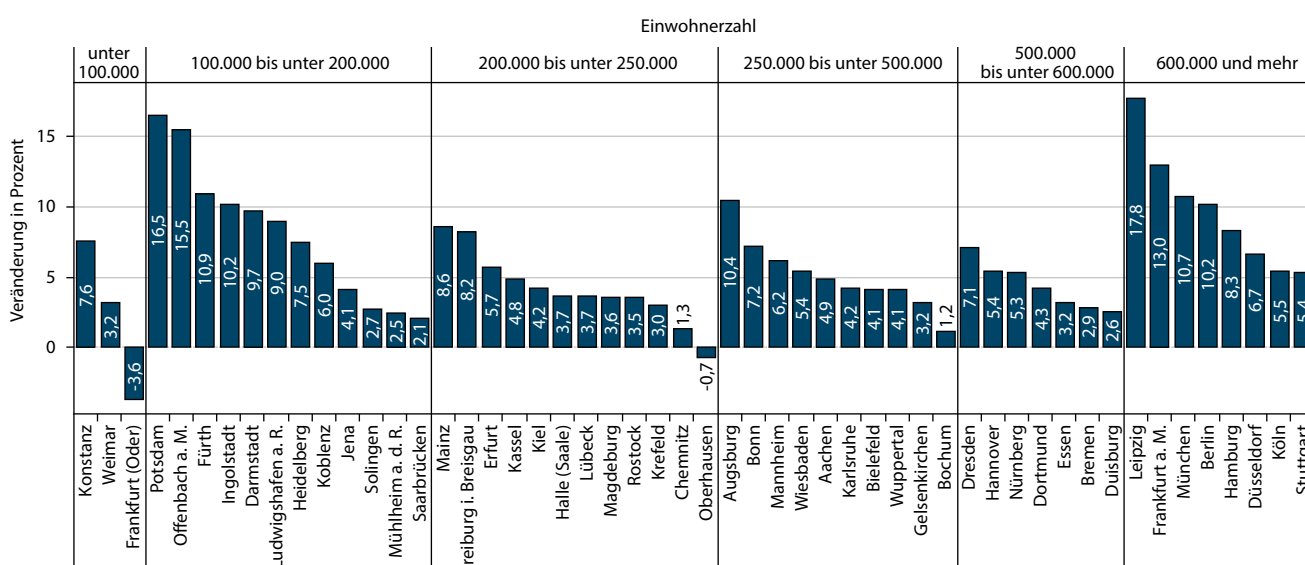
Die Bevölkerungsentwicklung in den IRB-Städten verlief unterschiedlich. Mit Ausnahme von 2015 gab es immer auch Städte, die an Bevölkerung verloren. Die Betrachtung der jährlichen Bevölkerungsveränderung im Zeitverlauf zeigt jedoch auch, dass sich ein Teil der Städte in ihrer Entwicklung angenähert hat.

Im Jahr 2021 waren in fast allen Städten mehr Einwohnerinnen und Einwohner als 2011 registriert. Die Ausnahmen bildeten die Städte Oberhausen und Frankfurt (Oder) (s. Abbildung 4). Differenziert

nach der Stadtgröße wiesen dabei die Städte mit über 600.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit durchschnittlich 9,5 % im Zeitraum seit 2011 die größten Bevölkerungsgewinne auf. Dicht darauf folgten die Städte mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die ein Plus von durchschnittlich 7,9 % aufwiesen. Zwar gibt es in einigen Städten, die in den vergangenen Jahrzehnten besonders große (wirtschaftliche) Umbrüche erfuhren, Aufholeffekte in Sachen Bevölkerungsentwicklung, bekannte Muster regionaler Disparitäten blieben jedoch bestehen und sind aus Bundessicht weiter im Blick zu behalten.

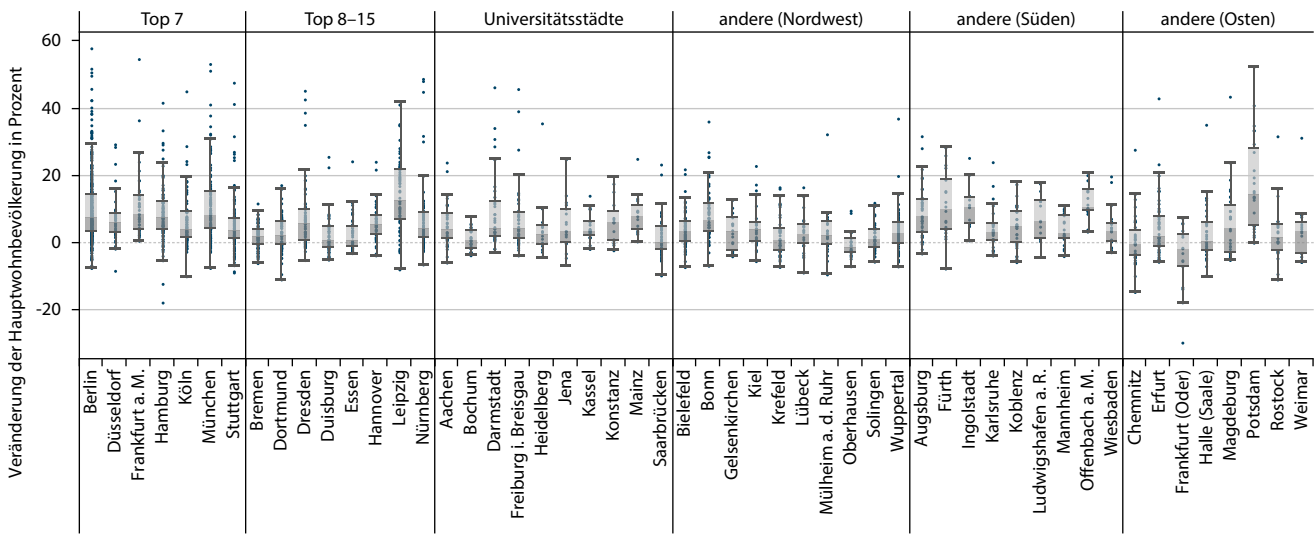
Unter den wachsenden Städten fiel das Bevölkerungswachstum in Leipzig im Beobachtungszeitraum mit 17,8 % am größten aus. Unter den weiteren Spitzenreitern befinden sich mit Potsdam, Offenbach am Main, Frankfurt am Main, München und Berlin Städte in wirtschaftsstarken Metropolregionen, die mit vielen Arbeitsplätzen eine entsprechende Anziehungskraft auf Zuwandernde ausüben. Auch die süddeutschen Städte Augsburg, Fürth und Ingolstadt registrierten zwischen 2011 und 2021 einen Bevölkerungsgewinn von über 10 %.

Abbildung 4: Bevölkerungsveränderung der IRB-Städte im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 51 Städte

Abbildung 6: Boxplots der prozentualen Bevölkerungsveränderung nach Stadtteilen je IRB-Stadt im Zeitraum 2011 bis 2021



Anmerkung: Extremwerte von mehr als +/- 60 % Veränderung wurden aus Darstellungsgründen ausgeblendet.

Quelle: Innerstädtische Raumbeschreibung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 52 Städte

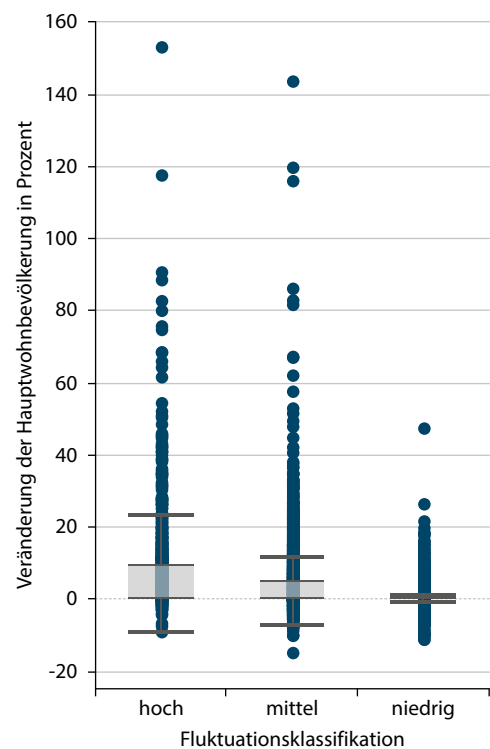
kommunalen Infrastrukturen wie Schulen oder Kindergärten, deren Planung, Finanzierung und Umsetzung von den Kommunen in kurzer Zeit geleistet werden muss. Des Weiteren sind finanzielle Folgen für die Kommunen zu beachten, die etwa aus gesteigerten Aufwänden für Sozialleistungen oder Integrationsangebote resultieren.

Unterschiede innerhalb der Städte

Innerstädtisch zeigen sich große Unterschiede in der Dynamik der Einwohnerentwicklung. Besonders groß sind die Differenzen in boomenden Städten wie Berlin, Hamburg, Leipzig, München und Potsdam (s. Abbildung 6). Zwar gibt es auch in diesen Städten Stadtteile, deren Einwohnerentwicklung rückläufig ist, gleichzeitig verdoppelt sich teils jedoch die Einwohnerzahl in anderen Stadtteilen. Grund hierfür sind zum Beispiel Neubauvorhaben.

In der Querbetrachtung fällt auf, dass insbesondere die Stadtteile gewachsen sind, die ohnehin viel Fluktuation aufweisen (s. Abbildung 7). Hier ist die Spannweite der Entwicklung jedoch auch relativ groß.

Abbildung 7: Bevölkerungsentwicklung in den Stadtteilen der IRB-Städte nach der Fluktuationsklassifikation im Zeitraum 2011 bis 2021



Anmerkung: Stadtteile mit weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2011 wurden ausgeschlossen, ebenso ein Stadtteil mit einem Extremwert von mehr als 250 % Veränderung.

Quelle: Innerstädtische Raumbeschreibung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 50 Städte

5.2 Alter und Geschlecht

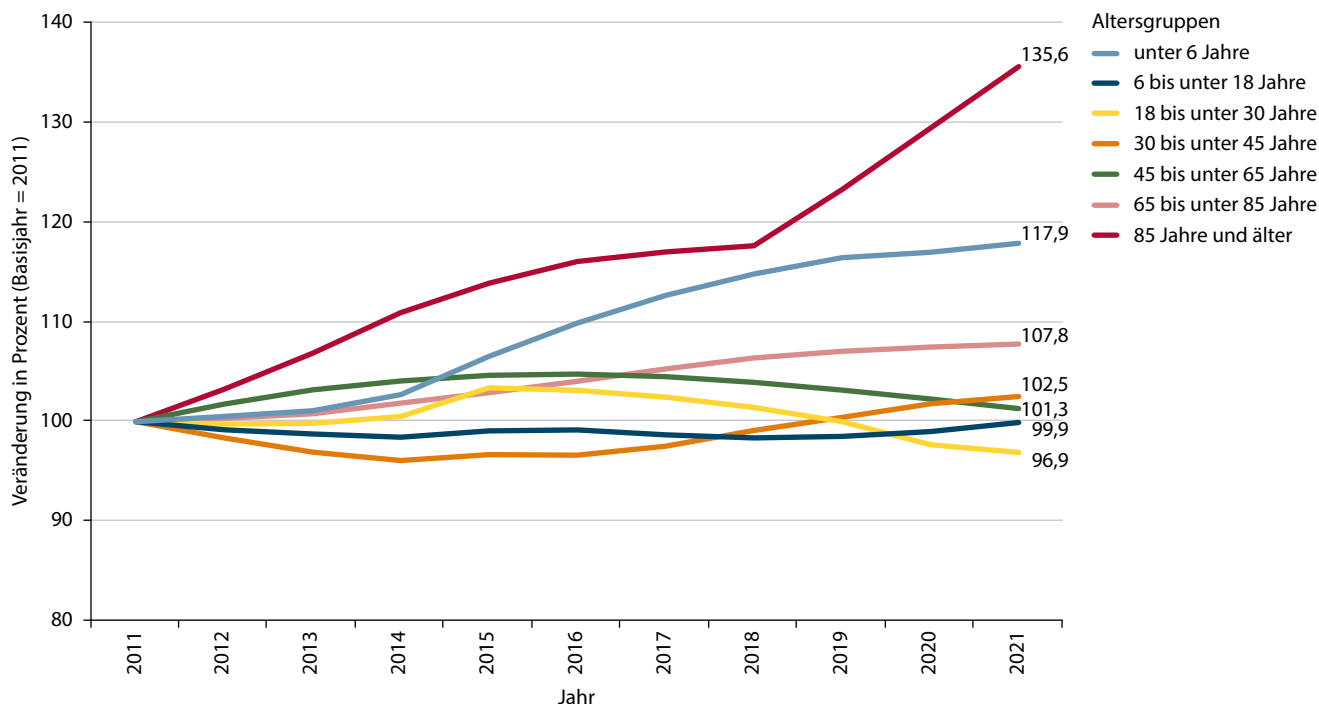
Im Zuge der kommunalen Selbstverwaltung übernehmen Kommunen wichtige Aufgaben der Infrastrukturplanung. Daher sind Informationen zur Altersstruktur für Kommunen wichtig, um aktuelle und zukünftige Bedarfe abzuschätzen. Nicht erst seit der Anspruch auf Kinderbetreuung für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr im Jahr 2013 gesetzlich verankert wurde, rückt dabei die Bereitstellung von Betreuungsinfrastruktur für Kinder und Jugendliche in den Fokus. Daneben verantworten die Kommunen auch die Schul- und Sozialplanung. Die Herausforderung liegt darin, die jeweiligen Bedarfe datenbasiert abzuschätzen, um mögliche Baumaßnahmen rechtzeitig angehen zu können. Dabei müssen Kommunen kleinräumig vorgehen, um Infrastruktureinrichtungen wohnortnah anbieten zu können. Zusätzlich sollten auch der öffentliche Raum und

das Wohnumfeld bedarfsgerecht ausgebaut sein und beispielsweise älteren Menschen barrierefreie Wege und ausreichend Sitzgelegenheiten anbieten.

Deutschland

Das Bevölkerungswachstum in Deutschland in Höhe von 3,6 % im Zeitraum von 2011 bis 2021 stellt den Durchschnitt über alle Bevölkerungsgruppen dar. Differenziert nach Altersgruppen fällt auf, dass die älteste und die jüngste Altersgruppe die größte Wachstumsraten verzeichneten (s. Abbildung 8). Auffällig ist darüber hinaus der Anstieg der Zahl der 18- bis unter 30-Jährigen in den Jahren der großen Fluchtzwanderung (insbesondere 2015), der sich anschließend aber wieder leicht ins Gegenteil verkehrt hat, sodass 2021 im Vergleich zu 2011 weniger Personen dieser Altersgruppe in Deutschland lebten.

Abbildung 8: Indizierte Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nach Altersklassen im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Destatis o. J.a

IRB-Städte

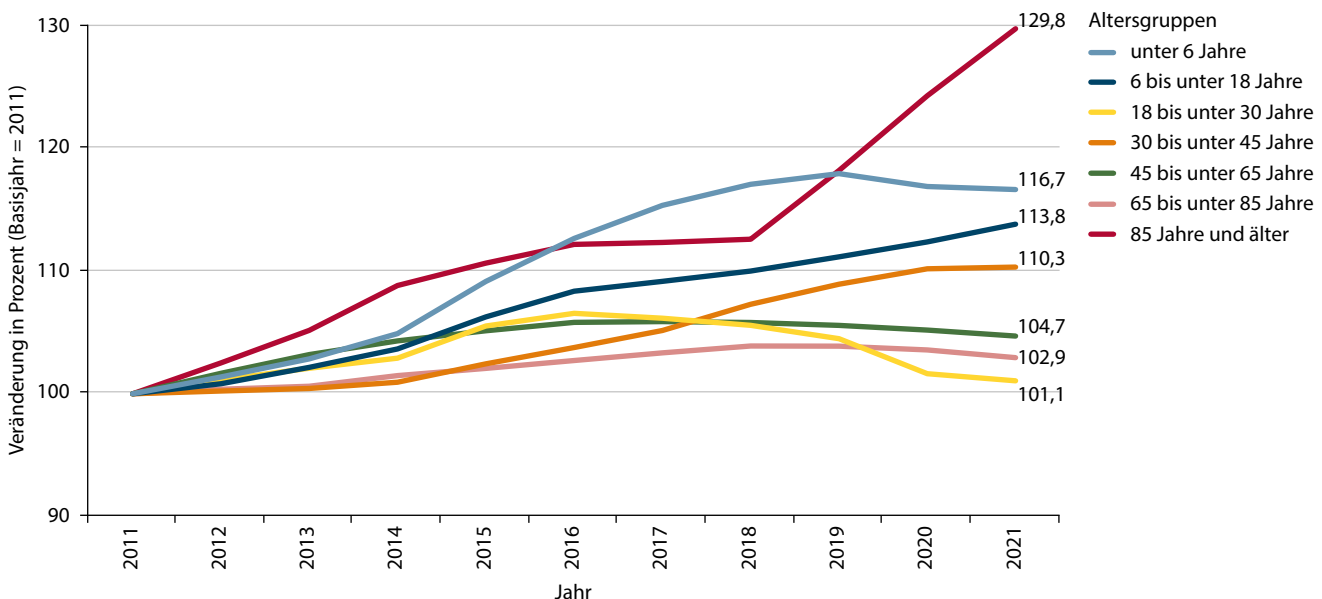
In den IRB-Städten wuchsen im Zeitraum 2011 bis 2021 alle Altersgruppen, allerdings unterschiedlich stark (s. Abbildung 9). Die Alterung der Bevölkerung schritt hier in den vergangenen Jahren weniger stark voran als im deutschen Durchschnitt. Insgesamt lebten im Jahr 2021 29,8 % mehr Hochaltrige (85-Jährige und Ältere) in den IRB-Städten (Deutschland: 35,6 %), während die Zahl der 65- bis 84-Jährigen um 2,9 % stieg (Deutschland: 7,8 %). Auffällig sind dabei die Geschlechterunterschiede: Während 2021 im Vergleich zu 2011 etwa 14 % mehr hochaltrige Frauen in den Städten lebten, waren es 76 % mehr Männer. Trotz der Niveauunterschiede – 2021 lebten 429.628 hochaltrige Frauen und 222.103 hochaltrige Männer in den IRB-Städten – ist die Steigerung um über 70 % bemerkenswert. Dieser enorme Unterschied lässt sich mit Nachholeffekten begründen, da die Geburtenjahrgänge ab Mitte der 1930er-Jahre heute insgesamt stärker besetzt sind als ihre Vorgängerjahrgänge, deren Zahlen durch den 2. Welt-

krieg geringer waren. Da die Wanderungsintensität und das Wanderungsvolumen älterer Menschen generell geringer ist (s. Abbildung 10)¹⁴, ist das Wachstum der hochaltrigen Bevölkerungszahl auf die Alterung des Bestands zurückzuführen.

Verglichen mit 2011 lebten 2021 16,7 % mehr (v. a. ausländische) Kinder der jüngsten Altersgruppe in IRB-Städten (Deutschland: 17,9 %). Diese Entwicklung ist auf gestiegene Geburtenzahlen zurückzuführen, da der Wanderungssaldo in dieser Altersgruppe mit Ausnahme von 2015 und 2016 konstant negativ war (s. Abbildung 10). Ein weiteres Indiz ist, dass die Städte zumindest ab 2016 Einwohnerinnen und Einwohner in der familiengeprägten Altersgruppe von 30 bis unter 45 Jahren an das Umland verloren haben (s. Kapitel 3). Ab 2014 ist in den IRB-Städten auch ein

(14) Für die Betrachtung des Wanderungssaldos wurde die Gruppe der Älteren nicht weiter unterteilt, da Hochaltrige (85+) deutlich weniger mobil sind und die Datenbasis sonst zu gering wird.

Abbildung 9: Indizierte Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 51 Städte

deutlicher Anstieg bei der zweitjüngsten Altersgruppe zwischen 6 und 17 Jahren zu erkennen (s. Abbildung 9), der sich ebenfalls auf Wanderungsgewinne infolge von Zuwanderung zurückführen lässt (s. Abbildung 10). In der Folge lebten im Jahr 2021 13,8 % mehr Kinder und Jugendliche dieser Altersgruppe in den Städten als 2011. Im Vergleich dazu gab es in der gesamtdeutschen Betrachtung dieser Altersgruppe fast keine Veränderung.

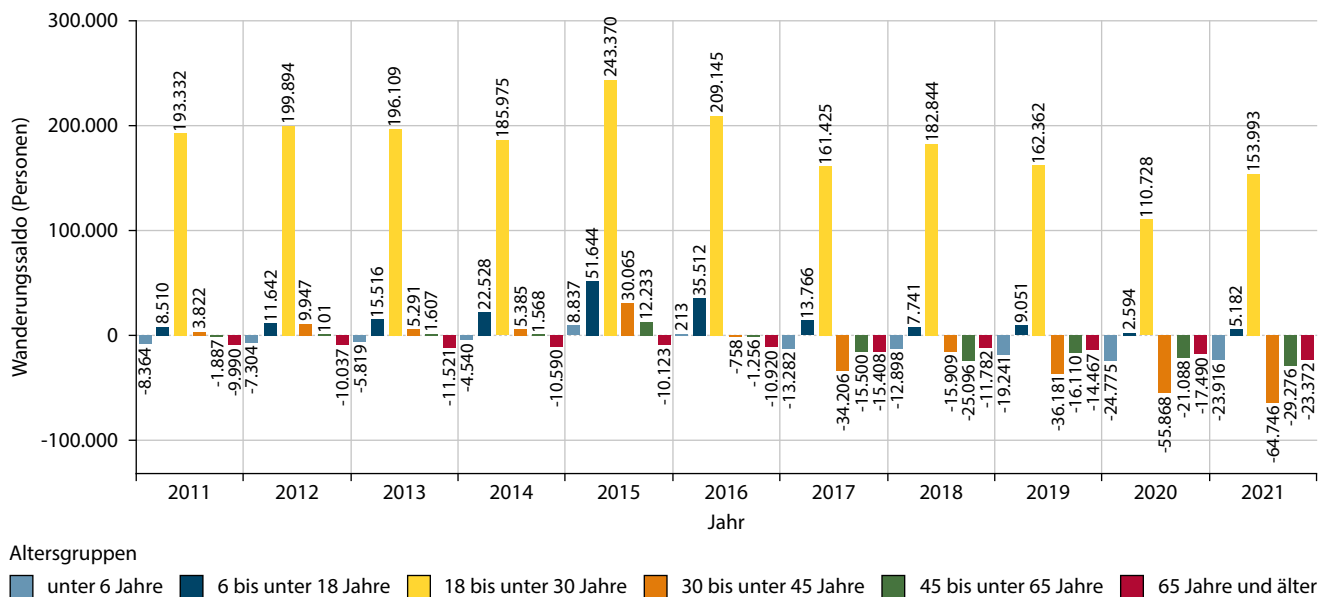
Das verhältnismäßig geringste Wachstum wies im Betrachtungszeitraum die Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen auf. Im Zeitverlauf ist zu erkennen, dass diese Altersgruppe von 2014 bis 2016 deutliche Zugewinne erzielte, anschließend aber schrumpfte. Im Vergleich zu 2011 lebten 2021 etwa gleich viele junge Erwachsene in den IRB-Städten (+1,1 %) (s. Abbildung 9). Generell sind diese Menschen deutlich mobiler als andere Altersgruppen (s. Abbildung 10). Auffällig ist jedoch, dass sich die Wanderungsgewinne in den letzten Jahren deutlich reduziert haben, wenn-

gleich es 2021 eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr gab. Die rückläufige Tendenz bei den Wanderungsgewinnen in dieser Altersgruppen könnte an der hohen Mietpreisentwicklung liegen, aber auch darauf zurückzuführen sein, dass es sich um weniger stark besetzte Jahrgänge handelt.

Unterschiede zwischen den Städten

Von der Alterung ihrer Bevölkerung sind nicht alle IRB-Städte gleichermaßen betroffen. Für das Jahr 2020 unterscheidet sich der Anteil der 65- bis unter 85-Jährigen und der Anteil der 85-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Bevölkerung deutlich zwischen den ostdeutschen Städten mit hohen Anteilen (20,97 bzw. 3,55 %) und den sieben größten (15,61 bzw. 2,59 %) sowie den süddeutschen Städten (16,23 bzw. 2,85 %), die in beiden Altersgruppen unterdurchschnittliche Anteile aufweisen. Der Vergleich zeigt zudem, dass unabhängig vom Stadttyp ab den Altersgruppen ab 65 Jahren ein „Frauenüberschuss“ besteht (s. Abbildung 11).

Abbildung 10: Wanderungssalden der Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze nach Altersgruppen in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021



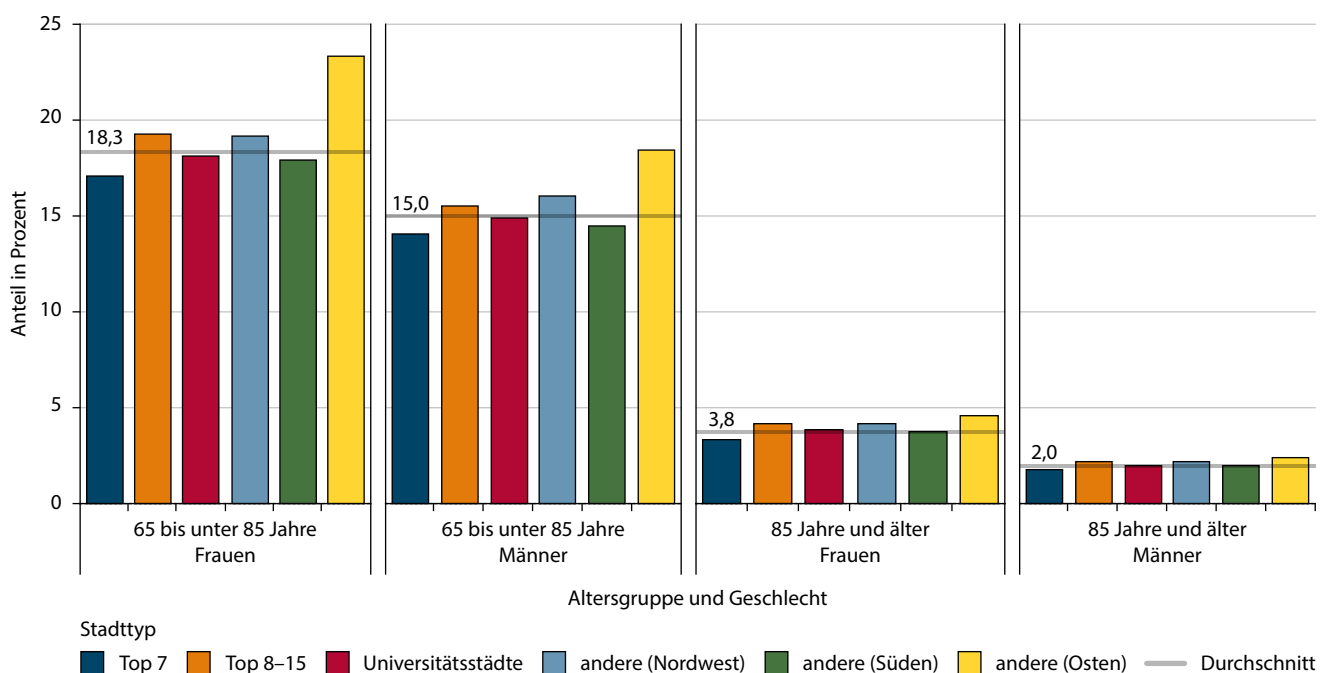
Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 47 Städte

Um potenzielle Abhängigkeiten von älteren, überwiegend nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen von Bevölkerungsgruppen im potentiell erwerbsfähigen Alter anzuzeigen, kann der Altenquotient (s. Kapitel 4.2) verwendet werden (vgl. BiB 2022). Er gibt Auskunft über die (finanziellen) Belastungen auf Seiten der Erwerbstätigen. Viele einwohnerstarke Städte wie Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg oder München weisen dabei unterdurchschnittliche Werte auf (s. Abbildung 12). In Berlin betrug der Altenquotient 2021 29,7. Das bedeutet, dass knapp drei Person im Rentenalter zehn Erwerbstätigen gegenüberstehen. Am niedrigsten von allen betrachteten Städten ist der Wert in Frankfurt am Main (23,6). Unterschiede sind aber nicht nur nach Stadtgröße, sondern auch zwischen Ost- und Westdeutschland zu erkennen. Von den zehn Städten mit den höchsten Altenquotienten lagen sieben in Ostdeutschland. In diesen Städten ist der durchschnittliche Altenquotient mit über 36 überdurch-

schnittlich hoch. Am ungünstigsten ist das Generationenverhältnis in Chemnitz, wo auf eine Person im Rentenalter nur zwei Erwerbstätige kommen. Demgegenüber kann der Greying-Index gestellt werden, der die Struktur in der älteren Bevölkerung widerspiegelt (s. Abbildung 12). Er zeigt, dass sich die Struktur der älteren Bevölkerung in den Top-7- und den ostdeutschen Städten ähnelt. Beide Typen haben zu allen Beobachtungszeitpunkten ein ähnliches Verhältnis von Hochaltrigen zu jüngeren Alten, auch wenn sich die Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung maximal unterscheiden.

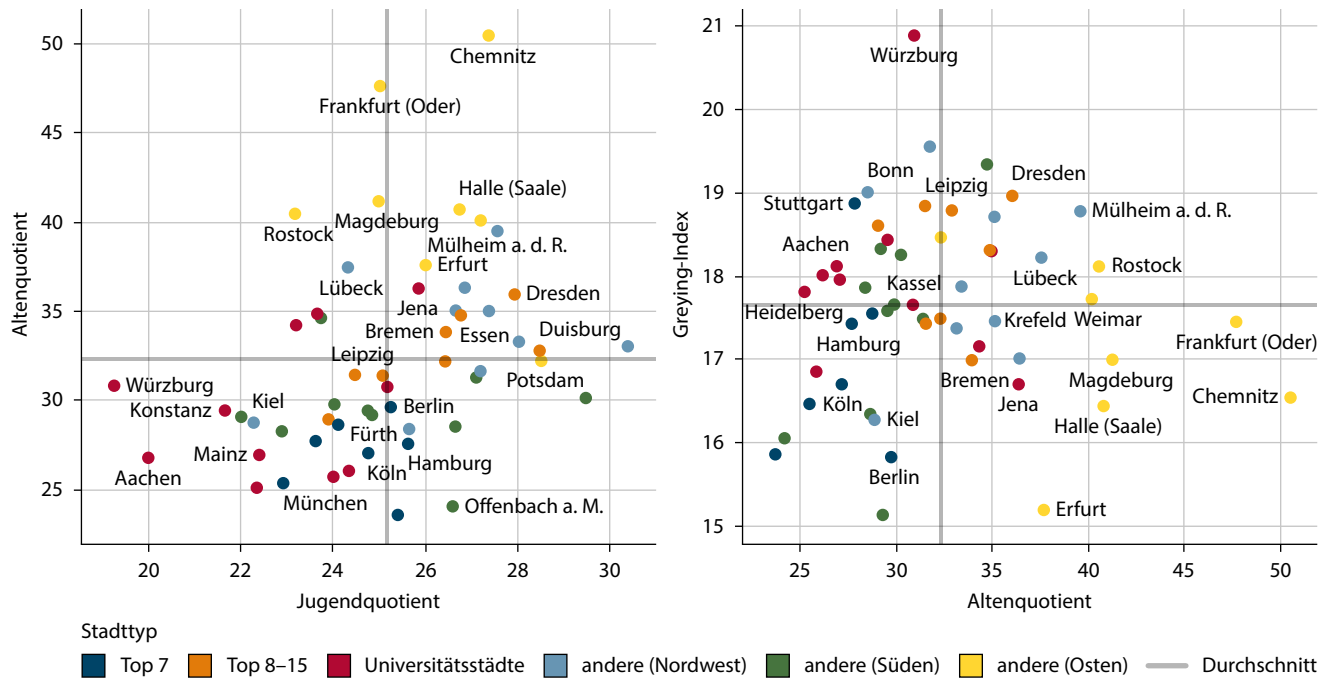
Im Anteil der 18- bis unter 30-Jährigen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Städten. Die Universitätsstädte haben mit 20,1 % den höchsten Anteil junger Erwachsener, das heißt, jede fünfte Einwohnerin beziehungsweise jeder fünfte Einwohner einer Universitätsstadt gehört zur Altersgruppe der jungen Erwachsenen. Im Vergleich sind in ostdeutschen Städten

Abbildung 11: Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung in den IRB-Städten im Jahr 2021 nach Stadttyp und Geschlecht



Quelle: Innerstädtische Raumeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 54 Städte

Abbildung 12: Gegenüberstellung des Alten- und Jugendquotienten sowie des Greying-Index und des Altenquotienten in den IRB-Städten im Jahr 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 54 Städte

nur 13,9 % der Bevölkerung dieser Altersgruppe zuzuordnen. In allen Stadttypen besteht in dieser Altersgruppe ein leichter Männerüberschuss.

Absolut betrachtet erzielten die Top-7-Städte die größten Wanderungsgewinne bei jungen Erwachsenen (s. Abbildung 13). Das Jahr 2015 war in den meisten Stadttypen ein Höhepunkt der Wanderungsgewinne in dieser Altersgruppe, in den Top-7- und den Universitätsstädten dagegen in Bezug auf den betrachteten Zeitraum kein außergewöhnliches Jahr (s. Abbildung 13). Interessant ist, dass ab 2018/2019 alle Stadttypen geringere Wanderungsgewinne als in den Vorjahren erzielten. Besonders groß war der Rückgang in den Universitätsstädten und im Süden, weniger stark verlief der Rückgang in den Top-7- und den nordwestlichen Städten (s. Abbildung 13). In Universitätsstädten spielte 2020 die Pandemie sicherlich insofern eine Rolle, als dass sich viele junge Erwachsene gegen einen Umzug zu Studienbeginn

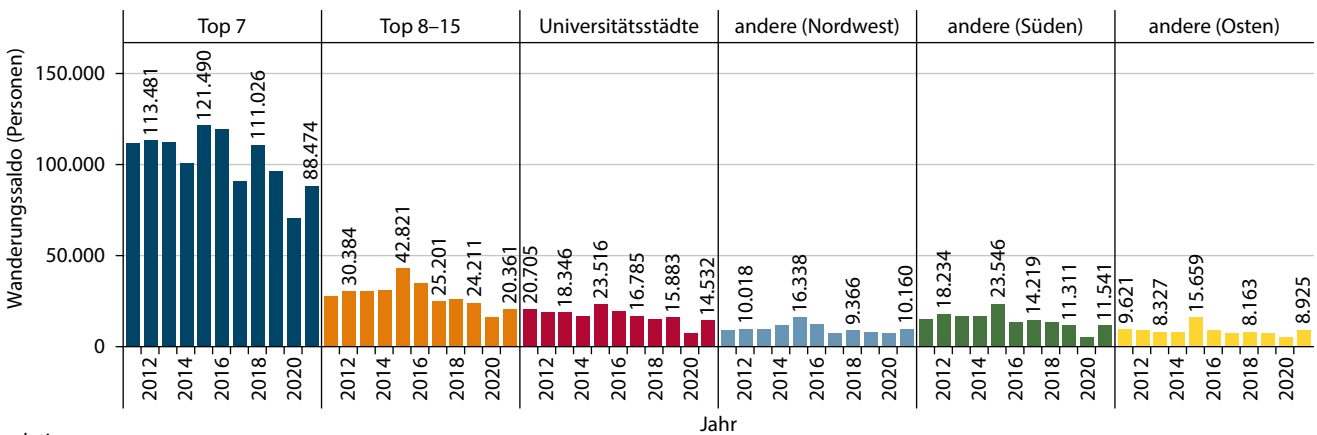
entschieden, auch weil Vorlesungen und Kurse online abgehalten wurden. Im Jahr 2021 stiegen die Wanderungsgewinne in allen Stadttypen wieder an.

Unterschiede innerhalb der Städte

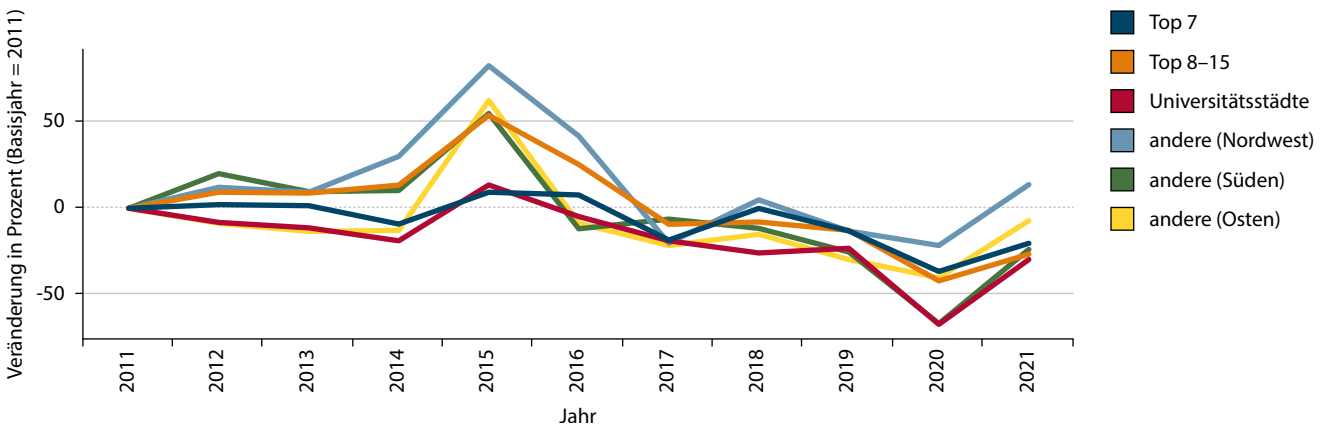
Verschiedene Bevölkerungsgruppen verteilen sich meist nicht gleichmäßig im Stadtgebiet, was sich mit dem Segregationsindex betrachten lässt (s. Tabelle 1). Die demografische Segregation ist dabei geringer ausgeprägt als die ethnische Segregation (vgl. Kapitel 5.3), dennoch waren die 18- bis unter 30-Jährigen, die Älteren (65 bis unter 85 Jahre) und Hochaltrigen (85 Jahre und älter) am wenigsten gleich über das Stadtgebiet verteilt. Der Segregationsindex von 12 (2021) weist darauf hin, dass 12 % der Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 65 bis unter 85 Jahren im Stadtgebiet umziehen müssten, damit eine Gleichverteilung herrscht. Dieser Wert liegt bei den Hochaltrigen noch höher. Dies ist jedoch wahrscheinlich auf

Abbildung 13: Entwicklung der Wanderungssalden über die Stadtgrenzen der 18- bis unter 30-Jährigen in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021

absolut



relativ



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 47 Städte

die höhere Institutionalisiertungsrate in stationären Pflegeeinrichtungen zurückzuführen.

Verglichen mit der Gesamtbevölkerung leben Menschen ab 65 Jahren überdurchschnittlich häufig am Stadtrand (s. Abbildung 14). Während knapp 50 % der Gesamtbevölkerung am Stadtrand leben, sind es bei den Älteren etwa 56 %. Dementsprechend ist der Altenquotient dort am höchsten und wird niedriger, je näher es Richtung Innenstadt geht (2021: Stadtrand = 35,6; Innenstadtrand = 26,9; Innenstadt = 23,0).

Junge Erwachsene zwischen 18 und unter 30 Jahren sind die mit am stärksten segregierte Altersgruppe. Ihr Indexwert im Jahr 2021 betrug 14,8. Zugehörige dieser Altersgruppe wohnen seltener am Stadtrand und häufiger in Stadtteilen, die als Studierendenviertel bekannt sind. Sie leben zudem eher in Gebieten, die der Kategorie „hoch“ der Fluktuationstypik zuzuordnen sind, das heißt in denen die Bewohnerschaft durch Zu- und Wegzüge ständigen Veränderungen unterworfen ist (s. Abbildung 15). Im Zeitverlauf ist der Segregationsindex deutlich angestiegen, das heißt, dass die Konzentration junger Erwachsener größer wurde.

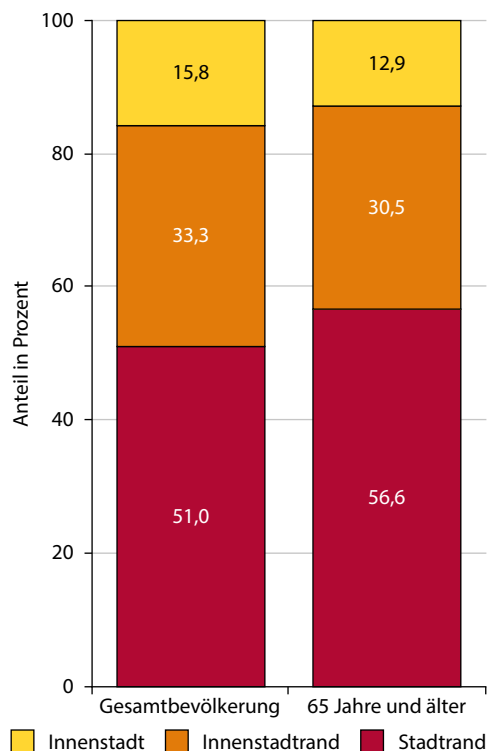
Kinder und Jugendliche wohnen vor allem am Stadtrand. Bei noch nicht schulpflichtigen Kindern (Altersgruppe der

Tabelle 1: Segregationsindex nach Altersgruppe und Jahr

Altersgruppe	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
bis unter 6 Jahre	7,6	7,4	7,3	7,2	7,2	7,1	7,2	7,2	7,2	7,2	7,1
6 bis unter 18 Jahre	9,4	9,5	9,5	9,4	9,4	9,3	9,4	9,3	9,3	9,3	9,3
18 bis unter 30 Jahre	13,8	14,2	14,4	14,5	14,6	14,5	14,7	14,7	14,8	14,7	14,8
30 bis unter 45 Jahre	7,9	8,1	8,3	8,4	8,3	8,3	8,3	8,3	8,2	8,2	8,0
45 bis unter 65 Jahre	7,1	7,3	7,4	7,4	7,5	7,5	7,4	7,4	7,2	7,1	7,0
65 bis unter 85 Jahre	11,9	12,0	12,1	12,2	12,4	12,3	12,3	12,3	12,3	12,1	12,0
85 Jahre und älter	15,1	14,9	14,8	14,8	14,8	14,8	14,9	14,8	14,8	14,7	14,9

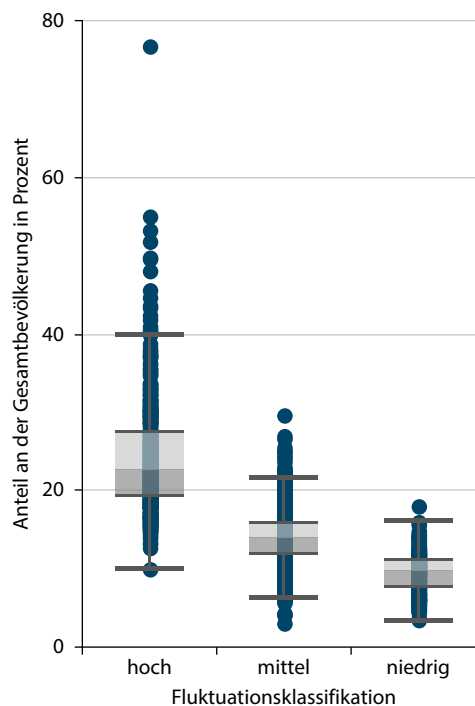
Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 51 Städte

Abbildung 14: Anteil der Bevölkerung in den innerstädtischen Lagetypen der IRB-Städte im Jahr 2021



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 54 Städte

Abbildung 15: Anteil junger Erwachsener (18 bis unter 30 Jahre) in den IRB-Städten nach der Fluktuationsklassifikation im Jahr 2021



Anmerkung: Stadtteile mit weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern wurden ausgeschlossen.

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 52 Städte

unter 6-Jährigen) sind diese Unterschiede geringer. Dies könnte darauf hindeuten, dass Familien mit ihren relativ jungen Kindern noch eher in der Stadt wohnen und erst mit älteren oder mehr Kindern aus der

Stadt herausziehen. Im Betrachtungsjahr 2021 ist der Anteil der unter 6-Jährigen am Stadtrand mit knapp 6 % am höchsten (s. Tabelle 2), unterscheidet sich jedoch nur wenig vom Innenstadtrand und der

Tabelle 2: Anteil verschiedener Altersgruppen nach Lagetyp in IRB-Städten im Jahr 2021 in Prozent

Lagetyp	bis unter 6 Jahre	6 bis unter 18 Jahre	18 bis unter 30 Jahre	30 bis unter 45 Jahre	45 bis unter 65 Jahre	65 bis unter 85 Jahre	85 Jahre und älter
Innenstadt	5,5	8,7	20,6	25,2	23,9	13,6	2,4
Innenstadtrand	5,7	9,6	17,2	24,5	25,1	15,3	2,7
Stadtrand	5,9	11,4	13,4	20,1	27,5	18,5	3,2
insgesamt	5,8	10,4	15,8	22,4	26,1	16,7	2,9

Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 54 Städte

Innenstadt. Für die Altersgruppe der 6- bis unter 18-Jährigen (s. Tabelle 2, Spalte 2) ist der Anteil am Stadtrand am höchsten und liegt knapp 2 sowie 3 Prozentpunkte oberhalb der Werte für den Innenstadtrand und die Innenstadt.

5.3 Ausländische Bevölkerung

Das städtische Wachstum der letzten Jahre wurde maßgeblich durch Zuwanderung aus dem Ausland nach Deutschland – und hier insbesondere in die größeren Städte – getragen. Die COVID-19-Pandemie hat der internationalen Zuwanderung nach Deutschland nur einen kurzen Dämpfer verliehen. Es ist zu erwarten, dass Deutschland auch zukünftig Ziel internationaler Migrationsströme bleiben wird. Zusätzlich führen Konflikte wie der Krieg in der Ukraine zu kaum prognostizierbaren Zuwanderungsbewegungen. Das hat Auswirkungen auf die strukturelle Zusammensetzung der Stadtgesellschaft und damit einhergehende Aufgaben der Kommunen, wie etwa die gesellschaftliche Integration der Zuwandernden.

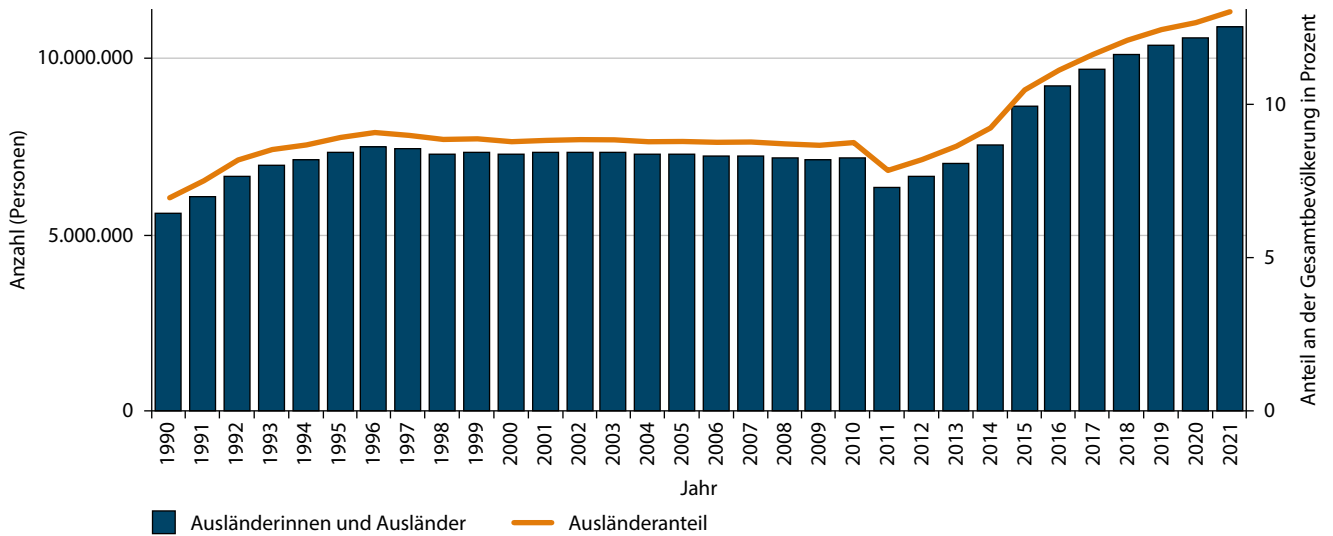
Im Folgenden soll die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland – und insbesondere in Großstädten – im Zeitraum zwischen 2011 und 2021 betrachtet werden, um hierdurch eventuelle Rückschlüsse auf die zukünftige Bevölkerungszusammensetzung der Städte und damit verbundene Herausforderungen ziehen zu können.

Deutschland

Mit Blick auf die Entwicklung für Gesamtdeutschland zeigt sich, dass sowohl die absolute Anzahl der ausländischen Bevölkerung als auch der Ausländeranteil zwischen 1995 und 2010 relativ konstant geblieben sind (s. Abbildung 16). Dabei weist die Abnahme im Jahr 2011 auf Korrekturen infolge des Zensus hin. Deutlich zu erkennen ist der kontinuierliche Anstieg der Zahlen seit 2011, der 2015 bedingt durch die hohe Fluchtzuwanderung noch einmal etwas stärker zunahm. Aus der Betrachtung des Außenwanderungssaldos (s. Abbildung 17) wird deutlich, dass dieser seit 2008 bis zum Jahr 2015 kontinuierlich gestiegen ist und nach 2015 wieder abnimmt. Dabei bleibt er jedoch positiv. Im Jahr 2021 ist eine erneute Zunahme im Vergleich zum Vorjahr zu erkennen. Neben der COVID-19-Pandemie haben auch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und der Brexit das Wanderungsgeschehen im Betrachtungszeitraum beeinflusst.

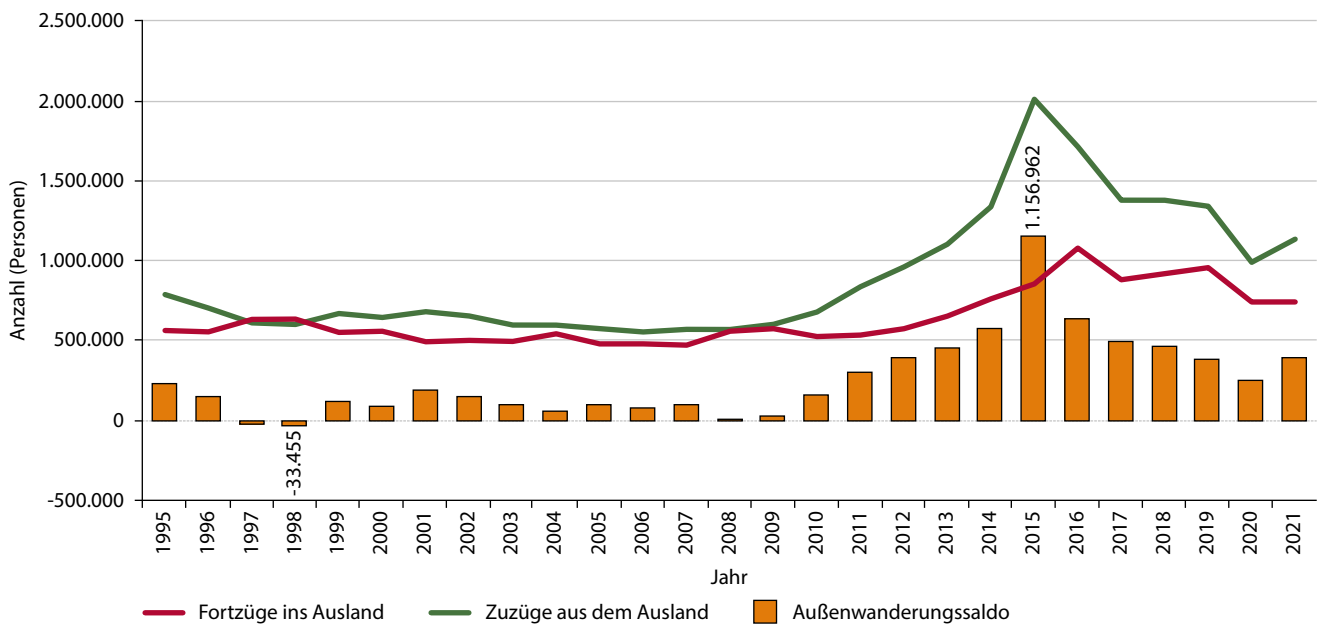
Zum Stichtag 31. Dezember 2021 lebten damit über 10,8 Mio. Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland, was einem Anteil von 13,1 % an der Gesamtbevölkerung entspricht. Bei der räumlich differenzierten Betrachtung nach dem siedlungsstrukturellen Kreistyp zeigt sich, dass drei Viertel der absoluten Zunahme in kreisfreien Großstädten und städtischen Kreisen erfolgte (s. Abbildung 18). Dabei lebten im Jahr 2021 insgesamt 42,6 % aller Personen mit ausländischer Staatsangehör-

Abbildung 16: Ausländische Bevölkerung in Deutschland im Zeitraum 1990 bis 2021



Quelle: Destatis o. J.b

Abbildung 17: Außenwanderungssaldo von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland im Zeitraum 1995 bis 2021

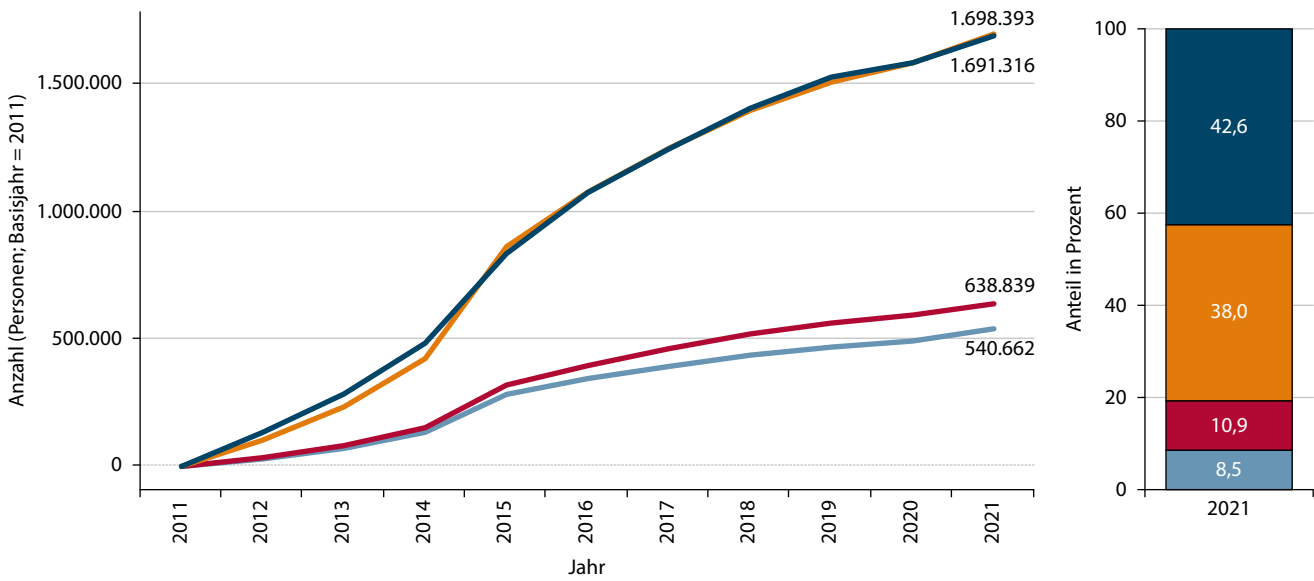


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionaldatenbank Deutschland o. J.

rigkeit in kreisfreien Großstädten. Mit einem Ausländeranteil von 19,0 % leben hier auch prozentual gesehen die meisten Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Im Vergleich ist der Ausländeranteil in den drei anderen Kreistypen deutlich

geringer (städtische Kreise: 12,8 %, ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen: 8,7 %, dünn besiedelte ländliche Kreise: 7,3 %). Dies zeigt, dass Themen wie Integration vor allem kreisfreie Großstädte aber auch städtische Kreise betreffen.

Abbildung 18: Zuwachs an ausländischer Bevölkerung im Zeitraum 2011 bis 2021 und Anteil im Jahr 2021 nach siedlungsstrukturellem Kreistyp



Siedlungsstruktureller Kreistyp

■ kreisfreie Großstadt ■ städtischer Kreis ■ ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen ■ dünn besiedelter ländlicher Kreis

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionaldatenbank Deutschland o. J.

IRB-Städte

In den IRB-Städten lebten im Jahr 2021 circa 4,6 Mio. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, was einem Ausländeranteil von 20,2 % entspricht. Dabei stieg dieser seit dem Jahr 2011 um etwa 5,9 Prozentpunkte, gleichbedeutend mit einer Zunahme um rund 1,6 Mio. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies resultiert vor allem aus der Zuwanderung aus dem Ausland.

Im Vergleich zu Gesamtdeutschland (Zunahme um 72 %) ist die Zahl der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der IRB (Zunahme um 51 %) seit 2011 weniger stark gestiegen. Hier muss allerdings beachtet werden, dass der Ausländeranteil innerhalb der IRB-Städte um durchschnittlich 7 Prozentpunkte höher liegt als in Gesamtdeutschland und sowohl in der IRB als auch in Gesamtdeutschland der Ausländeranteil seit 2011 um jeweils circa 5 Prozentpunkte gestiegen ist.

Die Gruppen der Personen mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit unterscheiden sich deutlich in ihrem Altersaufbau. Das zeigt sich für Gesamtdeutschland wie auch für die IRB-Städte. Im Gegensatz zum Altersdurchschnitt der deutschen Bevölkerung in den IRB-Städten von knapp 43 Jahren, lag der Altersdurchschnitt der Personen ohne deutschen Pass bei etwa 38 Jahren. Somit trägt die ausländische Bevölkerung der IRB-Städte zu einer Verjüngung des allgemeinen Altersdurchschnitts bei (s. Tabelle 3).

Die Alterspyramide macht deutlich, dass vor allem die Altersgruppen der 15- bis unter 30-Jährigen und der 30- bis unter 45-Jährigen der ausländischen Bevölkerung im Vergleich überproportional vertreten sind (s. Abbildung 19). Daraus folgt, dass es mehr Ledige, mehr Menschen in Ausbildung und weniger Rentnerinnen und Rentner in dieser Bevölkerungsgruppe gibt (vgl. Petschel 2021: 34). Zudem unterscheiden sich Personen mit

deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit im Bildungsniveau. Nach Pettschel (2021: 35 f.) haben Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, aber ohne eigene Migrationserfahrung, einen im Verhältnis geringeren Anteil an Personen mit akademischem Abschluss und mehr als dreimal so viele Menschen ohne Abschluss wie die deutschen Bevölkerung. Zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer haben dagegen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung prozentual ebenso viele Personen mit akademischem Abschluss, aber auch überproportional viele Personen mit einem geringen Qualifikationsniveau (46 %). Damit hängt die Armutsgefährdungsquote zusammen, die für zugewanderte Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ebenfalls am höchsten liegt (vgl. ebd.: 39).

Beide Faktoren unterscheiden sich dabei aber sehr stark nach der Herkunftsregion der Personen. Während Personen mit amerikanischer Staatsangehörigkeit häufiger einen akademischen Abschluss (ca. 50 %) aufweisen, ist vor allem der Anteil von Personen ohne Abschluss bei Personen mit Staatsangehörigkeiten afrikani-

Tabelle 3: Durchschnittsalter nach Nationalität

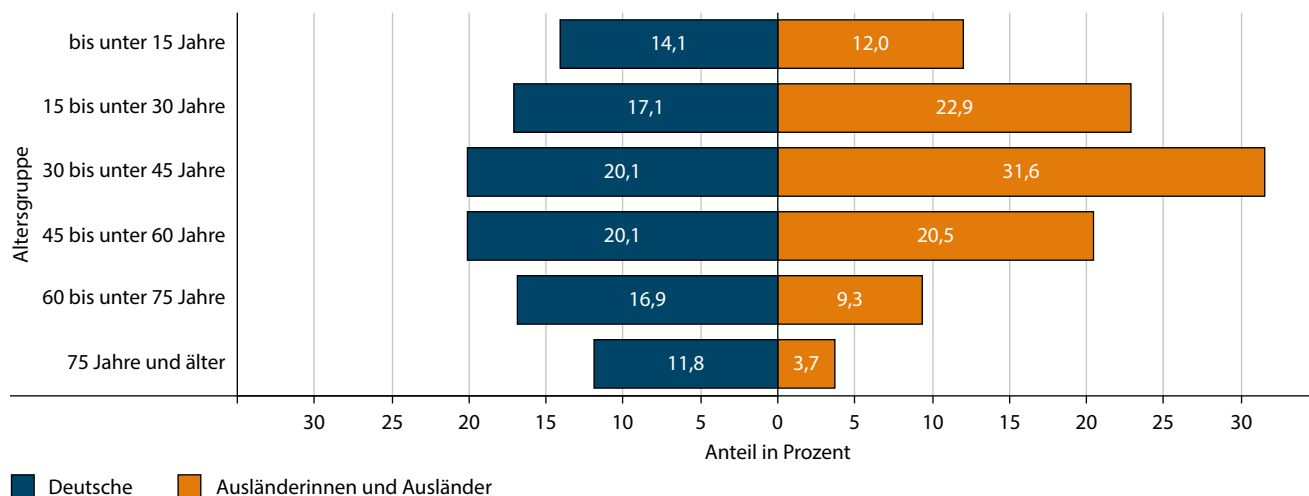
Jahr	Ausländerinnen und Ausländer	Deutsche	Gesamt
2011	39,1	43,8	43,1
2012	39,2	43,8	43,1
2013	39,2	43,8	43,1
2014	39,1	43,9	43,2
2015	38,4	44,0	43,0
2016	38,0	44,0	42,9
2017	38,0	43,9	42,9
2018	38,0	43,9	42,9
2019	38,0	43,9	42,9
2020	38,3	43,9	43,0
2021	38,1	43,6	43,0

Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 51 Städte

scher, asiatischer und europäischer Nicht-EU-Staaten verhältnismäßig hoch (38 bis 51 %).

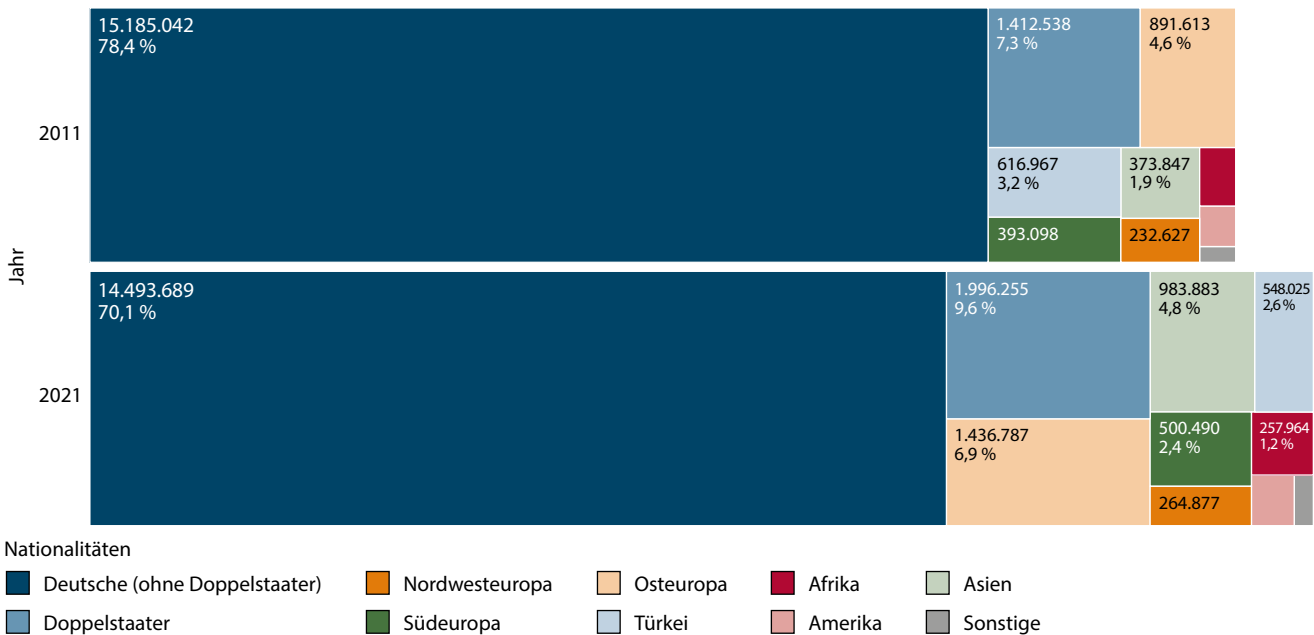
Um den Aspekt der Herkunftsregion genauer beschreiben und die angesprochenen Implikationen beurteilen zu können, werden die Einwohnerzahlen der

Abbildung 19: Alterspyramide der deutschen und ausländischen IRB-Bevölkerung im Jahr 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 54 Städte

Abbildung 20: Einwohnerzahlen der IRB-Städte nach Nationalitäten in den Jahren 2011 und 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 50 Städte

IRB-Städte in Abbildung 20 nach Nationalitäten dargestellt.¹⁵

So zeigt sich, dass im Jahr 2021 die Gruppe der Doppelstaater neben der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit den größten Anteil an der Bevölkerung der IRB-Städte ausgemacht hat.¹⁶ Darauf folgten Personen mit osteuropäischer Staatsangehörigkeit, die mit 7,0 % den größten Anteil aller Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit darstellen.

(15) Ein Vorteil der Auswertung von kommunalstatistischen Daten liegt in der Verfügbarkeit von Herkunftsregionen der ausländischen Bevölkerung.

(16) Doppelstaater sind Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die nach ihrer Einbürgerung noch mindestens eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Zahl der Einbürgerungen liegt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes jährlich zwischen 100.000 und 120.000 Personen, wobei zuletzt eine deutliche Zunahme festzustellen ist. Auch hier spielen Faktoren wie der Krieg in der Ukraine, Flüchtlingsbewegungen aus dem Nahen Osten oder der Brexit eine gewichtige Rolle.

Dahinter sind die Anteile von Personen mit Staatsangehörigkeiten asiatischer Staaten (4,8 %) und der Türkei (2,7 %) am größten. Dabei zeigt sich, dass die Zahl an Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit in Deutschland sowohl absolut als auch prozentual abgenommen hat, während der Anteil von Personen mit Staatsangehörigkeiten asiatischer Staaten von 1,9 % auf 4,8 % verhältnismäßig stark zugenommen hat. Auch hier ist der Einfluss der hohen Fluchtzuwanderung im Jahr 2015 deutlich zu erkennen. Dagegen kann die Zuwanderung von Menschen mit Staatsangehörigkeiten osteuropäischer und südeuropäischer Staaten auf die EU-Osterweiterung beziehungsweise zu Teilen auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zurückgeführt werden (vgl. ebd.: 32).

Unterschiede zwischen den Städten

Im Folgenden sollen die Entwicklungen differenziert nach verschiedenen Stadttypen innerhalb der IRB-Städte betrachtet

werden, da hier große Unterschiede zu beobachten sind.

Die Heterogenität zwischen den Städten zeigt sich anhand der Ausländeranteile in den einzelnen IRB-Städten. Die IRB-Stadt mit dem höchsten Anteil an ausländischen Personen im Jahr 2021 war Offenbach am Main mit 40,1 %. Anschließend folgten Frankfurt am Main (29,9 %), Ludwigshafen am Rhein (29,0 %) und München (28,8 %). Die geringsten Anteile hatten hingegen Rostock (7,2 %), Dresden (9,1 %) und Chemnitz (9,4 %).

Werden die IRB-Städte differenziert nach den sechs Stadttypen betrachtet, so zeigt sich von 2011 bis 2021 überall eine Zu-

nahme der Personen mit nichtdeutschem Pass um mindestens 40 %. Den höchsten Anstieg verzeichnet die Kategorie „andere (Osten)“ mit 181,3 %. Daraufhin folgen die Kategorien „Top 8–15“ mit 63,9 % und „andere (Nordwest)“ mit 59,2 %. Die „Top 7“ haben seit 2011 mit 43,2 % am wenigsten zugenommen (s. Tabelle 4).

In den IRB-Städten der Kategorie „andere (Osten)“ ist seit 2011 bis ins Jahr 2021 jährlich eine deutliche Zunahme der Zahl nichtdeutscher Personen im Vergleich zu den anderen Kategorien zu verzeichnen. Der stärkste Anstieg zeigt sich mit 48,1 % zwischen 2014 und 2015 und entspricht einem Wachstum von 23.518 Personen. Im Vergleich dazu hat die Zahl ausländischer

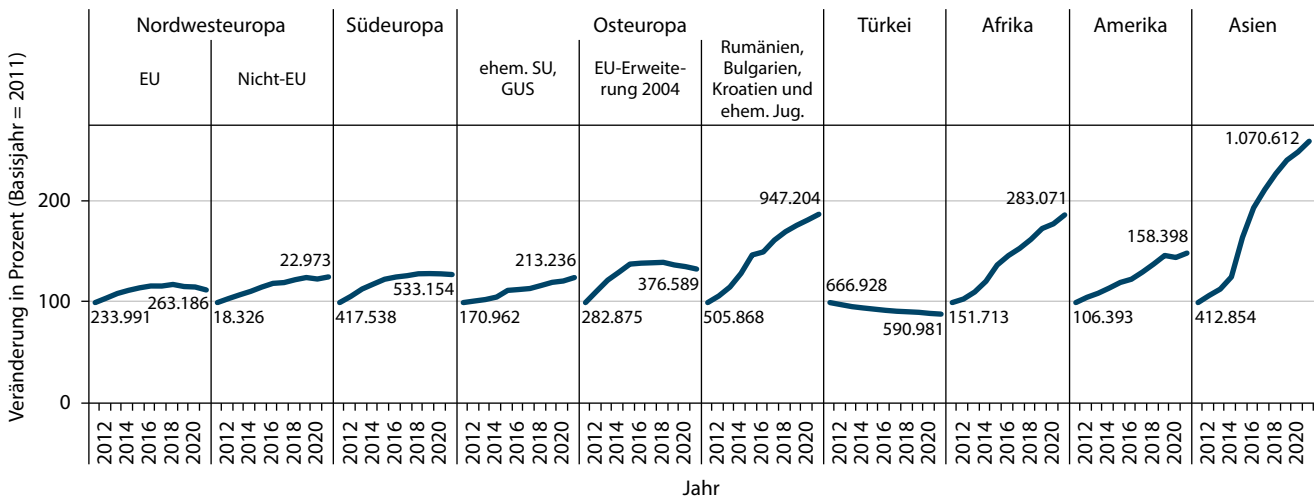
Tabelle 4: Entwicklung der Ausländerzahlen nach Stadttypen in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021 (2011 = Basisjahr)

Stadttyp	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Veränderung in Prozent
Top 7	0,0	4,1	9,0	14,6	23,0	30,3	33,0	37,0	40,3	41,2	43,2	
Top 8–15	0,0	4,3	10,3	16,9	31,2	41,5	47,3	53,3	57,4	60,0	63,9	
Universitätsstädte	0,0	3,5	7,9	13,9	25,8	35,6	40,8	44,9	49,1	48,6	53,3	
andere (Nordwest)	0,0	2,9	7,2	13,6	26,1	36,0	41,7	46,9	51,3	54,8	59,2	
andere (Süden)	0,0	4,7	9,6	17,3	26,3	30,0	33,9	38,3	41,2	41,7	45,0	
andere (Osten)	0,0	9,1	18,1	32,2	80,3	102,3	125,8	143,4	153,5	162,6	181,3	
Gesamtsumme	0,0	4,1	9,1	15,4	26,1	34,2	38,4	43,1	46,7	48,2	51,3	

Stadttyp	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Veränderung absolut
Top 7	0	67.659	147.023	240.084	377.244	496.548	541.658	607.207	660.785	676.532	708.239	
Top 8–15	0	21.133	50.611	83.183	153.726	204.532	232.961	262.648	282.838	295.300	314.843	
Universitätsstädte	0	8.279	18.649	32.808	60.788	84.110	96.309	105.934	115.823	114.725	125.756	
andere (Nordwest)	0	8.196	20.623	38.681	74.297	102.730	118.949	133.645	146.223	156.200	168.714	
andere (Süden)	0	14.899	30.322	54.934	83.535	95.274	107.586	121.534	130.572	132.334	142.580	
andere (Osten)	0	4.471	8.839	15.769	39.287	50.044	61.519	70.134	75.090	79.519	88.674	
Gesamtsumme	0	124.637	276.067	465.459	788.877	1.033.238	1.158.982	1.301.102	1.411.331	1.454.610	1.548.806	

Quelle: Innerstädtische Raumbearbeitung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 51 Städte

Abbildung 21: Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsgebieten in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 50 Städte

Personen in den Top-7-Städten in diesem Jahr nur um 8,4 % zugenommen. Aufgrund der höheren Grundgesamtheit im Jahr 2011 entspricht dies jedoch 137.160 Personen.

Auch bei der ethnischen Diversität und den verschiedenen Nationalitäten, die in den Städten leben, offenbaren sich Unterschiede. So zeigt sich für Städte im Westen und Nordwesten, die in den letzten Jahrzehnten einem Strukturwandel unterlagen, dass sie nach wie vor hohe Anteile von Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit oder auch Staatsangehörigkeiten südeuropäischer Länder aufweisen. Inzwischen sind jedoch die Anteile von Personen mit bulgarischer und rumänischer Staatsangehörigkeit sowie Staatsangehörigkeiten asiatischer Länder stark angestiegen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere in Städten des Ruhrgebiets häufig von Armutszuwanderung gesprochen (vgl. Kurtenbach 2015). In den strukturstarken Städten Süddeutschlands sind vor allem die Anteile von Personen mit Staatsangehörigkeiten süd- und osteuropäischer Staaten am höchsten. Hierbei handelt es sich teilweise um hochqualifizierte Fachkräfte, die in der Automobil- und Zulieferindus-

trie beschäftigt sind. In ostdeutschen Städten dominieren hingegen Personen mit Staatsangehörigkeiten aus den ehemaligen GUS-Staaten sowie auch den EU-Beitrittsländern aus dem Jahr 2004. Auch die Anteile von Personen mit Staatsangehörigkeiten asiatischer Länder sind hier überdurchschnittlich hoch. Insbesondere die Zahl der Personen aus Vorder- und Westasien ist seit der hohen Fluchtzuwanderung im Jahr 2015 in allen Städten stark angestiegen (s. Abbildung 21). Sowohl für Süd- als auch für Ostdeutschland kann die Zuwanderung aus den genannten Ländern teilweise auch auf die räumliche Nähe zurückgeführt werden. In den größten sieben Städten Deutschlands sowie in Universitätsstädten sind die Anteile der Personen mit Staatsangehörigkeiten der EU-Staaten aus Nord- und Westeuropa im Vergleich am höchsten. Hierbei handelt es sich um ausländische Studierende sowie Fachkräfte, die im Finanz- und Dienstleistungssektor beschäftigt sind.¹⁷

(17) Zur Zuwanderungsgeschichte Deutschlands siehe auch BAMF (2005); Herbert (2001).

Unterschiede innerhalb der Städte

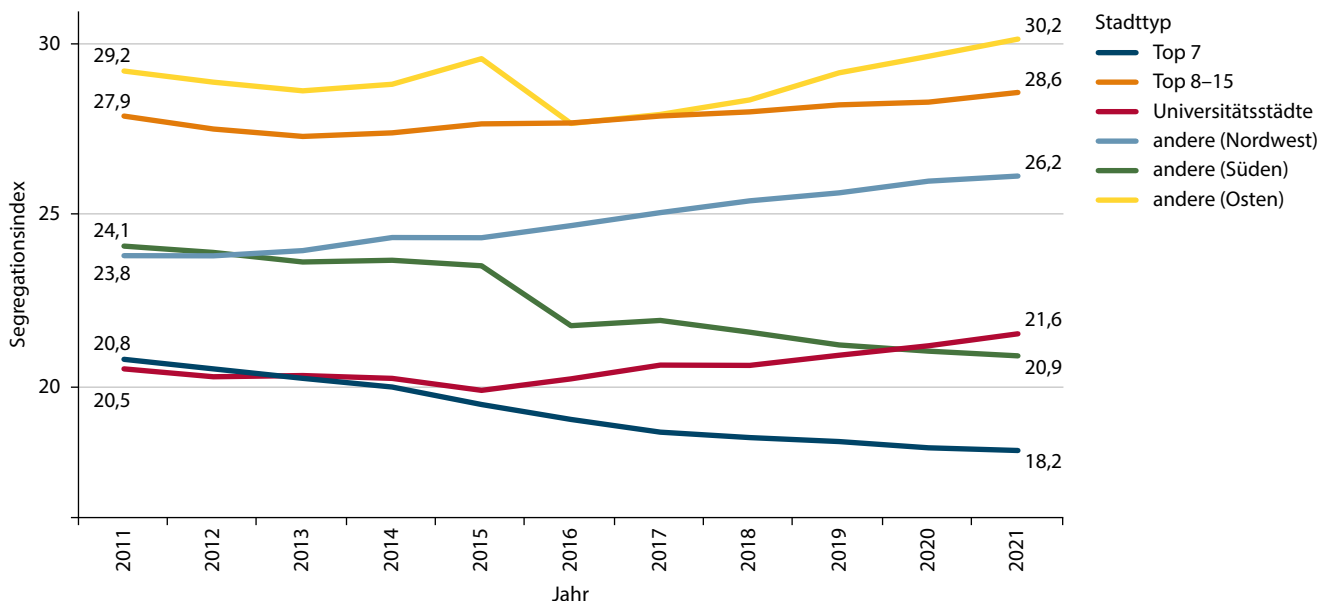
Im Durchschnitt betrug der Anteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit 2021 in den betrachteten IRB-Städten 20,2 %. Dieser Durchschnittswert spiegelt jedoch nicht die Vielfalt der einzelnen Stadtteile in den Städten wider. Die Spannweite reicht dabei von 0 bis knapp 90 %. Innerstädtische Lagen weisen im Durchschnitt die höchsten Anteile auf.

Verschiedene Studien (vgl. Friedrichs/Triemer 2009 für den Zeitraum 1990 bis 2004; Helbig/Jähnen 2018 für den Zeitraum 2002 bis 2014) zeigen, dass die ethnische Segregation, das heißt die räumliche Verteilung von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, in Deutschlands größten Städten in den Betrachtungszeiträumen eher gesunken ist. Auch im Betrachtungszeitraum dieser Analyse (2011 bis 2021) zeigt sich, dass die ethnische Segregation in allen Stadttypen bis 2015 relativ stabil blieb oder leicht abnahm (s. Abbildung 22). Die räumliche Konzentration ausländischer Personen in einzelnen Stadtteilen ging somit tendenziell eher zurück. Ins-

besondere zwischen 2015 und 2016 lässt sich teilweise ein stärkerer Rückgang als in den Vorjahren beobachten. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass die in diesen Jahren große Zahl Zugewanderter anfangs gleichmäßiger im Stadtgebiet untergebracht wurde. Seit 2016 ist mit Ausnahme der größten sieben Städte und der Städte in Süddeutschland eine leichte und stetige Zunahme der ethnischen Segregation zu beobachten, eventuell dadurch begründet, dass die Gruppe der Neuzugewanderten bedingt durch die Voraussetzungen auf dem Wohnungsmarkt in einzelne Stadtteile mit bezahlbaren Mieten umziehen und sich dort nun verstärkt konzentrieren. Insgesamt ist die ethnische Segregation in den ostdeutschen und Top-8-15-Städten unter den IRB-Städten am stärksten ausgeprägt.

Problematisch ist Segregation immer dann, wenn sie dazu führt, dass sich soziale Ungleichheiten verfestigen, etwa, wenn sie integrationshemmend wirkt oder Nachbarschaftseffekte eine zusätzliche benachteiligende Wirkung entfalten (vgl. Kaltenbrunner/Jakubowski 2018).

Abbildung 22: Ethnische Segregation nach Stadttyp in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 51 Städte

Ethnische Diversität

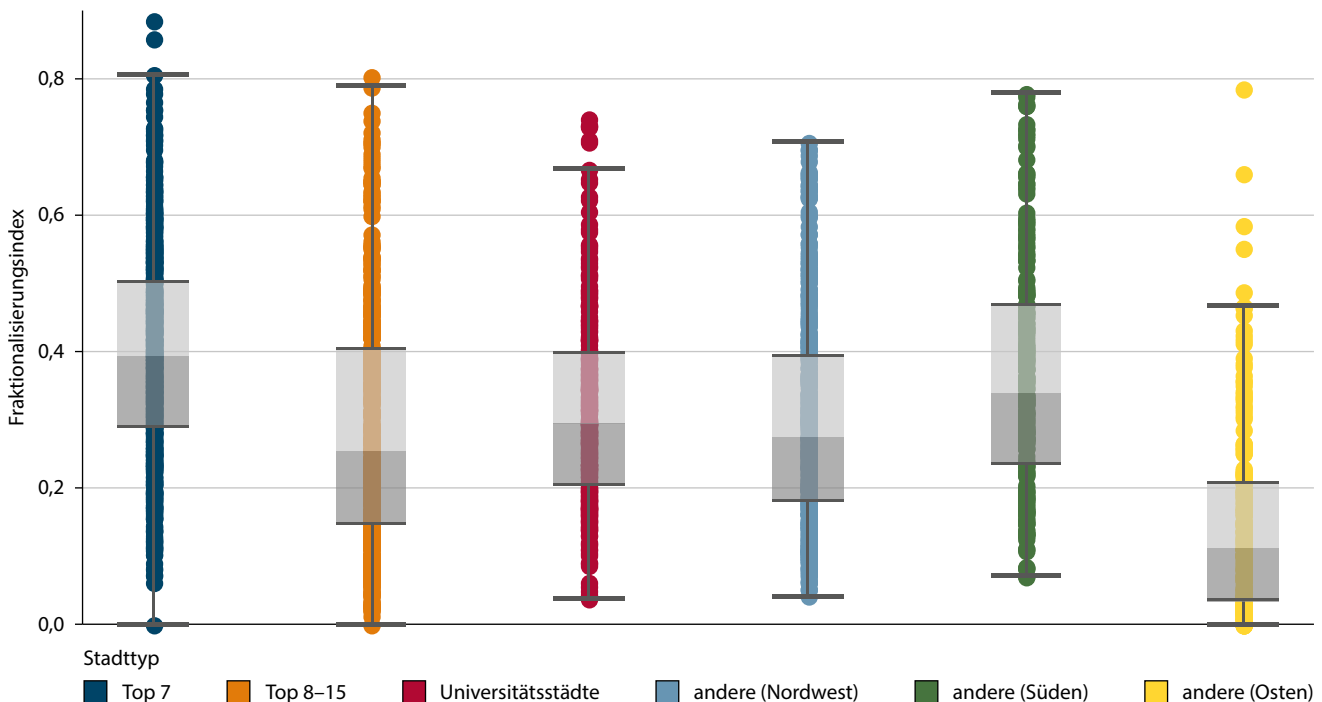
In einer Vielzahl der Stadtteile, in denen viele ausländische Personen wohnen, ist auch die ethnische Diversität sehr hoch, das heißt, viele Gruppen unterschiedlicher Nationalitäten, kultureller Hintergründe und Religionen wohnen dort gemeinsam. Der Streuung des Fraktionalisierungsindex (zwischen 0 und 1; s. Kapitel 4.2) zwischen Stadtteilen ist jedoch hoch, sodass sich innerhalb einer Stadt einerseits Stadtteile finden, die in ihrer Zusammensetzung sehr homogen sind, andererseits aber auch Stadtteile, deren Werte über 0,9 liegen. Durchschnittlich weisen Städte mit über 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und langjähriger Migrationserfahrung die höchste Diversität in den Stadtteilen auf. Dagegen gibt es in ostdeutschen Städten zahlreiche ethnisch sehr homogene Stadtteile (s. Abbildung 23). Insgesamt hat die Diversität in allen Städten über die Jahre zugenommen. Dies ist seit 2015 noch einmal verstärkt zu beobachten.

Soziale Lage

Neben der ethnischen Diversität in den einzelnen Stadtteilen spielt auch die soziale Lage ausländischer Personen eine wichtige Rolle in Bezug auf die Integration. Abbildung 24 verdeutlicht, dass sich die Zahl ausländischer Kinder unter 6 Jahren in Gebieten mit einem hohen Anteil von SGB-II-Beziehenden im Betrachtungszeitraum mehr als verdreifacht hat, während die Zahl deutscher Kinder in diesen Gebieten sogar abnahm. Im Vergleich dazu nahm die Zahl deutscher Kinder in Gebieten mit einem niedrigen Anteil von Personen in SGB-II-Bezug absolut gesehen stärker zu als jene ausländischer Kinder.

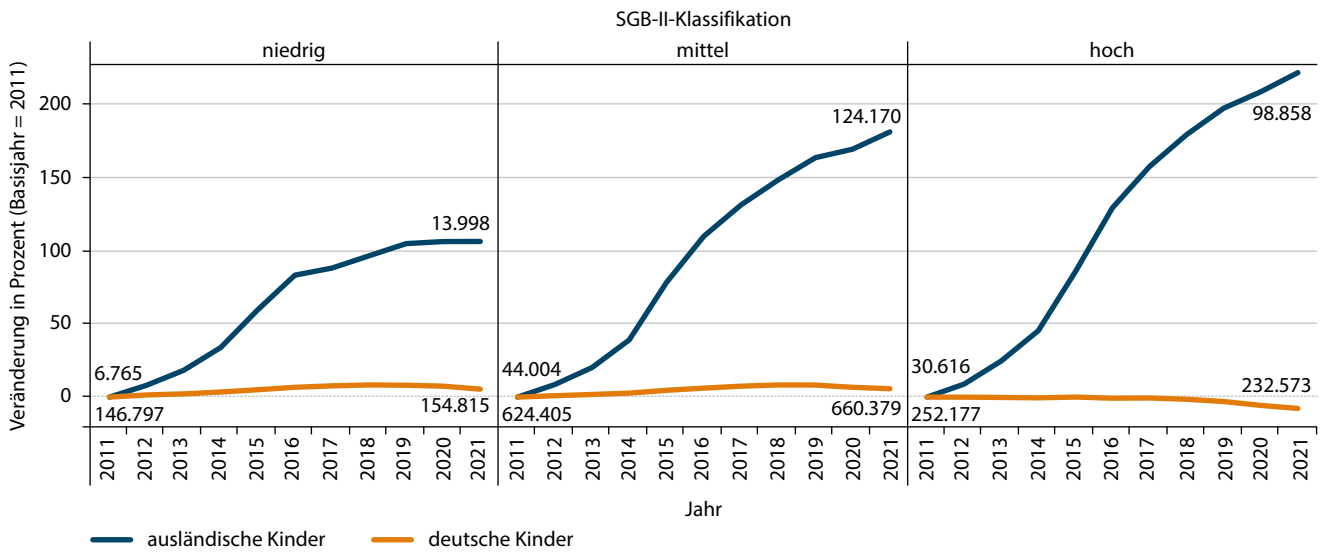
Neben der sozialen Situation im Stadtteil sind auch Wanderungsdynamiken für Integrationsaufgaben relevant. Abbildung 25 zeigt diesbezüglich, dass der Anteil an Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Durchschnitt zunimmt, je höher die Fluktuation im Stadtteil ist. In Kombi-

Abbildung 23: Diversität in den IRB-Städten im Jahr 2021



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 54 Städte

Abbildung 24: Entwicklung der Einwohnerzahlen von Kindern bis unter 6 Jahren nach Nationalität und Sozialstruktur in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021



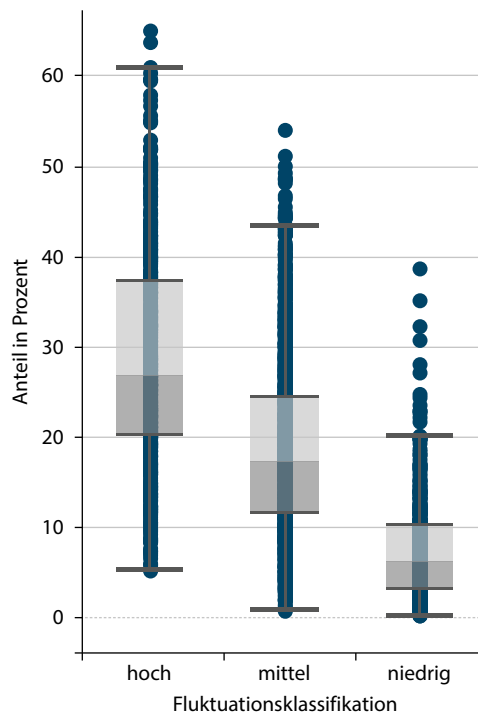
Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte/Statistik der Bundesagentur für Arbeit; N = 50 Städte

nation mit dem Außenwanderungssaldo je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Abbildung 26 liegt der Schluss nahe, dass es sich hier um sogenannte Ankunftsstadtteile handelt, in denen die Fluktuation aufgrund von vermehrter Zuwanderung aus dem Ausland und damit einhergehenden häufigeren Wohnortwechseln höher ist.

5.4 Haushalte

Haushalte bestimmen auf dem Wohnungsmarkt die Nachfrage. Sie spielen daher bei der Analyse von Stadtentwicklungsfragen eine zentrale Rolle. Je nach Größe und Zusammensetzung der Haushalte werden unterschiedliche Wohnungsgrößen und Wohnformen nachgefragt. Daher ist die Entwicklung der Haushalte für die Kommunen eine wichtige Information, um ihr zukünftiges Wohnungsangebot planen zu können. Dies gilt sowohl gesamtstädtisch als auch kleinräumig, wie etwa bei der Ausweisung neuer Bauflächen oder Nachverdichtungsvorhaben. Im Folgenden wird daher die Haushaltsgröße als Indikator betrachtet. Zusätzlich wird die Entwicklung der Alleinerziehendenhaushalte als wich-

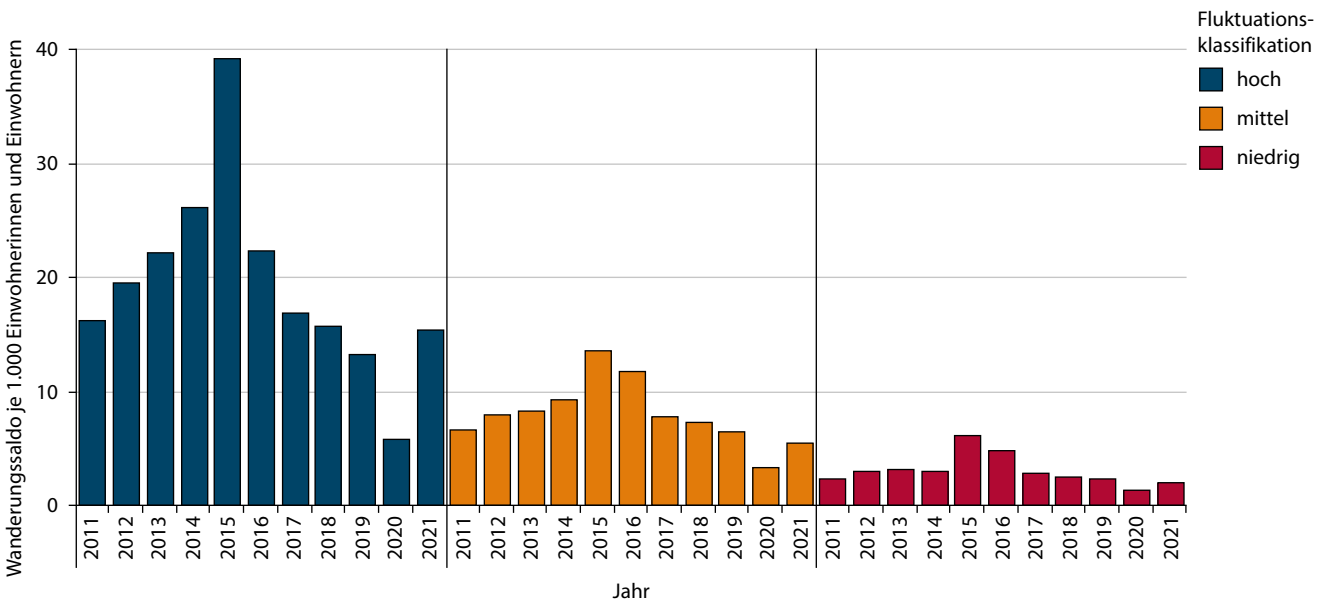
Abbildung 25: Ausländeranteil nach der Fluktuationsklassifikation in den IRB-Städten im Jahr 2021



Anmerkung: Stadtteile mit weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern wurden ausgeschlossen.

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 52 Städte

Abbildung 26: Außenwanderungssaldo der IRB-Städte nach der Fluktuationsklassifikation im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 45 Städte

tiger Indikator für soziale Entwicklungen analysiert.

Deutschland

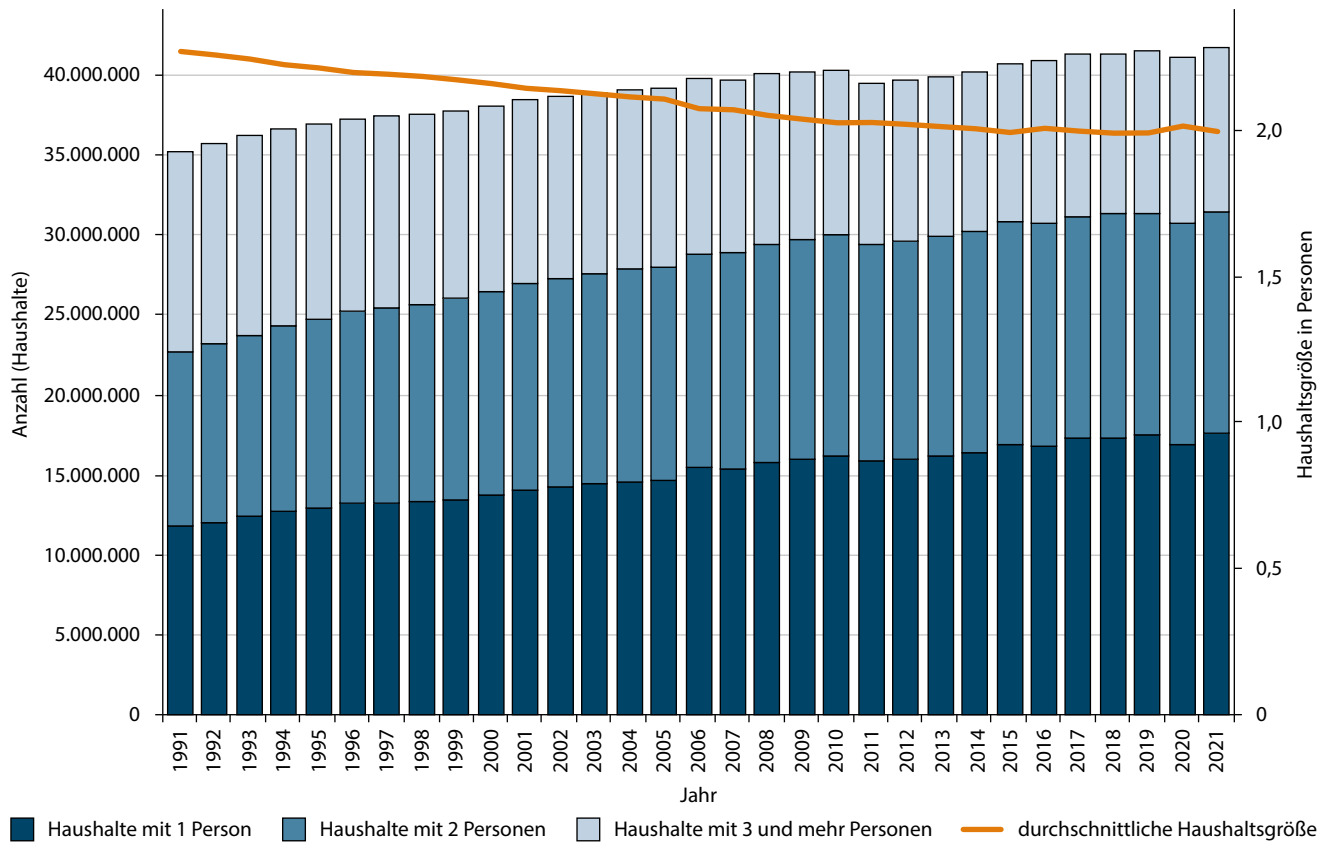
Seit der Wiedervereinigung ist die Zahl der Haushalte in Deutschland relativ kontinuierlich gestiegen. Leichte Rückgänge in den Einzeljahren 2005, 2011 und 2020 können auf eine Umstellung der Erhebungsweise sowie den Zensus im Jahr 2011 zurückgeführt werden. Im Jahr 2021 gab es knapp 41,7 Mio. Haushalte in Deutschland. Aus Abbildung 27 wird deutlich, dass vor allem die Anzahl der Einpersonenhaushalte zugenommen hat. Damit geht eine sinkende durchschnittliche Haushaltsgröße einher, die in den Jahren 2015, 2018 bis 2019 und 2021 die Grenze von zwei Personen pro Haushalt unterschritten hat. Dies steht im Zusammenhang mit einer sinkenden Kinderzahl. Erst seit dem Jahr 2016 ist ein leichter Anstieg in der Anzahl der Haushalte mit Kindern zu erkennen. So gab es im Jahr 2021 mehr als 11,8 Mio. Haushalte mit Kindern. Dagegen schwankte die Zahl der alleinerziehenden Haushalte seit

dem Jahr 2005 stets im Bereich von 2,5 bis 2,7 Mio. Haushalten.

Die prozentualen Anteile der einzelnen Haushaltsgrößen an der Gesamtbevölkerung zeigen, dass der Anteil an Einpersonenhaushalten seit 2011 zugenommen hat, während die anderen Haushaltsgrößen abgenommen haben. Insgesamt nimmt der Anteil der jeweiligen Haushaltsgröße in Gesamtdeutschland mit der Anzahl der Personen ab (2021: Einpersonenhaushalte: 42,2 %, Zweipersonenhaushalte: 33,2 %, Haushalte mit drei und mehr Personen: 24,6 %).

Dies gilt allerdings nicht bei der Betrachtung nach der Gemeindegröße. Abbildung 28 zeigt deutlich, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte vor allem in Großstädten sehr groß ist und teilweise bei über 50 % liegt. In Landgemeinden machen sie dagegen nur etwa ein Drittel der Haushalte aus und liegen damit unter dem Anteil von Zweipersonenhaushalten. Dieses großstädtische Phänomen lässt sich mit den IRB-Daten genauer betrachten.

Abbildung 27: Anzahl der Haushalte und durchschnittliche Haushaltsgröße in Deutschland im Zeitraum 1991 bis 2021



Quelle: Destatis o. J.c, o. J.d, o. J.e, o. J.f, o. J.g

IRB-Städte

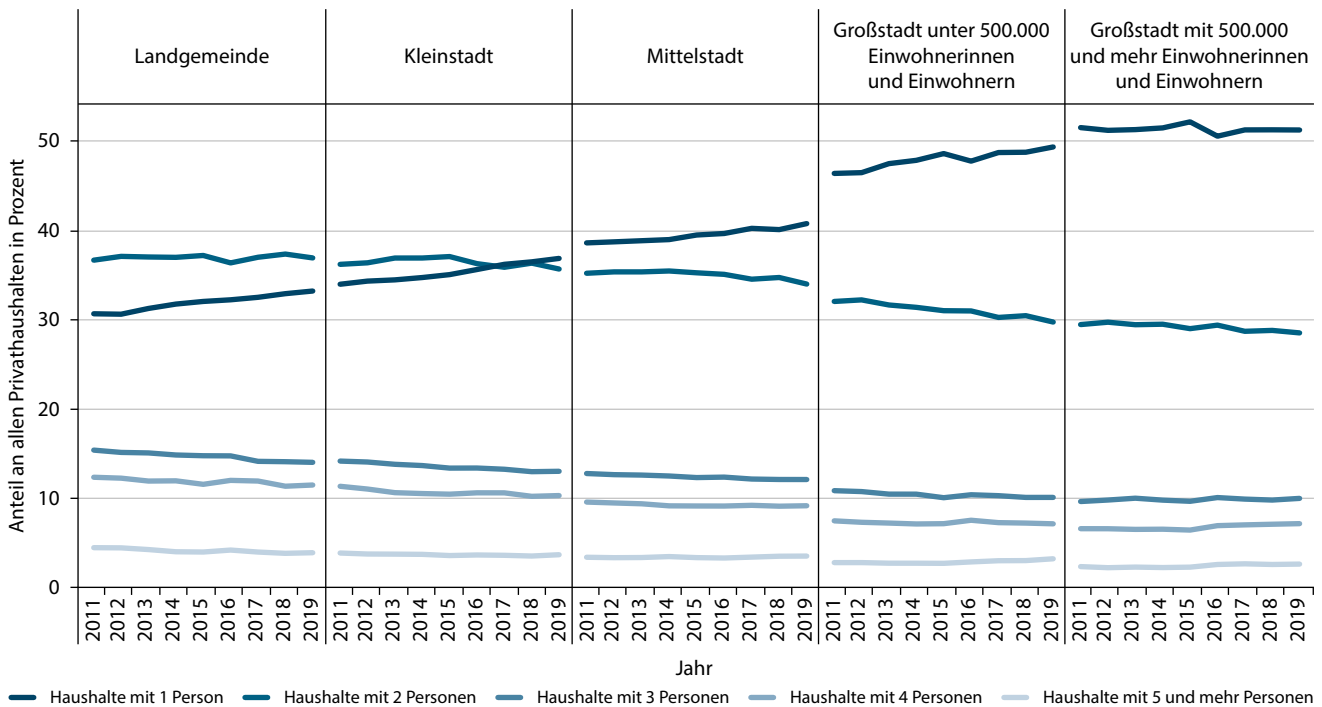
Da die IRB größtenteils aus Großstädten besteht, ist die anteilmäßige Verteilung der Haushaltsgrößen ähnlich der der Großstädte¹⁸ aus Abbildung 28. Absolut betrachtet nehmen alle Haushaltstypen zu, lediglich Dreipersonenhaushalte verzeichneten vom Jahr 2011 bis zum Jahr 2021 einen Rückgang von etwa 25.000 Haushalten. Besonders interessant ist die Entwicklung der Fünfpersonenhaushalte in der IRB. Prozentual gesehen sind diese seit 2011 mit 15 % am stärksten gewachsen. Dies spiegelt sich auch in der Zunahme der Haushalte mit drei und mehr Kindern wi-

(18) Eigene Analysen auf Basis des SOEP (v36) bestätigen dies.

Informationen zur Haushaltsgenerierung

Das Einwohnermelderegister kennt keine Haushalte. Um diese wichtige Planungsgröße zu gewinnen, sind die Städte daher bereits vor Jahren dazu übergegangen, Verfahren zur Haushaltsgenerierung zu entwickeln. Mit dem vom KOSIS-Verbund den Städten zur Verfügung gestellten Programm HHGen können die Personendaten des Einwohnermelderegisters zu Wohnhaushalten zusammengeführt werden. Die in der IRB-Tabelle ausgewiesenen Haushaltszahlen basieren weitgehend auf Registerauswertungen dieses Programms. Es gibt aber auch Städte, die eigene Verfahren zur Haushaltsgenerierung verwenden. Die ausgewiesenen Werte sind eine Annäherung (Proxy-Variable), entsprechen aber nicht der tatsächlichen Zahl der Haushalte.

Abbildung 28: Anteile der Haushaltsgrößen nach Gemeindegrößenklasse in Deutschland im Zeitraum 2011 bis 2019



Quelle: Destatis o. J.d

der, deren Zahl von 2011 bis 2021 um 26 % gestiegen ist.

Zudem zeigt sich, dass innerhalb der IRB-Städte die Anzahl der Alleinerziehenden sowohl absolut als auch prozentual gesehen abnimmt. Dieser Trend ist in dieser Form in Gesamtdeutschland nicht zu erkennen.

Unterschiede zwischen den Städten

Zwischen den verschiedenen Großstädten lassen sich nur wenige Unterschiede erkennen. So ist die für Großstädte typische Verteilung der Haushaltsgrößen bei allen Großstadttypen ähnlich. Ein interessanter Unterschied lässt sich beim Anteil der Alleinerziehenden erkennen: Dieser war 2011 in ostdeutschen Städten mit fast 40 % überdurchschnittlich hoch und ist auch 2021 mit knapp 30 % noch deutlich höher als in Großstädten anderer Stadttypen (s. Abbildung 29). Allerdings lässt sich hier

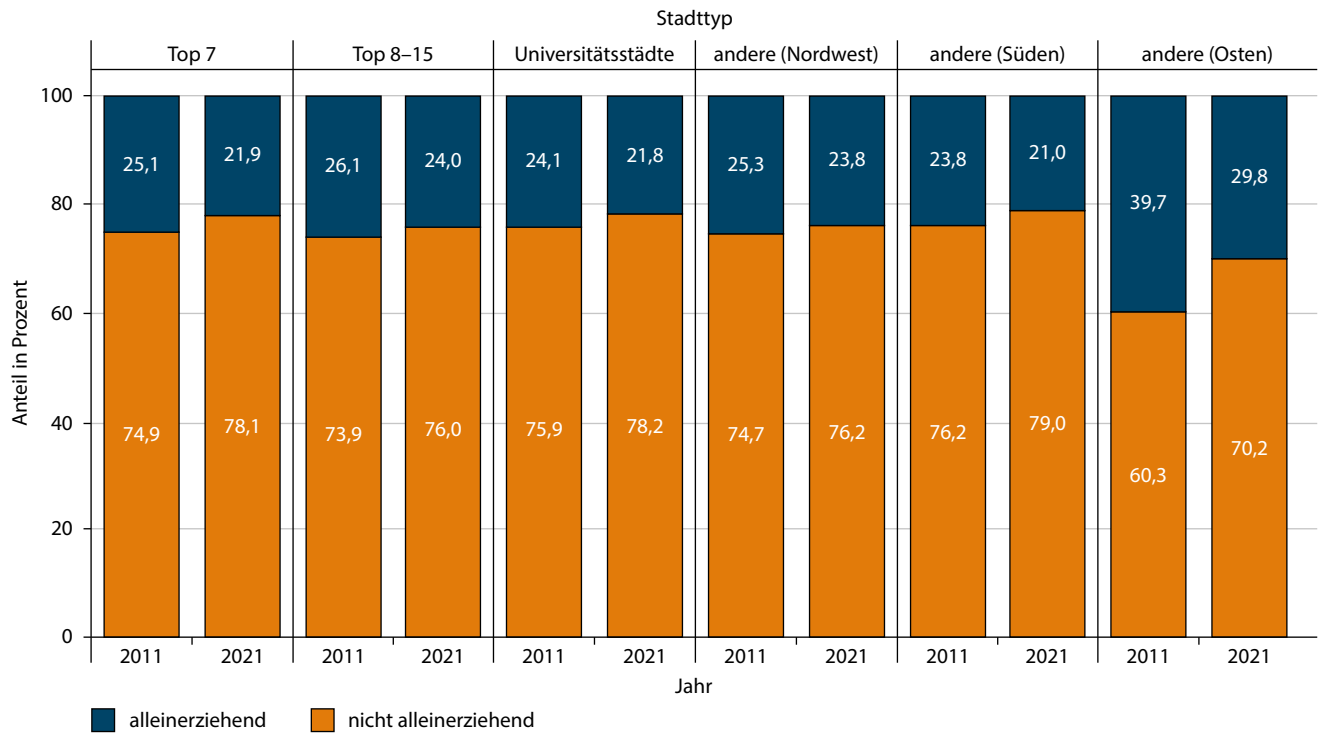
auch der stärkste Rückgang der Werte beobachten.

Unterschiede innerhalb der Städte

Betrachtet man die Verteilung verschiedener Haushaltstypen kleinräumig, stellen sich auch hier Unterschiede, zum Beispiel nach der Lage im Stadtgebiet, dar. Dies ist für die Stadtentwicklung von Bedeutung, wenn es um die Planung von bedarfsgerichtetem Wohnungsangebot oder wohnortnahen Angeboten für Familien oder ältere Haushalte geht. So lässt sich etwa in Abbildung 30 erkennen, dass die Anteile der Haushalte mit mehr als zwei Personen und damit auch die durchschnittliche Anzahl der Kinder im Haushalt zum Stadtrand hin zunehmen.¹⁹ In allen Lagetypen haben neben den Einpersonenhaushalten in den

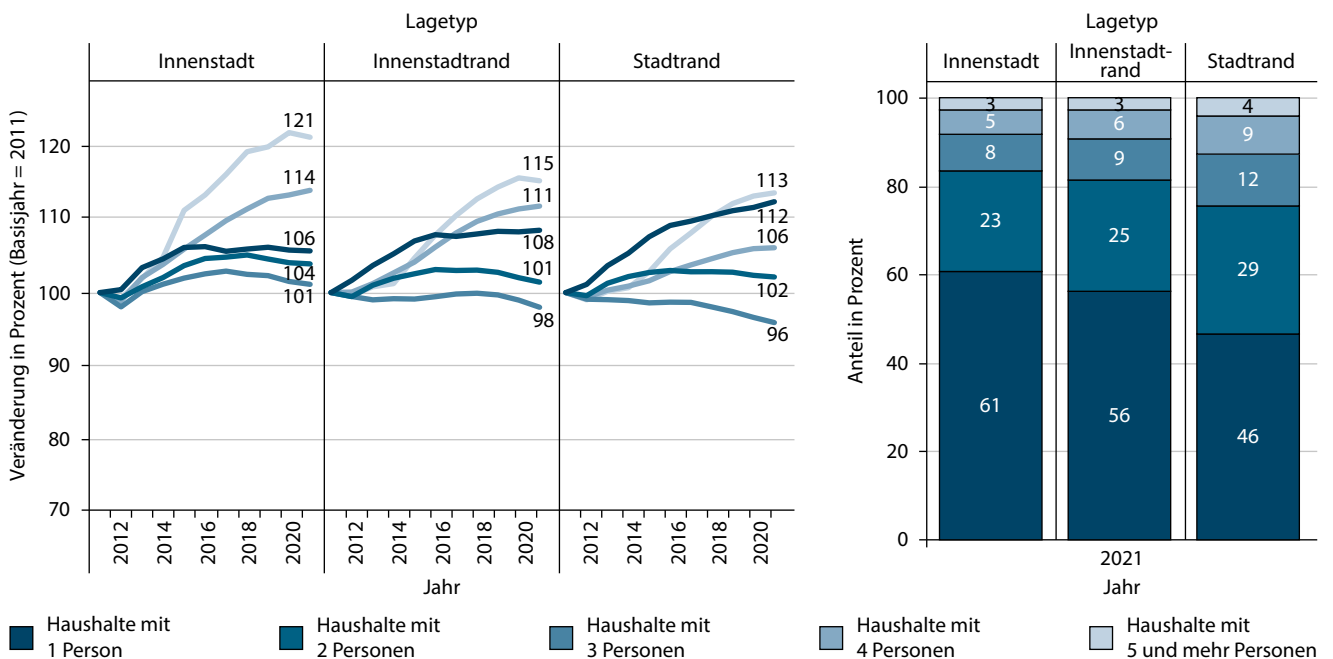
(19) Eigene Analysen auf Basis des SOEP (v36) bestätigen dies.

Abbildung 29: (Nicht-)Alleinerziehende Haushalte nach Stadttyp der IRB-Städte in den Jahren 2011 und 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 45 Städte

Abbildung 30: Relative Entwicklung der Haushalte nach Haushaltsgröße und Lage in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021 sowie Anteile in den IRB-Städten im Jahr 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 45 Städte

letzten Jahren insbesondere die Haushalte mit vier und mehr Personen am stärksten zugenommen. Während am Stadtrand Einpersonenhaushalte und Haushalte mit mehr als fünf Personen in etwa gleich stark gewachsen sind, zeigt sich besonders in den Innenstädten ein Anstieg großer Haushalte.

Auch sozialräumlich betrachtet verteilen sich die Haushaltstypen unterschiedlich im Stadtgebiet. Werden die Stadtteile in Gruppen je nach ihrem Anteil an Personen unterteilt, die Transferleistungen empfangen, ist in der Tendenz erkennbar, dass Haushalte mit fünf oder mehr Personen stärker in Stadtteilen mit hohen Transferabhängigkeitsquoten vertreten sind (s. Abbildung 31). Dies spiegelt sich auch in den rund doppelt so hohen Anteilen an Haushalten mit drei oder mehr Kindern wider. Diese Gebiete sind meist auch durch eine enge Mietwohnbebauung geprägt. Die Wohndichte ist hier somit höher als in anderen Stadtteilen.

Ein weiterer Unterschied ist eine Konzentration von Alleinerziehendenhaushalten in Gebieten mit hohen Transferleistungsquoten. Viele Alleinerziehende sind auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen und zählen daher häufig zu den einkommensschwächeren Haushalten. Auch hier führt das Angebot auf dem Wohnungsmarkt dazu, dass diese Haushalte nicht frei wählen können. Es ist daher besonders wichtig, dass die Kommunalpolitik insbesondere in solchen Stadtteilen ausreichend Unterstützungsangebote und soziale Infrastruktur zur Verfügung stellt, die auf diese Personengruppe angepasst sind.

Zudem lässt sich aus Abbildung 32 erkennen, dass in Stadtteilen mit einem hohen Maß an Bevölkerungsaustausch Einpersonenhaushalte dominieren. Hierbei handelt es sich um junge, oft studentisch geprägte und zumeist innerstädtische Stadtteile, in denen insbesondere alleinstehende Menschen in Ausbildung oder zu Beginn

Abbildung 31: Entwicklung der Haushalte nach Haushaltsgröße und SGB-II-Klassifikation in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021 sowie Anteile in den IRB-Städten im Jahr 2021

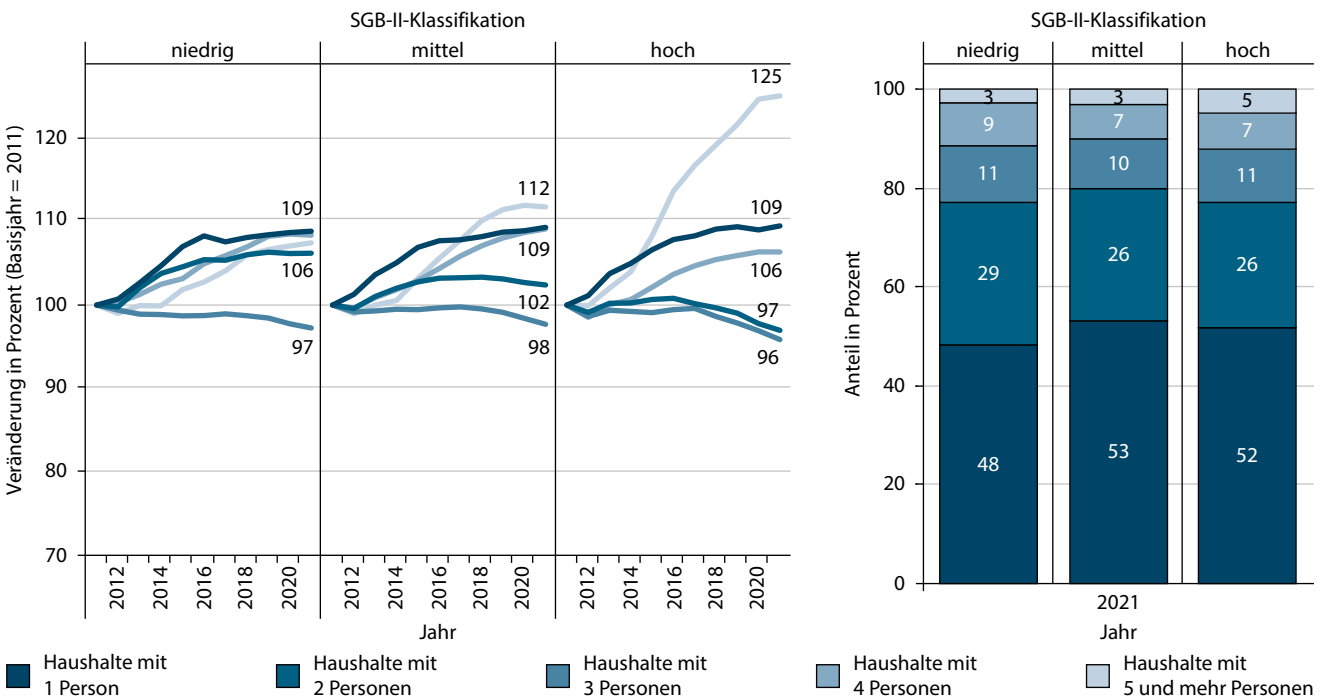
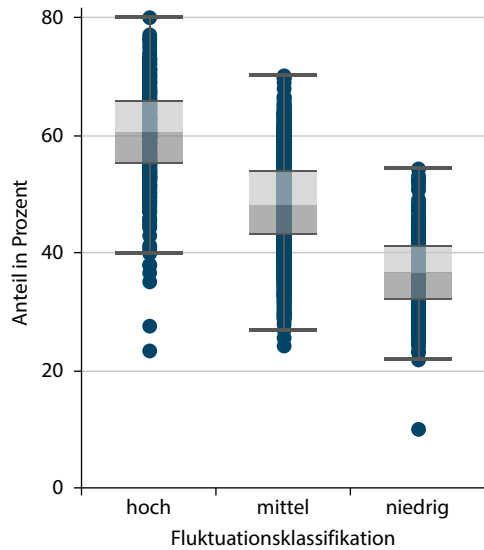


Abbildung 32: Anteil der Einpersonenhaushalte nach der Fluktuationsklassifikation im Jahr 2021



Anmerkung: Stadtteile mit weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern wurden ausgeschlossen.

Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; N = 49 Städte

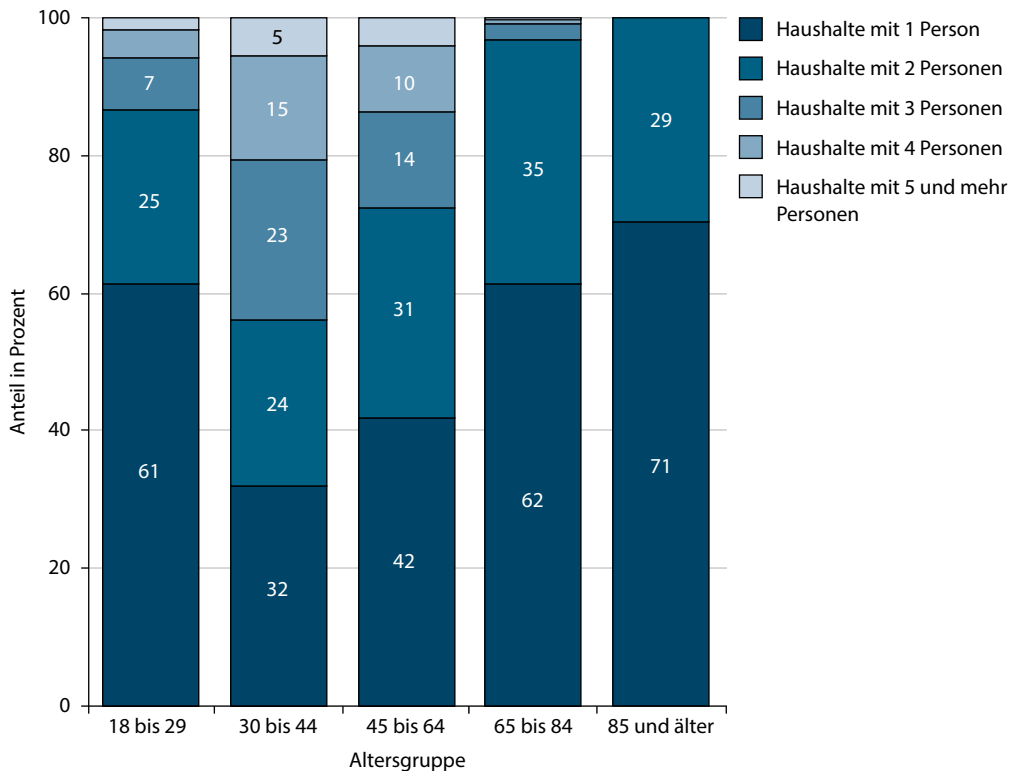
des Arbeitslebens häufiger den Wohnort wechseln und somit eine hohe Fluktuation auftritt.

Abbildung 33 verdeutlicht, dass Einpersonenhaushalte neben der zuvor erwähnten sehr mobilen Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen vor allem auch im höheren Alter wieder vermehrt auftreten. Hier werden in Verbindung mit der in Kapitel 5.2 erwähnten Alterung der Bevölkerung Implikationen für den Wohnungsmarkt und die Infrastrukturausstattung deutlich.

5.5 Soziale Differenzierung

Soziale Differenzierung spiegelt sich in räumlicher Differenzierung wider. Diese keineswegs neue Einsicht zeigt sich überall in den Städten. So finden sich Viertel mit statushoher Bevölkerung genauso wie

Abbildung 33: SOEP-Haushaltsdaten der IRB-Städte nach Altersgruppen im Jahr 2019



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; SOEP (v36)

solche, in denen überwiegend eine einkommensschwächere Bevölkerung lebt. Mit Blick auf die Ausprägung ausgewählter Indikatoren auf kleinräumiger Ebene zeigen sich bisweilen erhebliche Spannweiten zwischen den Stadtteilen mit den niedrigsten und höchsten Indikatoreausprägungen.

Im Folgenden soll auf die Entwicklung und räumliche Verteilung von Personen mit Leistungen nach dem SGB II sowie von Personen in Arbeitslosigkeit eingegangen werden. Die räumliche Verteilung von Personen in Arbeitslosigkeit oder von Personen mit Bezug von staatlichen Transferleistungen folgt nicht dem Zufall, sondern ist abhängig von Zugangschancen auf dem Wohnungsmarkt, Mietpreinsniveau und einer Reihe anderer Faktoren. Im Ergebnis zeigt sich ein Muster an residenzieller Segregation in den Städten. Zu Einordnung der beobachteten Entwicklungen soll zunächst der Blick auf die bundesdeutsche Gesamtentwicklung geworfen werden.

Deutschland

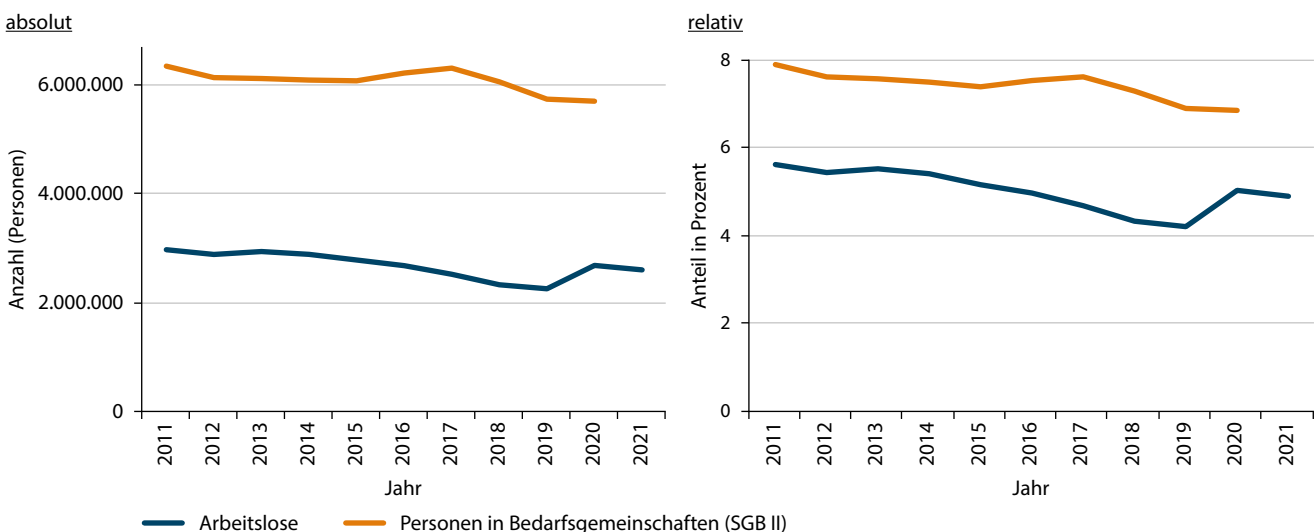
Im Zeitvergleich hat die Zahl der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen

seit 2011 bis zum Jahr 2020 von rund 6,3 Mio. auf 5,7 Mio. stetig abgenommen (s. Abbildung 34), wobei die Entwicklung in Ostdeutschland insgesamt günstiger verlaufen ist als im Westen. Trotz gewisser Schwankungen bewegt sich die absolute Zahl in Westdeutschland auf einem relativ konstanten Niveau von rund 4,3 Mio. Personen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II. Die COVID-19-Pandemie hat bei diesem Indikator im zeitlichen Verlauf keine nennenswerte Veränderung hervorgerufen.

Anders stellt sich die Situation bei der Arbeitslosigkeit dar. Hier bildet sich von 2019 auf 2020 im Jahresvergleich ein deutlicher Anstieg ab. Zählte die Bundesagentur für Arbeit (BA) 2019 noch rund 2,3 Mio. Arbeitslose, so ist dieser Wert in 2020 auf rund 2,7 Mio. angestiegen, was sich am prozentualen Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung noch deutlicher ablesen lässt (s. Abbildung 34). Dieses höhere Niveau setzte sich auch in das Jahr 2021 mit einer Zahl von 2,6 Mio. Arbeitslosen fort.

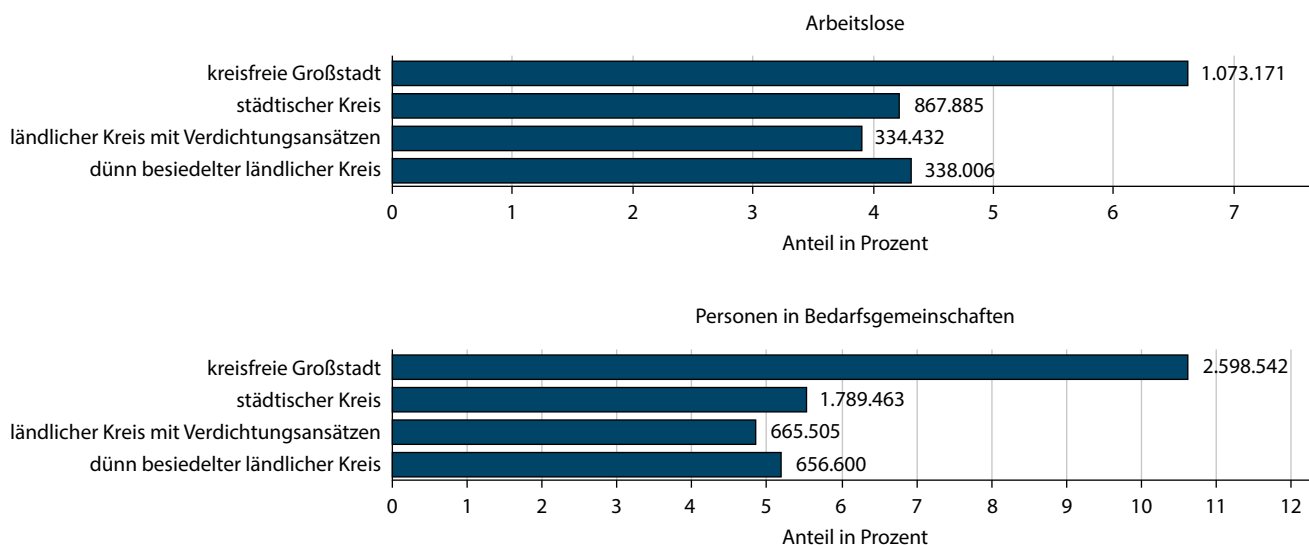
Mit dem großräumigen Vergleichsmaßstab des siedlungsstrukturellen Kreistyps des

Abbildung 34: Arbeitslose und Personen in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II in Deutschland im Zeitraum 2011 bis 2020/2021



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2022

Abbildung 35: Anteil von Arbeitslosen an den Erwerbsfähigen im Jahr 2021 sowie Anteil von Personen in Bedarfsgemeinschaften an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2020 nach siedlungsstrukturellem Kreistyp



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2022

BBSR wird deutlich, wie sich sowohl Arbeitslosigkeit als auch die Abhängigkeit von Sozialtransfers in kreisfreien Großstädten konzentrieren. Der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung ist hier verglichen mit den anderen drei Kreistypen deutlich höher. Gleiches gilt für den Anteil der Personen, die in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II leben (s. Abbildung 35). Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe liegt bei fast 11 %, das heißt, etwa jede zehnte Einwohnerin beziehungsweise jeder zehnte Einwohner in Großstädten ist auf staatliche Transfers aus dem SGB II angewiesen. Bei den drei anderen Kreistypen liegen die Anteilswerte erheblich niedriger.

IRB-Städte

Die IRB-Städte bilden eine Teilmenge der kreisfreien Großstädte. Auch hier lässt sich ein pandemiebedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit von 2019 auf 2020 feststellen. Während die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zunächst (ab 2013) dem günstigen wirtschaftlichen Verlauf folgte, was sich aus der kontinuierlichen Abnahme der arbeitslos gemeldeten Personen ablesen

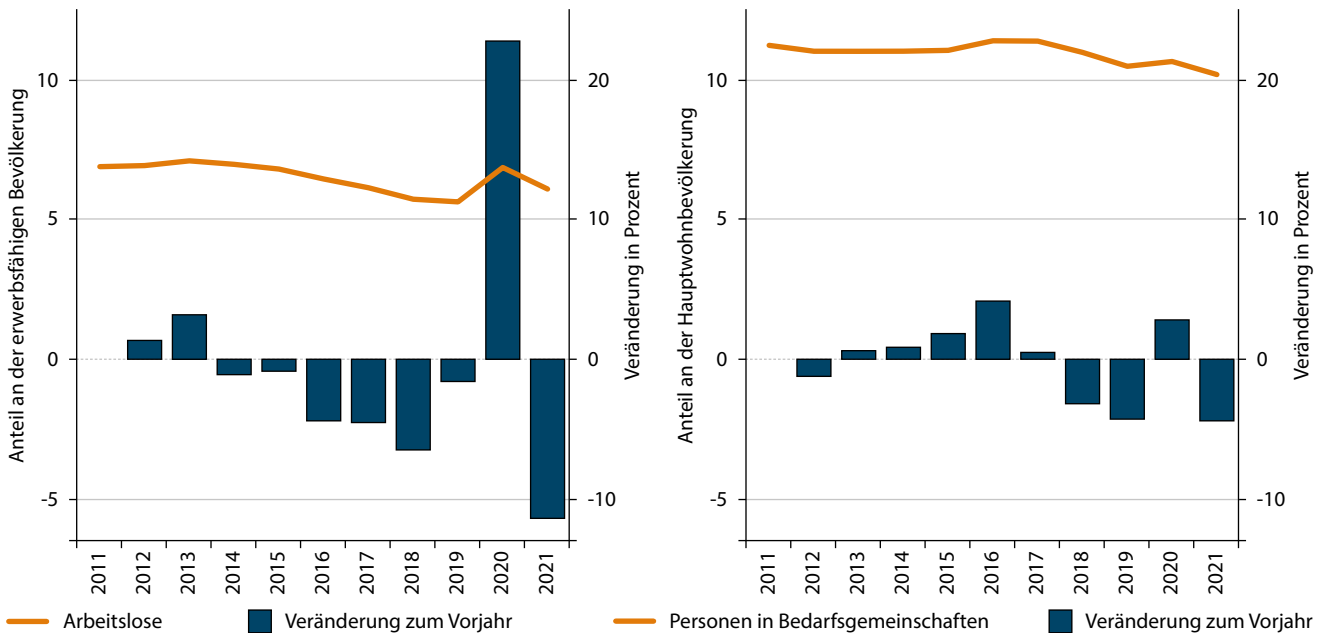
lässt, schwächte diese bereits im Jahr 2019 sichtbar ab (s. Abbildung 36). Hier könnten konjunkturelle Einflüsse eine Rolle spielen. Die negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie werden im Jahr 2020 sichtbar, da ganze Branchen (Hotellerie, Gastgewerbe, Ausstellungs- und Messerveranstalter etc.) über längere Zeit weitgehend stillgelegt waren, was zu einem Anstieg bei Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit führte. Deutlicher als auf Bundesebene sank die Arbeitslosigkeit in den IRB-Städten im Jahr 2021 wieder, wenn auch nicht ganz auf das Niveau von 2019.

Der Entwicklungsverlauf bei Personen in Bedarfsgemeinschaften reagiert weniger auf diese Entwicklungen. Wie bereits auf der Bundesebene aufgezeigt, sind Schwankungen nachweisbar, sie bleiben aber in einem gewissen Rahmen, sodass sich am Gesamtniveau von etwa 10 % wenig ändert (s. Abbildung 36).

Unterschiede zwischen den Städten

Bei näherer Betrachtung der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und SGB II in

Abbildung 36: Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Personen in Bedarfsgemeinschaften in den IRB-Städten im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte/Statistik der Bundesagentur für Arbeit; N = 34 Städte

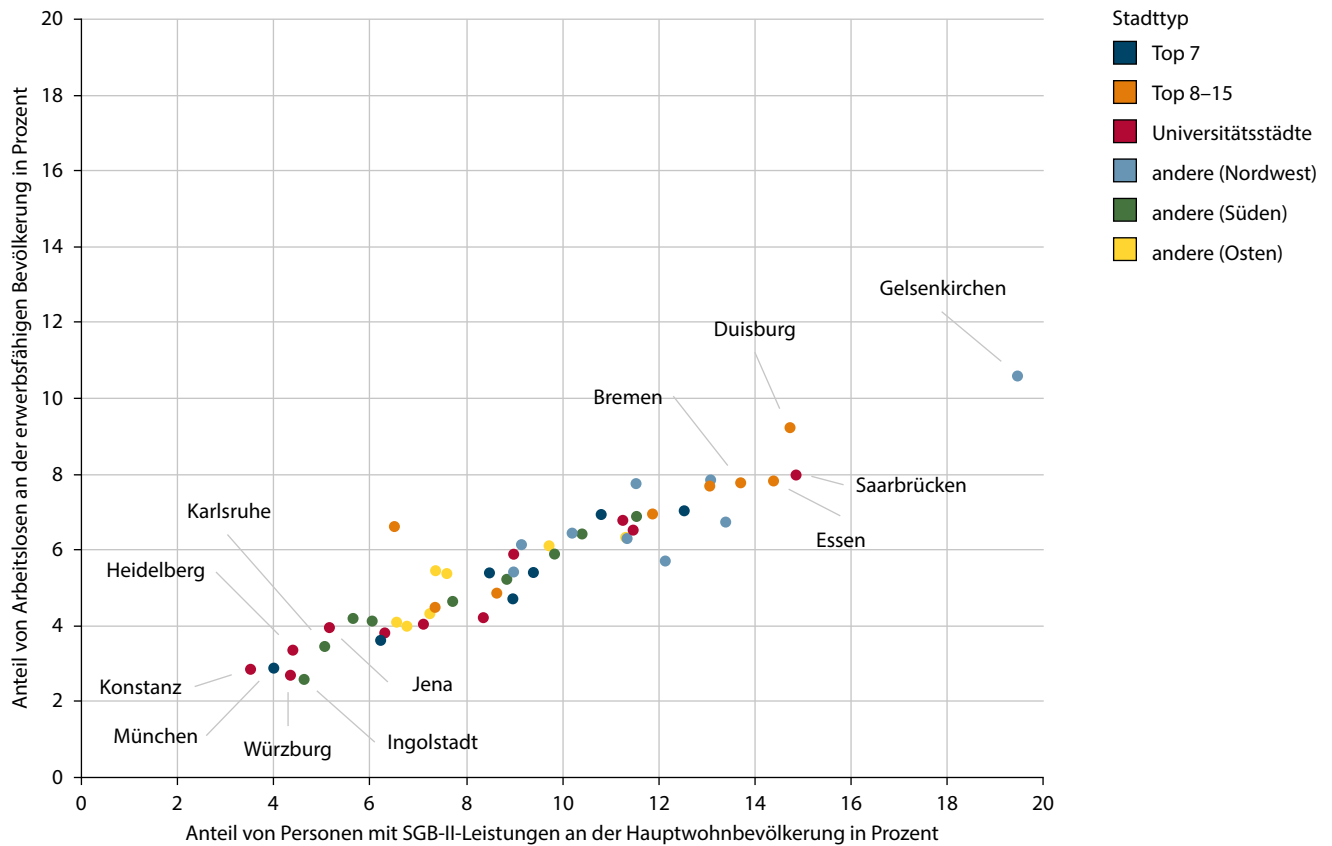
der Gruppe der hier zugrundeliegenden IRB-Städte finden sich erhebliche Unterschiede zwischen den Städten. Eine sehr geringe Betroffenheit findet sich in den meisten süddeutschen Städten. Abbildung 37 zeigt, dass München und Ingolstadt weit unterdurchschnittliche Werte beim Anteil an Arbeitslosen an den Erwerbsfähigen und dem Anteil der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen an der Hauptwohnbevölkerung aufweisen. Dies trifft auch auf die beiden Universitätsstädte Heidelberg und Konstanz zu. Relativ niedrig sind auch die Werte in Jena als ostdeutsche Universitätsstadt und in Karlsruhe. Dagegen finden sich für die beiden Indikatoren deutlich überdurchschnittliche Werte in Städten, die nach wie vor vom Strukturwandel betroffen sind (Gelsenkirchen, Duisburg, Saarbrücken, Bremen und Essen).

Diese Unterschiede wirken sich in vielen Bereichen aus. Die Steuerkraft und damit auch die Investitionsmöglichkeiten in die

Daseinsvorsorge sind aufgrund der ungünstigeren wirtschaftlichen Basis dieser Städte und den strukturellen Belastungen im Vergleich zu den strukturstarken Städten des Südens in erheblichem Maß eingeschränkt. Jedoch unterscheiden sich nicht nur die kommunalpolitischen Handlungsspielräume und Herausforderungen zwischen den IRB-Städten, auch die Entwicklungschancen werden vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage in ganz unterschiedlicher Weise geprägt.

In der Sozialwissenschaft werden sozialräumliche Kontexteffekte thematisiert (vgl. Friedrichs 2014; Häußermann 2008). Dabei geht es vor allem darum, zu untersuchen, wie unterschiedliche sozialräumliche Kontexte auf das individuelle Verhalten wirken. Gebietsmerkmale determinieren dabei zwar nicht das Verhalten Einzelner, es zeichnen sich aber Faktoren ab, die einen gewissen formativen Charakter auf das soziale Handeln der dort lebenden Bewohnerschaft ausüben.

Abbildung 37: Arbeitslosenquote und SGB-II-Quote der IRB-Städte im Jahr 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbeschreibung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte; Bundesagentur für Arbeit 2022; N = 51 Städte

Unterschiede innerhalb der Städte

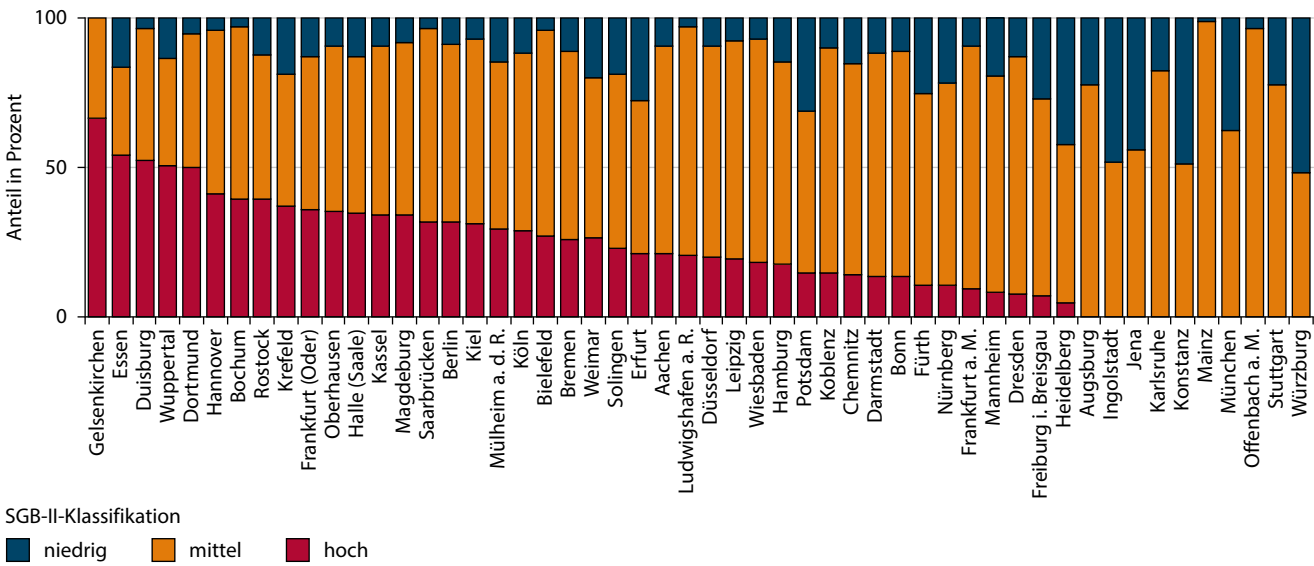
In vielen Studien wird auf hohe Armutsquoten im Gebiet Bezug genommen (vgl. Friedrichs 2014: 288). Vor diesem Hintergrund zeigen sich in den hier untersuchten IRB-Städte auf Basis der SGB-II-Klassifikation (s. Kapitel 4.2) ganz erhebliche Differenzen. In Gelsenkirchen, Essen und weiteren Städten des Ruhrgebietes lebt die Hälfte der Stadtbevölkerung in Stadtteilen mit hohen Anteilswerten (s. Abbildung 38). Diese hohen Anteilswerte bedeuten aber nicht, dass alle dort Lebenden Leistungen nach dem SGB II erhalten. Die räumliche Auflösung, das heißt die mehr oder weniger starke Ausdifferenzierung der Stadtteilgliederung, beeinflusst die Ergebnisse ebenfalls. So werden die sozial-

strukturellen Unterschiede in den betrachteten Gebietseinheiten mit einer „gröbereren“ Stadtteilgliederung ausgeglichen. Besonders hohe oder niedrige Anteilswerte sind damit weniger wahrscheinlich.²⁰

Bei der Diskussion um sozialräumliche Kontexteffekte zeichnet sich vor diesem

(20) Räumlichen Analysen sind immer mit dem modifiable areal unit problem (MAUP) konfrontiert (vgl. Madelin et al. 2009). Insofern resultieren aus sehr unterschiedlichen Raumzuschnitten auf der Ebene der statistischen Gliederungen methodische Probleme. Während sehr kleinräumig ausgelegte statistische Raumgliederungen einer Stadt die Heterogenität bei einem bestimmten Merkmal (über-)betonen können, wird die beobachtete Heterogenität im umgekehrten Fall möglicherweise unterschätzt.

Abbildung 38: Bevölkerungsanteile nach der SGB-II-Klassifikation in den IRB-Städten im Jahr 2021



Quelle: Innerstädtische Raubeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte/Statistik der Bundesagentur für Arbeit; N = 52 Städte

Hintergrund ab, dass diese Städte eine auf diese Ausgangssituation zugeschnittene Stadtpolitik entwickeln und sich mit Limitierungen befassen müssen, vor denen Städte am anderen Ende der Skala nicht stehen. Es lässt sich also nicht nur von einer Spaltung der Stadt sprechen (vgl. Häußermann 2008: 335), sondern ebenso von einer Spaltung zwischen den Städten (vgl. Reckwitz 2018: 392).

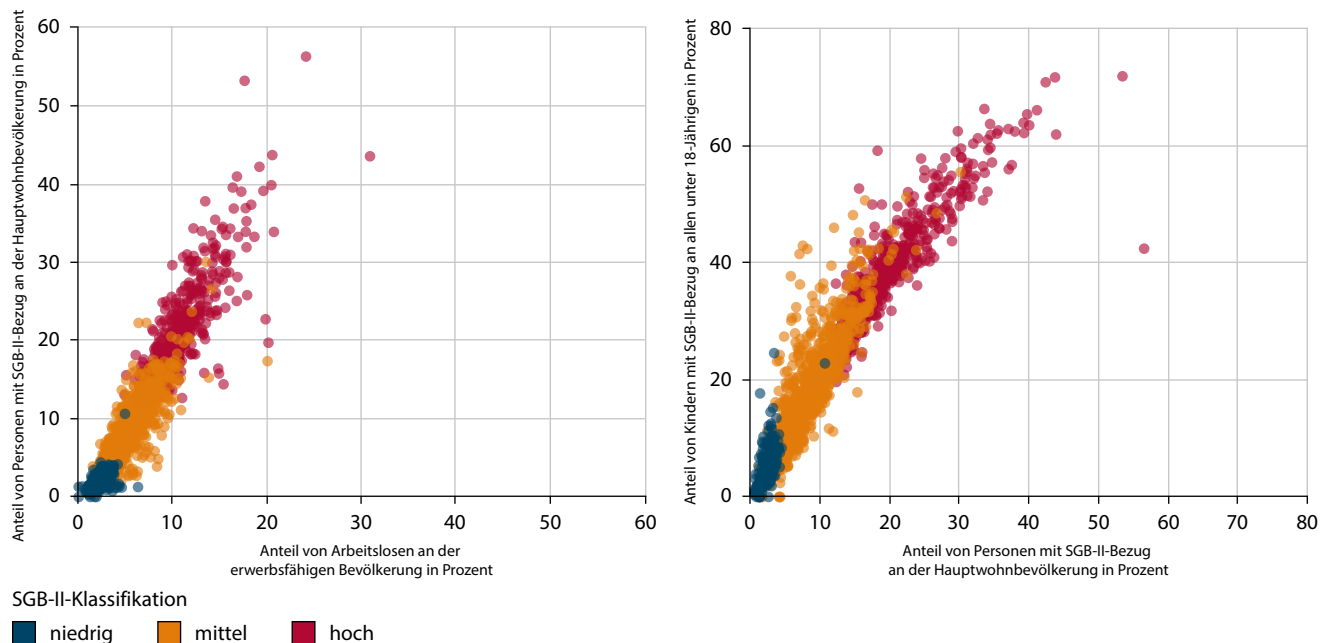
Im inter- und intrakommunalen Vergleich wird somit eine enorme Spannweite deutlich. Am einen Ende der Skala finden sich Städte, die zu Orten einer neuen Mittelklasse werden, die nicht nur einen gehobenen Lebensstandard pflegt, sondern auch nach Lebensqualität strebt und die Singularisierung des urbanen Raumes vorantreibt. Am anderen Ende des Spektrums finden sich Städte mit nur geringem Singularisierungspotenzial, die an Anziehungskraft und Attraktivität verlieren (vgl. ebd.).

Aus dieser Situation erwächst für diese Stadtgruppe eine doppelte Herausforderung:

Einerseits sind ihre Chancen im Standortwettbewerb deutlich limitiert, andererseits stehen sie vor strukturellen Herausforderungen, die stadtpolitisch erhebliche Kräfte binden und zusätzliche Anstrengungen in bestimmten kommunalpolitischen Handlungsfeldern wie der Stadterneuerung und der Schulentwicklung erfordern, die Städte am anderen Ende der Skala kaum kennen.

Richtet man den Blick auf Stadtteile mit einer hohen Armutsquote, die aufgrund des methodischen Ansatzes etwa einem Viertel der Stadtteile entsprechen, zeigt sich, dass von den rund 939.000 dort lebenden Kindern unter 18 Jahren 391.000 in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II leben, was fast einem Anteil von 42 % entspricht (Stand: 31. Dezember 2020). Die daraus resultierenden Anforderungen an vorschulische Infrastrukturangebote, die Ausstattung der Schulen – auch mit Schulsozialarbeit – und berufliche Qualifikationsmaßnahmen sind in diesen Stadtteilen und Städten deutlich ausgeprägt.

Abbildung 39: Streudiagramme der SGB-II- und Arbeitslosenquote sowie der SGB-II-Quote von Erwachsenen und Kindern in den IRB-Städten im Jahr 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte/Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2022; N = 50 Städte

In einem Streudiagramm, bestehend aus dem Anteil der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen (SGB II) und dem Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung auf Stadtteilebene, zeigt sich ein relativ deutlicher Zusammenhang (s. Abbildung 39). Dort wo sich Anteilswerte von mindestens 10 % bei den Arbeitslosen finden, steigt der Anteil der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen auf Werte von über 20 % – bisweilen deutlich mehr. Vereinzelt kommt es zu Höchstwerten von mehr als 20 % bei der Arbeitslosigkeit und Anteilen beim SGB II von mindestens 35 %. In diesen Stadtteilen zeigt sich eine hoch konzentrierte Armut (vgl. Häußermann 2010).

Mit Blick auf Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II zeigt das Streudiagramm, wie differenziert die Situation in den einzelnen Stadtteilen ist. Vereinzelt kommt es zu Extremwerten mit einer Kinderarmut von mindestens 60 % (s. Abbildung 39).

5.6 Zusammenfassung der Entwicklungen

In den vorangehenden Kapiteln 5.1 bis 5.5 wurden Entwicklungen zwischen den und innerhalb der IRB-Städte für die Bereiche „Einwohnerentwicklung“, „Alter und Geschlecht“, „ausländische Bevölkerung“, „Haushalte“ sowie „soziale Differenzierung“ beleuchtet, die im Folgenden zusammengefasst werden.

Generelle Trends

- Fast alle IRB-Städte haben im Zeitraum 2011 bis 2021 Bevölkerung gewonnen.
- Während alle Städte im Betrachtungszeitraum von Zuwanderungsgewinnen aus dem Ausland profitierten, verlor die Mehrheit der Städte Bevölkerung an das direkte Umland. Darunter sind viele Familien.

- Die Bevölkerung altert, jedoch schritt die Alterung in den IRB-Städten in den vergangenen Jahren weniger stark voran als im deutschen Durchschnitt. Das Wachstum der hochaltrigen Bevölkerung (85 Jahre und älter) ist auf die Alterung des Bestands zurückzuführen.
- Im Vergleich zu 2011 lebten 2021 deutlich mehr Kinder und Jugendliche in den IRB-Städten. Bei den Kindern unter 6 Jahren gab es aufgrund gestiegener Geburtenzahlen ein Plus von 17 %, bei den Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 17 Jahren aufgrund von Zuwanderung ein Plus von 14 %.
- In den IRB-Städten betrug der Anteil an Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2021 20,2 %, was unter anderem auf die Zuwanderung aus dem Ausland in den letzten Jahren zurückzuführen ist. Die ausländische Bevölkerung in den IRB-Städten trägt zu einer Verjüngung des allgemeinen Altersdurchschnitts in den IRB-Städten bei.
- Die meisten Haushalte in den IRB-Städten sind Einpersonenhaushalte. Prozentual gesehen sind seit 2011 die Haushalte ab fünf Personen mit 15 % am stärksten gewachsen.
- Die IRB-Städte waren 2020 von einem pandemiebedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen. Deutlicher als auf Bundesebene sank die Arbeitslosigkeit in den IRB-Städten im Jahr 2021 wieder, wenn auch nicht ganz auf das Niveau von 2019. 2021 betrug der Arbeitslosenanteil 6,1 %, die Zahl der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen lag bei 10,2 %.

Unterschiede zwischen den Städten

Eine Synthese dieser Entwicklungen ist in Tabelle 5 dargestellt. Es zeigt sich:

Tabelle 5: Zentrale Entwicklungstrends nach Stadttyp im Zeitraum 2011 bis 2021

Stadttyp	Wachstum ¹	Kinder ²	junge Erwachsene ³	Erwerbsfähige ⁴	Ältere ⁵	Einpersonenhaushalte ⁶	Haushalte ab 5 Personen ⁷	Internationalisierung ⁸	Armut ⁹
Top 7	8,5 ↗	15,0 ↗	4,6 →	8,0 ↗	4,8 →	7,7 ↗	9,6 ↗	32,3 ↗	-4,6 →
Top 8–15	6,3 ↗	17,2 ↗	-0,9 →	4,6 →	3,5 →	10,8 ↗	24,1 ↗	64,7 ↗	-3,8 →
Universitätsstädte	6,2 ↗	11,1 ↗	1,9 →	4,1 →	9,6 ↗	12,2 ↗	11,2 ↗	48,5 ↗	1,5 →
andere (Nordwest)	3,7 →	7,7 ↗	2,6 →	2,6 →	3,8 →	7,7 ↗	13,5 ↗	58,0 ↗	4,4 →
andere (Süden)	7,9 ↗	9,9 ↗	7,8 ↗	7,9 ↗	6,2 ↗	9,6 ↗	8,2 ↗	45,0 ↗	-2,2 →
andere (Osten)	5,3 ↗	24,2 ↗	-14,0 ↘	-0,9 →	11,4 ↗	13,5 ↗	47,6 ↗	174,9 ↗	-34,2 ↘

Art der Entwicklung (+/-5 %)

- ↗ positiv
- neutral
- ↘ negativ

Stärke der Abweichung vom Mittelwert (SD = Standardabweichung)

- zwischen + und -1/3 SD
- ◐ über/unter +1/3 SD bis +1 SD
- ◑ über 1 SD und unter -1 SD

Art der Abweichung vom Mittelwert

- nach oben
- gering
- nach unten

- (1) Einwohnerinnen und Einwohner insgesamt – Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung
- (2) Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter 18 Jahren – Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung
- (3) Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 18 bis unter 30 Jahren – Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung
- (4) Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren – Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung
- (5) Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 65 Jahren und älter – Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung
- (6) Haushalte mit einer Person
- (7) Haushalte mit fünf und mehr Personen
- (8) Ausländerinnen und Ausländer insgesamt
- (9) Personen in Bedarfsgemeinschaften – insgesamt (PERS) – SGB II

Quelle: Innerstädtische Raumbewertung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte/Statistik der Bundesagentur für Arbeit; N = 44 Städte

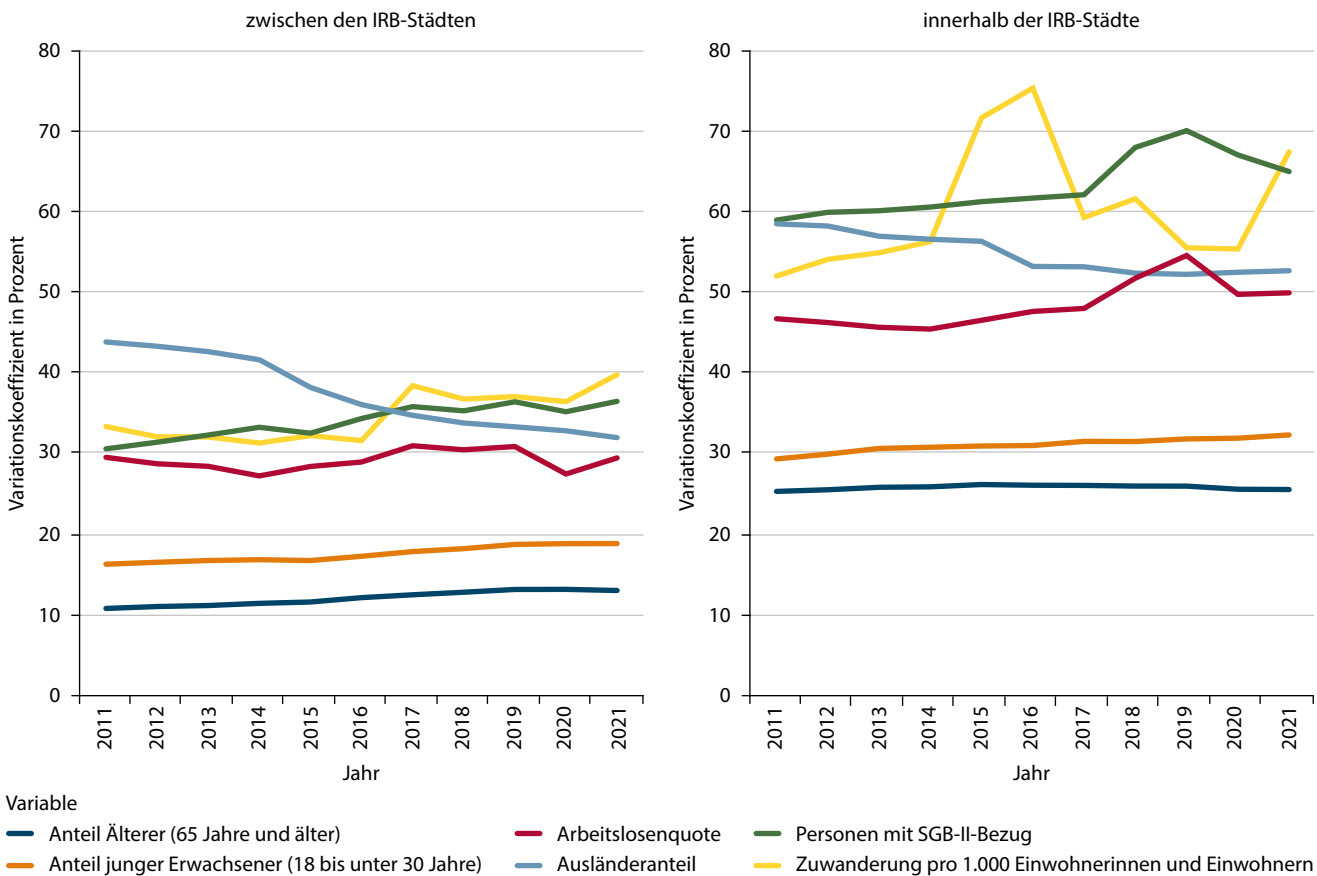
- Ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum fand in den Top-7- und den süddeutschen Städten statt. Zwar gibt es in einigen Städten Aufholeffekte in Sachen Bevölkerungsentwicklung, bekannte Muster regionaler Disparitäten blieben im Betrachtungszeitraum jedoch bestehen.
- Insbesondere die großen IRB-Städte verlieren Bevölkerung gegenüber dem Umland. Die größten Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland erzielten relativ gesehen mittelgroße IRB-Städte.
- Die Gruppen der Kinder und Jugendlichen wuchsen in allen Stadttypen, jedoch am stärksten in den ostdeutschen Städten. Die Zahl junger Erwachsener wuchs in den süddeutschen Städten und die der Erwerbsfähigen in den sieben größten Städten am deutlichsten. Die Gruppen der Älteren nahmen in allen Stadttypen zu. Unterdurchschnittlich war der Zuwachs in den nordwestlichen Städten und den Top 8–15.
- Die Heterogenität zwischen den IRB-Städten zeigt sich anhand der Ausländeranteile in den einzelnen IRB-Städten. Die Internationalisierung verlief in den ostdeutschen Städten überdurchschnittlich und stellt einen Effekt des niedrigen Ausgangsniveaus dar.
- Die ethnische Segregation blieb in allen Stadttypen bis 2015 relativ stabil oder nahm leicht ab. Seit 2016 ist mit Ausnahme der größten sieben Städte und der IRB-Städte in Süddeutschland eine leichte Zunahme der ethnischen Segregation zu beobachten.
- Eine Zunahme der Einpersonenhaushalte zeigte sich in allen Stadttypen, am deutlichsten jedoch in den ostdeutschen Städten. In diesen Städten ist auch der Anteil Alleinerziehender überdurchschnittlich hoch.
- Bei der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und SGB II finden sich erhebliche Unterschiede zwischen den IRB-Städten. Eine sehr geringe Betroffenheit findet sich in den meisten süddeutschen Städten. Eine Zunahme der Armut ließ sich für die Universitätsstädte und die nordwestlichen Städte beobachten.
- Die Unterschiede zwischen den Städten waren im Beobachtungszeitraum bei der Zuwanderungsrate, beim Anteil der Personen in SGB-II-Bezug sowie beim Ausländeranteil (Ost-West-Unterschiede) am größten, wie der in Abbildung 40 dargestellte Variationskoeffizient zeigt.
- In ihrer Altersstruktur sind sich die Städte dagegen relativ ähnlich.
- Beim Ausländeranteil kommt es zu einer Annäherung, während beim Anteil der Personen im SGB-II-Bezug eine divergente Entwicklung besteht. Die ohnehin hohen Unterschiede zwischen den Städten wurden in den letzten Jahren noch größer.
- Gleiches trifft auf die Zuwanderungsrate zu, die einerseits von der Attraktivität hinsichtlich des Arbeits- und Ausbildungsangebots sowie andererseits von der Situation auf dem Wohnungsmarkt beeinflusst wird.

Unterschiede innerhalb der Städte

Die Analysen der stadtinternen Unterschiede zeigen:

- Naturgemäß sind die Unterschiede zwischen den Stadtteilen innerhalb einer Stadt größer als zwischen den Städten selbst, da die kleinräumige beobachtbare Heterogenität auf gesamtstädtischer Ebene nivelliert wird. Bei den demografischen Indikatoren wiederholt sich das Bild einer insgesamt geringeren Varianz (Abbildung 40). In den vorhergehenden

Abbildung 40: Variationskoeffizient verschiedener Indikatoren der IRB-Städte im Zeitraum 2011 bis 2021



Quelle: Innerstädtische Raumbeschreibung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte/Statistik der Bundesagentur für Arbeit; N = 43 Städte

Analysen wurde gezeigt, dass insbesondere die Stadtteile gewachsen sind, die ohnehin viel Fluktuation aufweisen.

- Die demografische Segregation in den IRB-Städten ist geringer ausgeprägt als die ethnische Segregation. Am wenigsten gleich waren die jungen Erwachsenen sowie die Gruppen der Älteren über das Stadtgebiet verteilt. Kinder und Jugendliche wohnen vor allem am Stadtrand.
- Die Zuwanderungsrate schwankt stark, was sich unter anderem auch mit der Lage von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete erklären lässt. In vielen Stadtteilen, in denen viele ausländische Personen wohnen, ist auch die ethnische Diversität sehr hoch.
- Während am Stadtrand Einpersonenhaushalte und Haushalte ab fünf Personen in etwa gleich stark gewachsen sind, zeigt sich besonders in den Innenstädten ein Anstieg der Zahl großer Haushalte.
- Die Abweichung vom Mittelwert bei der SGB-II-Bezugsquote liegt zwischen Stadtteilen bei durchschnittlich 65,1 % (2021). In den Jahren zuvor ist sogar eine weitere Divergenz zu verzeichnen. Die sozialräumlichen Unterschiede innerhalb von Städten sind, wie sich zeigt, beträchtlich. In Stadtteilen mit hohen SGB-II-Quoten ist eine Konzentration von Alleinerziehendenhaushalten sowie ausländischer Kinder unter 6 Jahren zu beobachten. In einigen IRB-Stadtteilen zeigt sich eine hoch konzentrierte (Kinder-)Armut.

Zukunft: Städte unter Anpassungsdruck

Im Folgenden wollen wir einen Ausblick auf die (nähere) Zukunft wagen. Die aufgezeigten Entwicklungen schlagen sich in den Städten und Stadtteilen in unterschiedlicher Weise nieder. Wie aber bereits dargestellt, liegen der Stadtentwicklung maßgebliche gesellschaftliche Trends wie der demografische Wandel zugrunde, die eine lokale Ausprägung erfahren, aber dennoch stadtübergreifend wirken. Manche der hier aufgezeigten Trends lassen sich vergleichsweise gut in die Zukunft „extrapolieren“, da sie eng mit dem demografischen Aufbau unserer Gesellschaft verknüpft sind und in einem entsprechend engen Vorhersagekorridor verlaufen (demografische Trägheit). Für andere beschriebene Entwicklungen wie der starken Zunahme der Flüchtlinge, die auf nicht vorhersehbare Ereignisse wie Kriege zurückzuführen sind, lässt sich nicht sicher vorhersagen, wie sich deren Zahlen entwickeln werden.

Die anschließenden Überlegungen sind nicht als Szenarien in einem engeren Sinne zu verstehen, sondern logische Herleitungen dessen, was sich aus vergangenen Entwicklungen ablesen lässt und nehmen dort, wo Vergleichsgrößen aus Prognosen vorliegen, Bezug auf diese. Ein Vergleichsmaßstab für die im folgenden dargestellten Entwicklungstrends bilden die Bevölkerungsprognosen des BBSR und des Statistischen Bundesamtes. Als wesentliche, wahrscheinliche soziodemografische Trends wurden identifiziert:

- Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung
- Alterung
- Zuwachs an Kindern
- Veränderung der Haushaltsstruktur
- zunehmende Internationalisierung

Als Querschnittsthema wird das Thema „soziale Ungleichheit, Segregation“ mitgeführt.

Wie in Kapitel 5 aufgezeigt, sind nicht alle Städte in gleicher Weise von bestimmten Entwicklungen betroffen. Die verwendeten Stadtgruppen sind ein Hilfsmittel, diese Differenzen aufzuzeigen. Gleiches gilt für die hier verwendeten Stadtteilklassifikationen. Dort wo sich relevante Unterschiede zeigen oder zu vermuten sind, wird dies hervorgehoben.

Im Folgenden wird auf die fünf Wandlungsprozesse eingegangen, die Städte vor Herausforderungen stellen und Anpassungsdruck entfalten. Dieser Anpassungsdruck betrifft die Städte ganz unmittelbar, jedoch in je unterschiedlicher Intensität.

Wie sind wir zu den Trends gekommen?

Um zukünftige Entwicklungen abzuschätzen, werden unterschiedliche Methoden verwendet. Alle Methoden beruhen auf einer sorgfältigen Analyse der Ist-Situation und fundierten Grundannahmen.

In der Szenariotechnik wird zum Beispiel explorativ, induktiv und modellgestützt vorgegangen (vgl. Siedentop/Gornig/Weis 2011), um Szenarien zu entwickeln und in ihrer Eintreffenswahrscheinlichkeit zu bewerten. Bei Vorausberechnungen²¹ wird ein Fokus auf die Demografie gelegt, im Grunde werden aber auch hier Szenarien entwickelt. Aufgrund der guten Datenverfügbarkeit ist es möglich, Vorausberechnungen sehr kleinräumig (z. B. Grundschulbezirksebene) zu erstellen, was für andere städtische Planungsbereiche sehr hilfreich ist. Auch bei Vorausberechnungen werden keine „korrekten“ Wirklichkeiten, sondern Wahrscheinlichkeiten berechnet. Der Großteil der Städte erstellt eigene Vorausberechnungen, die in aggregierter Form auch teilweise veröffentlicht werden (s. Kapitel 4.3). Einen anderen räumlichen

Fokus nehmen die Prognosen oder Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes, des BBSR sowie von Landesministerien ein, die sich auf der Ebene der Gemeinden, Kreise oder Raumordnungsregionen bewegen. Auf einer größeren räumlichen Ebene sind Prognosen über die Demografie hinaus möglich, zum Beispiel zum Arbeitskräftepotenzial oder der Pflegebedürftigkeit.

Die Datenbasis für Kapitel 6 sind die Bevölkerungsprognosen des BBSR und des Statistischen Bundesamtes, an geeigneten Stellen wurden zudem Erkenntnisse aus einer eigenen Recherche zu den Prognosen der IRB-Städte eingefügt. Aus 22 Städten²² lagen aktuelle und veröffentlichte Bevölkerungsvorausberechnungen vor, die als Referenzwerte in die Betrachtung eingegangen sind. Als weiteres heuristisches Instrument wurde die Papiercomputer-Methode verwendet (vgl. Vester 1983: 130 ff.), um auf einer stark abstrahierenden Ebene die Wechselbeziehungen unterschiedlicher Faktoren der Stadtentwicklung betrachten zu können.

(21) Zum Unterschied zwischen Prognosen und Vorausberechnungen vgl. Friedrich/Knabe (2018). Für die BBSR-Analyse wird der feststehende Begriff „Prognose“ verwendet.

(22) Augsburg, Berlin, Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Dresden, Essen, Frankfurt (Oder), Hamburg, Hannover, Heidelberg, Ingolstadt, Jena, Koblenz, Köln, Konstanz, Leipzig, Mannheim, Oberhausen, Rostock, Solingen, Ulm

6.1 Städte zwischen Wachstum und Schrumpfung

Das vergangene Jahrzehnt war in den meisten IRB-Städten durch ein anhaltendes Wachstum geprägt. Einige konnten über eine längere Periode hinweg ein stetiges Bevölkerungsplus verzeichnen, mit entsprechenden Folgewirkungen auf dem Wohnungsmarkt. Während von 2011 bis 2021 fast alle Städte von einer Bevölkerungszunahme profitierten, gehen die Entwicklungen laut BBSR-Raumordnungsprognose bis 2030 deutlich ausein-

ander. Insgesamt werden die IRB-Städte in diesem Zeitraum im Vergleich zu 2017 um 3,5 % wachsen. Die Mehrheit der IRB-Städte (82 %) kommen in ihrer eigenen Vorausberechnung zu der Annahme, dass es im jeweiligen Prognosezeitraum eine Bevölkerungszunahme geben wird. Insbesondere die Top-7- und süddeutschen Städte werden weitere deutliche Zugewinne verzeichnen können. Treiber der Entwicklungen ist die Zuwanderung aus dem Ausland. Diese beeinflusst auch insgesamt die Bevölkerungsentwicklung der Städte, aus der wiederum entsprechende

Anforderungen an die Bereitstellung sozialer Infrastruktur nebst entsprechendem Personal oder an den Wohnungsmarkt resultieren. Der Wachstumsdruck auf die Großstädte ist, wie oben dargestellt, kein neuer Trend, sondern vielmehr eine Fortsetzung oder in einigen Fällen sogar eine zu erwartende Intensivierung der Entwicklungen der Vergangenheit.

Zu erwarten ist aber, dass nicht alle Städte von dieser Entwicklung profitieren werden. Wie im vorherigen Abschnitt bereits beschrieben wurde, können die vergangenen Entwicklungen nicht für alle Stadttypen in die Zukunft fortgeschrieben werden. So werden einige Städte im Nordwesten und Osten Deutschlands laut BBSR-Prognose bis zum Jahr 2030 an Bevölkerung verlieren. Mit einem differenzierten Blick auf die Prognose, die auf Ausgangsdaten von 2017 beruht, zeigt sich, dass fast 40 % der IRB-Städte bis 2030 Bevölkerungsverluste verzeichnen werden. Dabei reicht die Spannweite von einer Zunahme um über 10 % bis zu einer Abnahme von 8 %. In allen Regionen Deutschlands werden steigende Sterbeüberschüsse und die seit Jahrzehnten zu geringe Geburtenrate für einen negativen natürlichen Saldo sorgen. Viele Städte können nur durch Zuwanderung wachsen, sodass die beschriebene Spannweite vor allem aus der unterschiedlichen Zuwanderung aus dem Ausland resultiert.²³ Es handelt sich demnach weniger um ein Schrumpfen aufgrund erhöhter Abwanderung, sondern vielmehr aufgrund der demografischen Alterung.

(23) Schwer abschätzbar ist, wie sich die internationalen Flüchtlingsströme weiterentwickeln werden und wie sich dies auf die Zuwanderung in die Städte auswirkt. Statistiken des UNHCR (2023) verweisen auf weiter ansteigende Flüchtlingszahlen. Bei anhaltend hoher Zuwanderung aus dem Ausland kann dies insgesamt stabilisierend auf die Bevölkerungsentwicklung wirken, zugleich steigen damit aber auch die Integrationsanforderungen und gegebenenfalls städtische und gesellschaftliche Konfliktlagen.

Bei Städten mit anhaltendem **Wachstumsdruck** zeichnen sich verschiedene Herausforderungen ab:

- Aus der Zuwanderung erwachsen für die Wohnungs-, Arbeits- und Bildungsmärkte in den Städten komplexe Folgen (vgl. Kühn 2021). Es gibt einen hohen Bedarf an Wohnraum, was zu Nachverdichtungen und zur weiteren Erschließung unbebauter Flächen führen wird. Eine wesentliche Herausforderung ist die Anpassung der schulischen sowie der sozialen Infrastruktur im Vorschulalter an den steigenden Bedarf. Teilweise sind Neubauten und Erweiterungen anzugehen. Zudem bedarf es eines Personalaufbaus in Schulen und sozialen Einrichtungen.
- Die lokalen Arbeitsmärkte können von der Zuwanderung profitieren, wenn eine schnelle Integration der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt gelingt. Voraussetzung dafür ist, dass öffentliche (aber auch private) Träger berufliche Integrationsmaßnahmen in ausreichendem Umfang bereitstellen. Auf die Kommunen kommen insgesamt vielfältige Handlungserfordernisse in den Bereichen „Wohnen“, „Bildung und Arbeitsmarkt“ und „öffentlicher Raum“ zu, die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen und auch der Dringlichkeit anderer Herausforderungen gegenüberstehen, wie dem Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung.
- Zu berücksichtigen ist, welche Gruppen zum Wachstum der Städte beitragen, um die kommunale Planung auf ihre unterschiedlichen Bedarfe auszurichten. So steigt laut BBSR-Prognose die Zahl der unter 18-Jährigen und der Älteren besonders stark an. Entsprechend dazu bedarf es einer Anpassung der kommunalen Infrastruktur.
- Auch aus der Zuwanderung von Gruppen mit unterschiedlichen Nationali-

täten sowie kulturellen und religiösen Hintergründen erwachsen spezifische und steigende Anforderungen bei der Integration. Dabei ist schwierig einzuschätzen, mit welchen persönlichen Voraussetzungen und Qualifikationen Zuwandernde aus dem Ausland nach Deutschland kommen. Davon hängt der Integrationsbedarf in den Kommunen entscheidend ab.

- Hochqualifizierte Zuwandernde suchen und beanspruchen völlig andere Angebote in einer Stadt als Asylsuchende und Zugewanderte, die vor Krieg und Hunger fliehen. Während ein relativ hoher Anteil der ausländischen Bevölkerung und der neu Zugewanderten in strukturstarken Metropolkernen und wahrscheinlich auch in einigen international gut vernetzten Universitätsstädten wenig bis keinen Integrationsbedarf aufweist und sich durch einen eher statushöheren sozialen Hintergrund auszeichnet, dürfte bei eher strukturschwächeren Städten die Zuwanderung von Gruppen mit hohen Integrationsanforderungen zu erwarten sein. Die Polarisierung im Städtesystem könnte vor diesem Hintergrund eher noch zunehmen.
- Kleinräumig fokussiert sich Zuwanderung auf bestimmte Gebiete in den Kommunen. Dies geht mit einer vermutlich anwachsenden sozialräumlichen Ungleichheit einher. Die soziale Segregation wird auch aufgrund der angespannten Wohnungsmärkte in den Großstädten anhaltend hoch bleiben oder sogar noch steigen. Sozialräumlich orientiertes Handeln der Kommunen gewinnt vor diesem Hintergrund an Bedeutung.
- Eine wesentliche Herausforderung besteht im aktuell bereits angespannten Wohnungsmarkt. Viele Menschen mit (unter-)durchschnittlichem Haushaltseinkommen haben in Ballungsräumen bereits jetzt Schwierigkeiten, Wohnraum zu finden. Diese Probleme werden sich bei anhaltender Auslandszuwanderung weiter verschärfen, da mit dem Neubau von Wohnraum oder der Ausweitung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete keine schnelle Senkung des Mietpreisniveaus geschaffen werden kann.
- Es zeichnet sich ab, dass die Zuwanderung durch Geflüchtete, Asylsuchende und Fachkräfte aus dem Ausland die Städte in den kommenden Jahren weiter stark beanspruchen wird. Statistiken des UNHCR (2023) zeigen in den letzten Jahren deutlich gestiegene Flüchtlingszahlen. Das IAB (Fuchs/Söhnlein/Weber 2021) unterstreicht die Bedeutung einer hohen Zahl an Zuwandernden aus dem Ausland, um den Fachkräftemangel in Deutschland auszugleichen. Auch wenn die Städte in den letzten Jahren bereits zahlreiche Erfahrungen bei der Steuerung der Integrationsarbeit gesammelt haben, zeichnen sich weiterhin hohe Beanspruchungen in diesem Aufgabenbereich ab (z. B. Fragen der Unterbringung von Geflüchteten, Schaffung kostengünstigen Wohnraums, Integrationsangebote, Ausbau sozialer, schulischer und vorschulischer Infrastruktur oder Integrationsmaßnahmen in den ersten Arbeitsmarkt).
- Um auf das absehbare Wachstum angemessen zu reagieren, muss die städtische Planung kurzfristig (d. h. innerhalb weniger Jahre), gezielt kleinräumig und flexibel auf sich verändernde Bedarfe reagieren. Die Planung und Realisierung von Baumaßnahmen ist dabei nicht nur abhängig von der städtischen Finanzkraft, sondern auch von externen Faktoren wie der Verfügbarkeit von Fachpersonal und der Lage der Bauwirtschaft. Kommunen können zwar versuchen, Planungsverfahren zu beschleunigen und Flächen für Bauvorhaben schneller bereitzustellen, jedoch haben sie wenig Einfluss auf die volkswirtschaftliche Gesamtsituation der Bauwirtschaft.

Anders stellt sich die Lage der **wachstumsschwachen Städte** dar:

- Aufgrund der ungünstigen sozialen und demografischen Struktur zeichnen sich ungünstige Entwicklungsperspektiven für diese Städte ab. So dürfte der Fachkräftemangel in diesen Städten strukturell noch stärker wirken als andernorts.
- Damit einher geht eine Schwächung der wirtschaftlichen Basis, die auch die Konkurrenzfähigkeit der Städte im Standortwettbewerb negativ beeinflusst.
- Die wachsenden strukturellen Schwierigkeiten wirken sich auch auf andere Standortfaktoren negativ aus. Die Attraktivität der Städte insgesamt und die Anziehungskraft für die Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben lassen nach, sodass Leerstände bei Geschäften und Wohnungen zu erwarten sind.
- Aus der Wachstumsschwäche resultieren Auswirkungen auf die Kommunal Finanzen, da die Einnahmen der Kommunen aufgrund des geringeren Steueraufkommens der Bevölkerung und der Unternehmen sinken. Zugleich sind die relativen Kosten auf der Ausgabenseite höher. Es entstehen Kostenremanenzeffekte (Ausgaben gehen langsamer zurück als die Bevölkerungszahl) (vgl. Maretzke 2022). Zudem muss investiert werden, um die städtische Attraktivität in der Konkurrenz um Einwohnerinnen und Einwohner zu erhöhen (vgl. Bernt 2018).
- Kleinräumige Unterschiede bleiben auch in den schrumpfenden Städten bestehen, könnten sich gegebenenfalls sogar noch verschärfen, da Einwohnerinnen und Einwohner mit durchschnittlichen oder höheren Haushaltseinkommen leichter in attraktivere Wohnlagen umziehen können.
- Offen bleibt die Frage, wie sich die Zuwanderung in den schrumpfenden

Städten niederschlagen wird und ob sich die Wanderungsströme über die nächsten Jahre nicht großräumig neu orientieren. Ein Anreiz zu einem veränderten Wanderungsverhalten könnte das vergleichsweise günstige Mietniveau dieser Städte sein. Andererseits könnten fehlende Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt Zuwandernde davon abhalten, in diese Städte zu ziehen.

6.2 Alterung

Von der Alterung der Gesellschaft sind Städte nicht ausgenommen, wie die Analysen aus Kapitel 5 zeigten. Der in den IRB-Städten beobachtbare Trend zur Alterung wird sich laut Prognosen in allen Stadttypen fortsetzen und sogar verstärken. Im Jahr 2030 werden mehr als 23,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland 65 Jahre und älter sein. Das entspricht einem Zuwachs von über 3,4 Millionen im Vergleich zu 2017²⁴ (17 %). Für die Städte zeigt sich eine weitere Zunahme der Zahl der Älteren mit einem Plus von 12,5 bis 14,8 % im Vergleich zu 2017 in den Top-7-, den südlichen, den nordwestlichen und den Universitätsstädten (BBSR-Prognose). Da diese Städte, die bisher einen geringeren Anteil Älterer aufweisen, in den nächsten 20 Jahren eine überdurchschnittlich starke Alterung erleben werden, werden regionale Aufholprozesse wirksam (vgl. Maretzke et al. 2021). Der Altenquotient wird bis 2030 von heute (2021) 32 auf 36 ansteigen.²⁵ Im Vergleich der zukünftigen Altenquotien-

(24) Die Ausgangsdaten der BBSR-Prognose sind von 2017.

(25) Das bedeutet, dass sich das Verhältnis der Personen im Rentenalter (z. B. 65 Jahre und älter) zu den Personen im erwerbsfähigen Alter ungünstig entwickelt. Ein Anstieg des Altenquotienten bedeutet, dass weniger Erwerbsfähige für mehr potenzielle Rentenbezieherinnen und -bezieher sorgen müssen (z. B. finanzielle Unterstützung oder Pflegeleistungen).

ten zwischen den IRB-Städten, ergibt sich eine Spannweite von 40. Die gesellschaftliche Alterung erreicht diese Städte mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Dies zeigt, dass sich die Städte weiter auseinanderentwickeln und unterschiedlich stark betroffen sein werden. Bei der Zahl der hochaltrigen Personen ab 85 Jahren weisen die ostdeutschen sowie die Top-7-Städte mit Steigerungen von 40,5 sowie 37,8 % im Zeitraum von 2017 bis 2030 die höchste Intensität auf.

Da sich mit steigendem Alter das Risiko erhöht, dass Menschen pflegebedürftig sind, bedeutet eine zunehmende Alterung in den Städten eine zugleich steigende Zahl an pflegebedürftigen Personen. Für Deutschland erwartet das Statistische Bundesamt im Zeitraum 2022 bis 2030 einen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen von 5.014.000 auf 5.409.000 Personen (plus 7,8 %) (vgl. Destatis 2023b).

In den IRB-Städten resultieren folgende Punkte aus diesen Entwicklungen:

- Kommunen, die heute über eine relativ junge Bevölkerung verfügen, müssen sich auf eine dynamisch entwickelnde Alterung einstellen. Dies bedeutet auch, Planungsprozesse und Infrastrukturbedarfe auf diese wachsende Gruppe Älterer auszurichten.
- Kommunen mit einer heute schon eher älteren Bevölkerung werden weiter altern und stehen ebenfalls vor der Herausforderung, ihre Infrastruktur an veränderte Bedarfe anzupassen. Bevölkerungsstrukturell wird sich in diesen Städten das Verhältnis noch weiter in Richtung der Älteren verschieben.
- Eine steigende Zahl oder ein steigender Anteil älterer Menschen in einer Stadt bedeuten, dass ihre Interessen und Probleme gegenüber denen anderer Bevölkerungsgruppen relativ gesehen an Bedeutung gewinnen. Es kann direkt und

indirekt zu einer stärkeren Durchsetzung der Anliegen dieser Bevölkerungsgruppe kommen. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer Stadt kann diese Verschiebung der Generationenverhältnisse Spannungen hervorrufen, die die Kommunen im Blick behalten sollten.

- Immer deutlicher wird, dass die Gruppe der Alten differenziert betrachtet werden muss. Begriffe wie „Best Ager“ oder „Silver Ager“ verdeutlichen diese Ausdifferenzierung. Viele Ältere sind finanziell gut situiert, verfügen über langjährige und vielfältige Erfahrungen in Beruf und Familie und sind durchaus interessiert, sich gesellschaftlich einzubringen. Hiervon können ehrenamtliche Angebote profitieren.
- Ältere können darüber hinaus das Stadtleben positiv beeinflussen. Sie verfügen über Zeit und finanzielle Ressourcen, die es ihnen ermöglichen, unterschiedliche Angebote in der Stadt wahrzunehmen. Aufgrund ihrer wachsenden Zahl können sich hieraus für die Stadtgesellschaft Chancen entwickeln, die die Kommunen, aber auch die lokale Wirtschaft, durch passende Angebote nutzen können. Kommunen stehen vor der Aufgabe, auf diese breitgefächerten Anforderungen einer älter werdenden Stadtbevölkerung einzugehen und auch ihr Potenzial zu sehen.
- Dies darf aber nicht überdecken, dass mit der Alterung der Bevölkerung ein Anstieg der Altersarmut einhergeht. Dies folgt einerseits aus der wachsenden Anzahl Älterer und andererseits aus strukturellen Veränderungen im Rentensystem. Altersarmut wirkt sich dabei auf viele Bereiche aus: Wohnen, Mobilität, pflegerische Versorgung und Teilhabe. Für Kommunen wird die Bedeutung und Dringlichkeit steigen, sich des Themas anzunehmen.

- Eine hohe Zahl hochaltriger und pflegebedürftiger Menschen geht mit einem steigenden Bedarf an Pflege- und Gesundheitsinfrastruktur inklusive einer höheren Nachfrage nach Fachkräften einher, die einen Betrieb dieser Einrichtungen erst ermöglichen. Da es bereits heute einen Fachkräftemangel bei beruflich Pflegenden gibt und zeitgleich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter rückläufig ist (vgl. BMG 2021), zeichnet sich eine Versorgungslücke ab. Da die Kommunen wichtige Aufgaben im Bereich „Pflege und Pflegevermeidung“ übernehmen, wird die Entwicklung auch in Städten zu einem steigenden Unterstützungsumfang führen.
- Insgesamt kann es zu einer Umstellung der planerischen Prozesse auf die stärkere Integration der Interessen, Probleme und Bedarfe von Älteren kommen, wie zum Beispiel der Berücksichtigung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, der Bereitstellung von geeignetem Wohnraum für ältere Personen mit körperlichen Einschränkungen sowie Maßnahmen gegen Einsamkeit und Unterversorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs. Einige Maßnahmen wie bauliche Anpassungen im öffentlichen Raum oder ausgebauter Mobilitätsangebote können gemäß des „Design für Alle“ aber auch weiteren Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Familien zugutekommen. Durch eine gezielte Quartiersentwicklung kann das Verbleiben älterer und pflegebedürftiger Menschen im Wohnumfeld unterstützt werden. Bei der Nahversorgung sollte diese Personengruppe stärker berücksichtigt werden.²⁶
- Die Städte sind heute schon ethnisch divers strukturiert (s. Kapitel 5). Mit der gesellschaftlichen Alterung geht eine wachsende Diversität der älteren Bevölkerung in den Städten einher. Wenn mehr Ältere mit Migrationshintergrund in den Städten leben, verändern sich auch die Anforderungen bei altersbezogenen Angeboten und der sozialen Infrastruktur, die in der kommunalen Planung zu berücksichtigen ist. Gerade Zuwandernde der ersten Generation haben im Durchschnitt weniger gute Deutschkenntnisse, einen schlechteren Gesundheitszustand, wohnen unter ungünstigeren Wohnbedingungen und haben spezifische Vorstellungen von der pflegerischen Versorgung im Alter (vgl. Tezcan-Güntekin/Razum 2017).
- Die Zahl alleinstehender und alleinlebender älterer Personen wird wachsen. Gerade im Alter und mit dem Ausstieg aus dem Erwerbsleben besteht die Gefahr der Vereinsamung. Teilweise liegt dies auch daran, dass nahe Familienangehörige nicht am gleichen Ort leben. Den Zugang zu diesen Personen zu erhalten und der Vereinsamung vorzubeugen, wird für die Sozialarbeit in den Städten eine Aufgabe von wachsender Bedeutung werden.
- Die 2021 betrachtete, weniger stark ausgeprägte demografische Segregation wird durch die Alterung der Gesellschaft in den kommenden Jahren möglicherweise eine veränderte Dynamik erfahren. Der wachsende Anteil älterer Menschen in den Städten führt zunächst zu keiner weiteren Segregation, sondern bewirkt eher das Gegenteil. Überall in der Stadt wird die Anzahl Älterer zunehmen, auch in Gebieten, die bevorzugt von Jüngeren bewohnt werden. Wichtig kann daher auch sein, die Gebiete, in denen heute 50- bis 65-Jährige leben, in den Blick zu nehmen. Schließlich beträgt die Wohneigentumsquote bei Personen ab 50 Jahren laut SOEP

(26) Die Ansiedlung von Nahversorgern wie Supermärkten erfolgt in der Regel marktgesteuert. Für Städte kann es aber sinnvoll sein, die Verteilung durch ein Monitoring der Nahversorgungsquoten z. B. von Älteren im Blick zu haben (vgl. Stadt Nürnberg 2020).

42 %. Auch wenn die Wohneigentumsquote in ländlichen Regionen traditionell höher ist als in Städten, sind auch dort viele Ältere durch Eigentum an den Wohnstandort gebunden. Die angespannten Wohnungsmärkte führen tendenziell zu Lock-In-Effekten auf den lokalen Wohnungsmärkten. Gerade bei längerer Wohndauer in einer Miet- oder Eigentumswohnung wird die Bereitschaft absinken, einen Umzug durchzuführen.

6.3 Zuwachs an Kindern

Die Analysen in Kapitel 5 zeigen ein Ansteigen der Zahl der Kinder und Jugendlichen in den IRB-Städten. In den Top-7-, den Top-8–15- sowie den ostdeutschen Städten ist dies deutlich zu beobachten. Die BBSR-Prognose bestätigt diesen Zuwachs, der bis 2030 in den Top-7-, den Universitäts- sowie den südlichen Städten besonders hoch ausfallen wird. Moderater wird der Anstieg dagegen im Nordwesten sowie im Osten sein. Bei den unter 3-Jährigen wird es laut in den IRB-Städten nur zu einem Wachstum von 3,5 % kommen, in den ostdeutschen und nordwestlichen Städten sowie den Top 8–15 wird sogar ein Rückgang prognostiziert. Im Durchschnitt werden 2030 16,3 % mehr unter 18-Jährige in den IRB-Städten leben als 2017.

Vor diesem Hintergrund zeichnen sich folgende Entwicklungen für die IRB-Städte ab:

- Aus der demografischen Situation der IRB-Städte erwachsen weitere Anforderungen, etwa in Form von Infrastrukturbedarf, insbesondere bei Kitas und Grundschulen. Für Kommunen ist es aufgrund kurvenförmiger Geburtenzahlen eine große Herausforderung, die Bedarfe in diesen Bereichen abzuschätzen: Die Geburtenziffern stiegen von 2012 bis 2016, sanken von 2017 bis 2020 leicht und stiegen im Jahr 2021 wieder

um deutlich, vermutlich bedingt durch die Pandemie (vgl. Destatis 2023a). In Vorausberechnungen können demnach zwar Entwicklungspfade berechnet werden, in der Realität machen 100 Kinder mehr oder weniger jedoch einen deutlichen Unterschied, nicht zuletzt durch den gesetzlichen Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab einem Alter von 1 Jahr. Kurzfristig kann daher oft nur mit Behelfslösungen agiert werden, da Neubauten eine lange Vorlaufzeit haben. Zugleich gibt es schon heute spürbare Personalengpässe in den Bereichen Bildung und Betreuung, die in den nächsten Jahren noch zunehmen werden. Sehr wahrscheinlich werden sie nicht allein mit Fachkräften aufzufangen sein, sodass Ungelernte oder ehrenamtliche Kräfte als Unterstützung herangezogen werden müssen.

- Für Familien ist es schwierig, bezahlbaren und geeigneten Wohnraum in Städten zu finden. Die Abwanderung von Familienhaushalten in das Umland der Städte wird sich ohne eine deutliche Entspannung der städtischen Wohnungsmärkte kaum aufhalten lassen, da die Städte nur einen bedingten Einfluss darauf ausüben können (z. B. sozialer Wohnungsbau, Ausweisung von Baugrund speziell für Familienhaushalte).
- Für zuwandernde Familien aus dem In- und Ausland ist es aufgrund der angespannten lokalen Wohnungsmärkte besonders schwer, eine dem Bedarf entsprechende und bezahlbare Wohnung zu finden. Für diese Gruppe sowie für Haushalte aus dem unteren Einkommensbereich stellt sich in Städten die Schwierigkeit, noch gewisse Wahlmöglichkeiten bei der Wohnungssuche offenzuhalten, damit sie nicht auf eine kleine Zahl hochgradig segregierter Viertel festgelegt werden. Die ethnische Diversität der Kinder wird ansteigen (z. B. Anteil ausländischer Kinder, Anteil mehrsprachiger Kinder), womit

auch die Anforderungen an die Bereitstellung sozialer Infrastruktur steigen. Sozialräumlich wird es hier auch zu Konzentrationen kommen. Für die Überwindung von Sprachbarrieren bei Kindern mit Einwanderungsgeschichte bedarf es vorschulischer und schulischer Angebote. Begleitende Schulsozialarbeit in Kitas und Schulen wird gerade auch in Stadtteilen mit einer hohen Anzahl an Zugewanderten zu einer wichtigen kommunalen Aufgabe werden.

- In sich verjüngenden Städten mit vielen kinderreichen Familien haben Kommunen mit dem Problem der Kinderarmut zu tun, die sich auf die Teilhabechancen von Kindern und Eltern auswirkt. Wie Kapitel 5 gezeigt hat, gibt es Stadtteile, die Kinderarmutsquoten von mindestens 60 % aufweisen. Diese sozialräumliche Dimension wird voraussichtlich noch an Bedeutung gewinnen.
- Eine Analyse des IAB auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten zeigt, dass 67 % der Männer, aber nur 23 % der Frauen sechs Jahre nach dem Zuzug erwerbstätig sind (vgl. Brücker et al. 2023). Auch um eine Teilhabe der Eltern (insb. der Mütter) auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen, ist der Ausbau von Betreuungsinfrastruktur gerade in benachteiligten Stadtteilen von großer Bedeutung. Gleichzeitig sollten jedoch auch Anreize bestehen oder gesetzt werden, dass gerade Eltern in einer schwierigen sozialen und ökonomischen Lage diese Betreuungsangebote wahrnehmen.

6.4 Veränderung der Haushaltsstruktur

Die in Kapitel 5.4 dargestellten Entwicklungen zeigen, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte in Großstädten in den letzten 30 Jahren angestiegen ist. Die Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung

2020 des Statistischen Bundesamtes verstärken die Annahme, dass sich diese Entwicklung in Zukunft fortsetzen wird. Während die Anteile der Mehrpersonenhaushalte laut der Vorausberechnung bis 2030 stagnieren oder sogar abnehmen, werden Einpersonenhaushalte anteilmäßig zunehmen (44 % aller Haushalte) (vgl. Destatis o. J.h). Auch die Haushaltsprognose 2040 des BBSR kommt zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Einpersonenhaushalte weiter zunehmen wird (vgl. Hoymann/Schlömer 2021).

Dies ist zum einen Folge einer wachsenden Zahl alleinlebender Älterer und geht zum anderen auf Verhaltensänderungen wie die frühere Gründung eigener Haushalte durch junge Erwachsene sowie die seltene und spätere Gründung einer Familie mit Kindern zurück. Aufgrund der erwarteten Entwicklung der Altersstruktur in der Bevölkerung dürfte sich die für die letzten Jahre beobachtete Tendenz zu kleineren Haushalten auch in Zukunft fortsetzen.

Zu beachten ist hierbei aber die regionale Dimension: Ebenso wie in der Vergangenheit erfolgt die Zunahme vor allem in Ballungsräumen, aber auch in ländlichen Regionen Süddeutschlands. Dabei ist dieses Muster nicht unbedingt Ergebnis eines anderen Haushaltsbildungsverhaltens, sondern eine Folge unterschiedlicher Bevölkerungsentwicklungen (vgl. ebd.).

Für die nähere Zukunft leiten sich daraus folgende zu erwartende Entwicklungen und Herausforderungen für die Städte ab:

- Die Nachfrage nach Wohnungen für kleinere Haushalte, insbesondere älterer Einpersonenhaushalte, wird weiter steigen, da der Anteil dieser Altersgruppe aufgrund des demografischen Aufbaus deutlich wächst.
- Neubauvorhaben sollten sich an diesen demografischen Entwicklungen orientieren und vermehrt den Bau von klei-

neren und barrierefreien Wohnungen umfassen.

- Da flächentechnisch momentan meist großzügiger gebaut wird, sollten neue Gebäude- und Wohnformen mitgedacht und realisiert werden, um die Pro-Kopf-Wohnfläche und Flächeninanspruchnahme für neue Wohnprojekte zu verringern.
- Eine hohe Zahl alleinlebender Älterer führt zu einem höheren Energie- und Wohnflächenverbrauch je Haushaltsmitglied, wenn die Bereitschaft, die Wohnung zu wechseln oder die Wohnung zu modernisieren, begrenzt ist. Das hat aufgrund der wachsenden Anzahl dieser Haushalte negative Auswirkungen für den Wohnungsmarkt und ist unter ökologischen Gesichtspunkten problematisch.
- Gezielte Anreize für diese Gruppe, die Wohnung zu wechseln, wie standortnahe und kostengünstige Alternativen, Mehrgenerationengebäude mit unterschiedlichen Wohnungsgrößen oder Altenwohngemeinschaften könnten helfen, die Umzugsbereitschaft zu steigern. Wie wirksam solche Angebote sein werden und welche quantitative Bedeutung sie erlangen, lässt sich aus heutiger Sicht nicht beurteilen.
- Mit Blick auf die steigenden Lebenshaltungskosten muss auch berücksichtigt werden, dass sich Ältere das Alleinwohnen nicht mehr unter allen Umständen leisten können, da sie neben den eigentlichen Kosten für Wohnen und Energie auch die Kosten für Pflege(hilfe)leistungen oder andere Dienstleistungen wie Menübringdienste („Essen auf Rädern“) bewältigen müssen. Dies könnte zu einem Anstieg der Altersarmut und einer damit verbundenen erhöhten Notwendigkeit staatlicher Hilfeleistungen führen.

- Das Anwachsen von Ein- und Zweipersonenhaushalten älterer Menschen trägt auch eine sozialpsychologische Dimension in sich. Um der Vereinsamung dieser Personen in ihren Wohnungen entgegenzuwirken, bedarf es entsprechender sozialer Angebote im unmittelbaren Nahbereich des Wohnstandortes. Der Aufbau und die Pflege geeigneter sozialer Netzwerke in der Nachbarschaft wird gegenüber heute noch an Bedeutung gewinnen.

6.5 Zunehmende Internationalisierung

Deutschland ist ein Einwanderungsland (vgl. Kapitel 3). Bedingt durch den Fachkräftemangel werden sich in den nächsten Jahren politische und wirtschaftliche Akteure verstärkt um die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte bemühen. Im Juli 2023 wurde dafür ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen, das bürokratische Hürden für einwandernde Fachkräfte bei bestimmten individuellen Voraussetzungen senken soll. Daneben wird die Fluchtzuwanderung aus Nordafrika und Asien höchst wahrscheinlich anhalten und gegebenenfalls sogar zunehmen (vgl. UNHCR 2023). Unklar bleibt, wie sich die durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten innereuropäischen Flüchtlingsströme entwickeln und inwieweit eine Rückwanderung in die Ukraine nach einem möglichen Friedensschluss einsetzt.

Nach und nach rücken die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer ins Rentenalter vor. Die erwerbsfähige Bevölkerung wird von 2021 bis 2030 von 51,4 Mio. auf etwa 50 Mio. zurückgehen (vgl. Destatis 2023a). Das IAB (Fuchs/Söhnlein/Weber 2021) geht davon aus, dass eine jährliche

Nettozuwanderung aus dem Ausland²⁷ von etwa 400.000 erwerbsfähigen Personen notwendig ist, damit das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland bis 2035 konstant bleibt. Wachsende Unsicherheiten in Europa, Klimawanderungen und weitere Faktoren werden auch zukünftig die Zuwanderung ausländischer Personen nach Deutschland auslösen. Dies alles wird die in Kapitel 5.3 aufgezeigten Internationalisierungstendenzen in den IRB-Städten weiter stützen und gegebenenfalls noch verstärken. Die aktuell noch relativ niedrigen Ausländerzahlen in den ostdeutschen IRB-Städten werden weiter steigen, was gerade in diesen Städten hohe Integrationsanforderungen auslösen und stellenweise auch zu Konflikten in der Stadtgesellschaft führen dürfte.

Die ethnische Segregation ist in Deutschlands größten Städten über die letzten Jahre betrachtet relativ stabil geblieben (s. Kapitel 5). In den ostdeutschen Städten liegt eine Besonderheit vor, die sich aus der Historie ergibt. Während in den westdeutschen Städten bereits eine über Jahrzehnte erfolgte Zuwanderung ausländischer Bevölkerung zu der heutigen kleinräumigen Verteilung geführt hat, setzte diese Entwicklung in Ostdeutschland erst mit der Wiedervereinigung ein. Auch die unterschiedliche städtebauliche Historie und teilweise auch die Folgen des 2. Weltkrieges tragen zu den Unterschieden bei (vgl. Helbig/Jähnen 2018).

Eine Zunahme ethnischer Segregation als Folge einer höheren Zuwanderung aus dem Ausland (Fachkräfte- und Fluchtzuwanderung) ist zu erwarten. Die Großstädte sind die räumlichen Ankerpunkte der Zuwan-

derung und werden es auch voraussichtlich bleiben. Sie bieten Ankommenden die Möglichkeit, an bestehende soziale Strukturen anzuschließen. Trotz angespannter Wohnungsmärkte finden sich in den Städten Stadtteile, die den Einstieg in die Stadtgesellschaft erleichtern. Diese Stadtteile tragen zur ethnischen Segregation bei und können eine wichtige Funktion im Integrationsprozess Ankommender erfüllen. Von der sozialräumlichen Segregation können positive (gegenseitige Unterstützung etc.) wie auch negative Effekte (Stigmatisierung etc.) ausgehen. Eine dynamische Analyse dieses sozialen und räumlichen Wandels wäre daher nötig, um auf kommunaler Ebene die Veränderungen wahrnehmen und einordnen zu können (vgl. BMVBS/BBSR 2009: 18).

Aus sozial-ökonomischer Perspektive zeichnen sich vor diesem Hintergrund folgende Trends ab:

- Der Integrationsbedarf und die ethnische Diversität werden weiter ansteigen, da mehr Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten nach Deutschland zuwandern.
- Die in die globale Wirtschaft eng eingebundenen Metropolkerne (Top 7) könnten von der Zuwanderung qualifizierter Migrantinnen und Migranten stärker profitieren als andere IRB-Städte. Zugleich lässt sich aus der Vergangenheit ablesen, dass einzelne Städte besonders von der Fluchtzuwanderung im Jahr 2015 betroffen waren. Städte des Ruhrgebiets waren hingegen insbesondere von der Zuwanderung aus Süd- und Osteuropa betroffen. Diese Muster dürften auch in den nächsten Jahren Bestand haben.
- Gerade Städte mit einer hohen Anzahl an gering qualifizierten Zugewanderten werden bei der Integration dieser Bevölkerungsgruppen voraussichtlich nicht ohne zusätzliche – finanzielle wie

(27) Nettozuwanderung meint Zuwanderung abzüglich Abwanderung. Zur Orientierung: 2022 wies Deutschland einen Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland von 1.462.089 auf, 2021 waren es jedoch z. B. „nur“ 329.163. Auch dies ist mit Sicherheit auch den Auswirkungen und Beschränkungen der Pandemie zuzuschreiben.

auch personelle – Unterstützung auskommen. Zwar haben die Kommunen spätestens seit den Jahren 2015/16 Erfahrung im Umgang mit hohen Zuwanderungszahlen in kurzen Zeiträumen gesammelt und Strategien dafür entwickelt, doch in Verwaltung, Kindertageseinrichtungen und Schulen sind die (personellen) Kapazitätsengpässen oft groß. Es bedarf ausreichender Angebote in Bezug auf den Spracherwerb, die schulische und berufliche Qualifizierung sowie die Einbindung in die Stadtgesellschaft. Seit dem 31. Dezember 2022 ist es auch Asylbewerbenden mit Duldung möglich, an Deutschkursen teilnehmen. Da das Angebot an Sprach- und Integrationskursen den hohen Bedarf jedoch nicht decken kann, kommt es oft zu langen individuellen Wartezeiten, die eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft hemmen.

- Schon heute liegt der Anteil ausländischer Kinder im schulpflichtigen Alter über alle IRB-Städte betrachtet bei knapp 17 %. Dieser Anteil dürfte bis 2030 weiter ansteigen. Daraus leitet sich ein höherer Bedarf an (gut geschultem) Lehrpersonal ab, das mit den wachsenden Anforderungen der ethnischen Diversität in einzelnen Stadtteilen umgehen kann. Es bedarf somit einer ausreichend ausgestatteten Schulsozialarbeit. Hierbei kommt der sozialräumliche Aspekt besonders zum Tragen, denn die ausländischen Kinder werden auch in Zukunft nicht über alle Stadtteile gleich verteilt sein, sodass eine einrichtungsbezogene Segregation nicht unwahrscheinlich ist.
- Die Fluchtzuwanderung ab 2015 war durch eine große Anzahl unbegleiteter Jugendlicher (überwiegend junge Männer) geprägt. Dies stellte die Kommunen vor große Herausforderungen (Wohnen, Vormundschaft etc.). Für eine gelingende Integration wäre es wichtig,

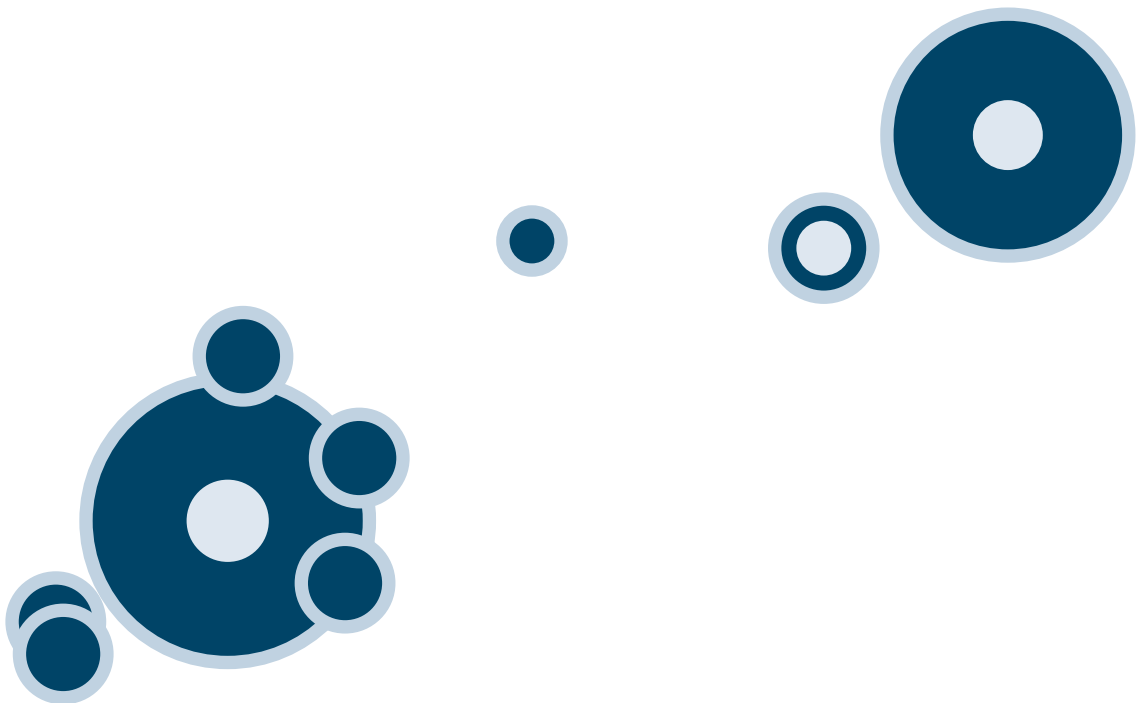
schulische und berufliche Bildungsangebote für diese Zielgruppe auszuweiten. Gerade in Kommunen mit einer ungünstigen Haushaltslage könnte dies zu einem wachsenden Problem werden.

- Die Engpässe auf den lokalen Wohnungsmärkten kombiniert mit der begrenzten Anzahl günstiger Wohnungen könnten zu einer wachsenden Segregation führen und in einzelnen Stadtteilen ethnische Konflikte befördern, die den sozialen Zusammenhalt negativ beeinträchtigen können. In diesen Stadtteilen sind die Kommunen besonders gefordert, kritische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.
- Möglich ist, dass in bestimmten Stadtteilen Konfliktpotentiale aus der wachsenden kulturellen Vielfalt erwachsen könnten. Unterschiedliche Wert- und Normensysteme treffen in diesen Stadtteilen aufeinander. Konfliktlagen zwischen verschiedenen ausländischen Gruppen können ebenso wie Spannungen zwischen deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung mehr oder weniger offen zu Tage treten. Gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz gegenüber anderen darf nicht als selbstverständlich unterstellt werden. Hier können neben kommunalen Stellen auch Träger der Wohlfahrtsverbände, große Wohnungsunternehmen wie auch private Initiativen bestehende oder sich abzeichnende Konfliktpotenziale mindern (vgl. Hohnstein et al. 2022, Zick et al. 2021).
- Anhaltende Zuwanderung unterschiedlicher ethnischer Gruppen löst auf den lokalen Wohnungsmärkten eine differenzierte Nachfrage aus. Während die Verteilung Hochqualifizierter auf die Städte von Faktoren wie der Verfügbarkeit passender Arbeitsplätze und der Attraktivität der Städte abhängt und sich über Marktprozesse selbständig regulieren wird, bleibt in Fällen von Fluchtmigration oder der Zuwanderung

weniger Qualifizierter die Frage offen, wie entsprechende Angebote durch die Kommunen vorgehalten werden können. Insgesamt sieht die Mehrheit der (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister größerer Kommunen 2023 den größten Handlungsbedarf ihrer Stadt im Bereich der „Unterkunft/Integration Geflüchteter“ – 2021 und 2022 wurde diese Herausforderung nur selten genannt (vgl. Kühl/Hollbach-Grönmig 2023). Besonders schwierig ist der Übergang von der kommunal gestemmen Unterbringung Geflüchteter und Asylsuchender in den regulären Wohnungsmarkt. Insbesondere bezahlbarer Wohnraum für weniger einkommensstarke Haushalte (deutsche wie zugewanderte) wird benötigt. Mit der Erschließung ungenutzter Potenzia-

le wie zum Beispiel leerstehender oder untergenutzter Gewerbeimmobilien könnten auf dem Wohnungsmarkt Lücken geschlossen werden, wenn es gelingen würde, in diesen Fällen günstigen Wohnraum zu schaffen. Den Bedarf zu decken, bleibt aufgrund der angespannten Wohnungsmärkte jedoch schwierig.

- Um hochsegregierte Stadtteile zu vermeiden, bedarf es des Ausbaus geeigneter Alternativen auf den lokalen Wohnungsmärkten, damit innerstädtische Umzüge realisiert werden können. Längerfristig ist dies nur durch ein über die Stadt verteiltes und an den Bedürfnissen einkommensschwächerer Haushalte orientiertes Wohnungsangebot zu erreichen.



7

Fazit und Ausblick

Der Bericht hat deutlich gezeigt, wie groß die Unterschiede zwischen den analysierten IRB-Städten sind. Noch markanter ist die Differenzierung auf Stadtteilebene. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie unterschiedlich sich gesellschaftliche Herausforderungen wie die Anpassung an den Klimawandel, die Transformation der Städte im Zuge der Mobilitätswende oder sozialräumliche Polarisierungstendenzen in den betroffenen Kommunen darstellen.

Zudem konnte gezeigt werden, wie übergreifende gesellschaftliche Prozesse wie der demografische Wandel auf die Städte einwirken. So trifft die Alterung der Gesellschaft alle Kommunen. Die Unterschiede zwischen den Städten resultieren dabei aus dem Ausgangsniveau und der Dynamik, mit der der gesellschaftliche Alterungsprozess auf die jeweilige Stadt einwirkt.

Des Weiteren weisen die Metropolkerne und die süddeutschen Städte ein besonders starkes Bevölkerungswachstum auf und müssen sich voraussichtlich auch weiterhin auf Zuwanderung einstellen. Die Zahl der Einpersonenhaushalte ist in allen IRB-Städten gewachsen, in den ostdeutschen stärker als in den westdeutschen IRB-Städten. Aufgrund des geringen Ausgangsniveaus ist die Internationalisierung bei den ostdeutschen Städten relativ gesehen am stärksten ausgeprägt, was den Abstand zu den westdeutschen Städten im Zeitverlauf verringert hat.

Die sozialräumlichen Differenzen in den untersuchten IRB-Städten sind im Vergleich zur gesamtstädtischen Ebene deutlich ausgeprägter, was auf die höhere

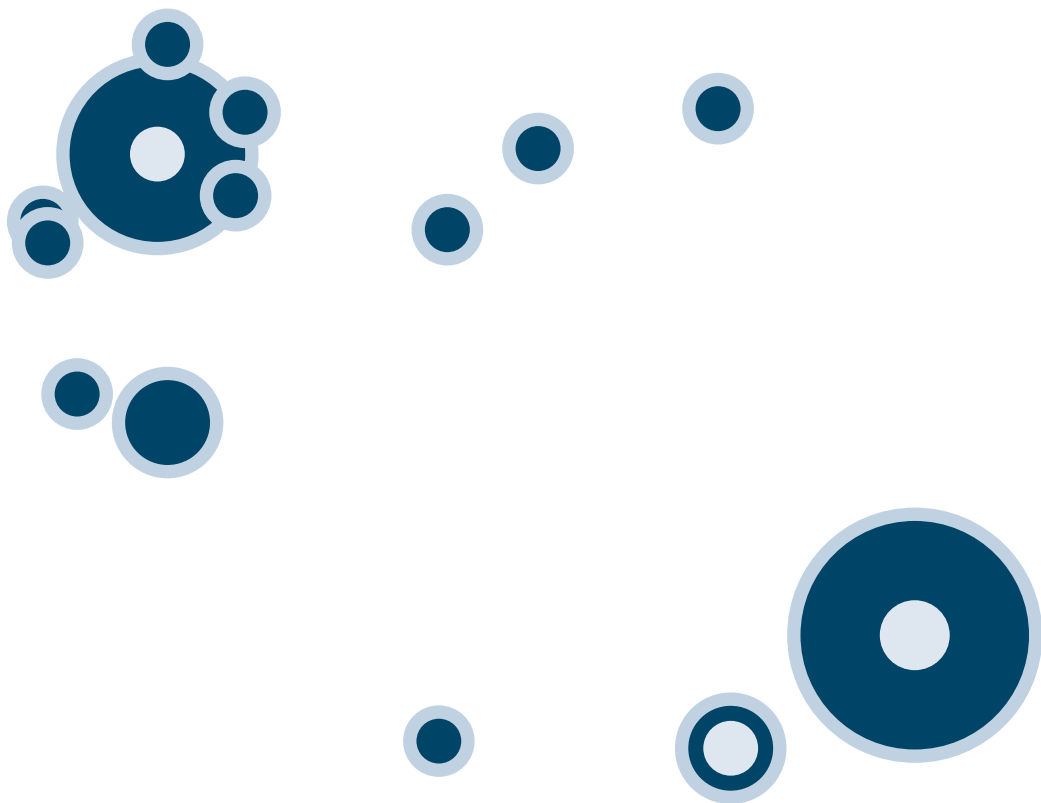
räumliche Auflösung zurückzuführen ist. Die beobachtbare Heterogenität innerhalb der Städte kommt auf diese Weise sichtbarer zum Ausdruck. Bei den demografischen Indikatoren kann auf Stadtteilebene im zeitlichen Verlauf eine (leichte) Annäherung beobachtet werden, was sich in einer Minderung der Werte für den Variationskoeffizienten niederschlägt. Bei der SGB-II-Bezugsquote ist dagegen in den vergangenen Jahren eine wachsende Divergenz festzustellen. Die Unterschiede innerhalb und zwischen den Kommunen sind bei diesem Indikator beträchtlich. Der vorsichtige Blick in die nähere Zukunft lässt vermuten, dass sich die beschriebenen Entwicklungen fortsetzen oder sogar intensivieren werden.

Die IRB-Städte sind schon seit jeher gefordert, sich an aktuelle Entwicklungen anzupassen. Dies ist insbesondere dann schwierig, wenn wirtschaftliche und gesellschaftliche Pfadabhängigkeiten vorliegen, wie sich am Beispiel der Städte des Ruhrgebiets zeigt. Die sich in den nächsten Jahren abzeichnenden Herausforderungen haben dabei die Eigenschaft, regional und innerstädtisch sehr unterschiedlich zu wirken. Einfache, überall gültige Lösungen kann und wird es daher nicht geben. Politisches Handeln muss sich diesen Herausforderungen auf allen Ebenen (Bund, Länder und insb. Kommunen) stellen, sie antizipieren und sozialraumorientiert handeln. Auch weil sich die sozialen Herausforderungen unserer Zeit in den Städten am stärksten zeigen, sind die Städte von wesentlicher Bedeutung für unsere gesamte Gesellschaft. Daher war es das Ziel dieses Berichts, einen empirisch fundierten

Fokus auf die wesentlichen soziodemografischen und sozioökonomischen Entwicklungspfade der IRB-Städte zu richten.

Diese kurze Zusammenfassung einiger wichtiger Ergebnisse zeigt, dass eine kleinräumige Stadtbeobachtung auch aus der Sicht des Bundes notwendig ist. Die IRB ist ein Teilbaustein der Raumbearbeitung im BBSR und als Dauerbeobachtungssystem angelegt. Durch die Kooperation mit den

Statistikstellen und Ämtern der beteiligten IRB-Städte eröffnet sich für den Bund überhaupt erst die Möglichkeit, kleinräumige Wandlungsprozesse und ihre Auswirkungen genauer zu untersuchen und einzuordnen. Ohne die IRB wäre der Bund in zentralen stadtentwicklungspolitischen Fragestellungen „blind“ oder müsste sich die notwendigen Informationen über andere viel aufwändigere Wege versuchen zu beschaffen.



Literaturverzeichnis

- Adam, B.; Sturm, G., 2014:** Was bedeutet Gentrifizierung und welche Rolle spielt die Aufwertung städtischer Wohnbedingungen? *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 41. Jg. (4): 267–275.
- Axnick, M., 2021:** Hitzebedingte Sterblichkeit in Berlin und Brandenburg. *Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg* (1): 34–39.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), 2005:** Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft. Deutscher Beitrag zur Pilotforschungsstudie „The Impact of Immigration on Europe’s Societies“ im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks. Nürnberg.
- Banister, D., 2011:** Cities, mobility and climate change. *Journal of Transport Geography*, 19. Jg. (6): 1538–1546.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2022:** Länge der Arbeitswege unterscheidet sich regional erheblich. Pressemitteilung vom 23. August 2022. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/presse/presseinformationen/2022/pendeln-2021.html> [abgerufen am 20.09.2023].
- Beckmann, K. J., 2020:** Nationale Stadtentwicklungspolitik. In: Breckner, I.; Göschel, A.; Matthiesen, U. (Hrsg.): *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: 63–72.
- Behrends, S.; Geisler, S.; Kott, K.; Ziebach, M., 2021:** Private Haushalte – Einkommen und Konsum. In: Destatis – Statistisches Bundesamt; WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: 203–257.
- Berlinghoff, M., 2018:** Geschichte der Migration in Deutschland. Dossier Migration. Bonn. Zugriff: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/dossier-migration/252241/geschichte-der-migration-in-deutschland/?p=all> [abgerufen am 20.09.2023].
- Bernt, M., 2018:** Schrumpfung. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hannover: 2119–2128.
- BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2022:** Fakten. Altenquotient. Zugriff: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Glossar/A/Altenquotient.html?nn=1218208> [abgerufen am 20.09.2023].
- Birk, U.; Lauffer, F.; Zander, C., 2018:** Bezahlbares Wohnen. Einführung. *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 41. Jg. (4): 4–7.
- Blitz, A., 2021:** How does the individual perception of local conditions affect cycling? An analysis of the impact of built and non-built environment factors on cycling behaviour and attitudes in an urban setting. *Travel Behaviour and Society*, 25. Jg. (4): 27–40.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), 2021:** Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin. Zugriff: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6 [abgerufen am 20.09.2023].
- BMG – Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.), 2021:** Siebter Pflegebericht. Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Pflegeversicherung und den Stand der pflegerischen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtszeitraum: 2016–2019. Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), 2019:** Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), 2020:** Deutschlandatlas. Karten zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Berlin.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), 2009:** Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten. *Forschungen*, Heft 137. Berlin.
- Böltken, F.; Gatzweiler, H.-P.; Meyer, K., 2007:** Das Kooperationsprojekt „Innerstädtische Raumbewachung“: Rückblick, Ausblick, Ergebnisse. Informationsgrundlagen für Stadtforschung und Stadtentwicklungspolitik. In: BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): *Innerstädtische Raumbewachung: Methoden und Analysen. Berichte, Band 25*. Bonn: 7–22.
- Bömermann, H., 2011:** Leben Berliner mit Migrationshintergrund segregiert? *Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg* (3): 54–73. Zugriff: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61261-4> [abgerufen am 20.09.2023].

- bbp** – Bundeszentrale für politische Bildung, 2022: Soziale Situation in Deutschland. Armut und Mindestsicherung. kurz&knapp. Zugriff: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61784/armut-und-mindestsicherung/> [abgerufen am 20.09.2023].
- Breckner, I.**, 2010: Gentrifizierung im 21. Jahrhundert. APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 17/2010: 27–32. Zugriff: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/32813/gentrifizierung-im-21-jahrhundert/> [abgerufen am 20.09.2023].
- Brücker, H.; Jaschke, P.; Kosyakova, Y.; Vallizadeh, E.** 2023: Entwicklung der Arbeitsmarktintegration seit Ankunft in Deutschland: Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich. IAB-Kurzbericht 13. Nürnberg.
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, 18.11.2022: Durchschnittliche Lebenserwartung (Periodensterbetafel): Deutschland, Jahre, Geschlecht, Vollendetes Alter. Wiesbaden.
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, 2021a: Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020. Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035. Zugriff: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Publikationen/Downloads-Vorausberechnung/bevoelkerung-deutschland-2035-5124202219004.pdf?__blob=publicationFile [abgerufen am 20.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, 2021b: Bevölkerung nach Altersgruppen 2011 bis 2021. Zugriff: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/liste-altersgruppen.html> [abgerufen am 21.07.2022].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, 2021c: Geändertes Wanderungsverhalten im Corona-Pandemiejahr 2020. Zugriff: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/wanderungsverhalten-corona.html> [abgerufen am 21.07.2022].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, 2022a: Methoden. Klassifikationen, Verzeichnisse, Systematiken. Wiesbaden. Zugriff: <https://www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/textbaustein-klassifikationen.html> [abgerufen am 20.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, 2022b: Zahl der Woche. Haushalte mit Einkommen unter 1 300 Euro geben anteilig am meisten für Strom, Heizung und Warmwasser aus. Pressemitteilung vom 11. Januar 2022. Zugriff: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2022/PD22_02_p002.html [abgerufen am 20.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, 2023a: 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse. Zugriff: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitheft.html> [abgerufen am 20.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, 2023b: Statistischer Bericht – Pflegevorausberechnung – Deutschland und Bundesländer. Berichtszeitraum 2022-2070. Zugriff: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Publikationen/Downloads-Vorausberechnung/statistischer-bericht-pflegevorausberechnung-5124209229005.html> [abgerufen am 20.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, o. J.a: Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Altersjahre, Tab. 12411-0005. Zugriff: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/beta/statistic/12411/table/12411-0005> [abgerufen am 28.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, o. J.b: Bevölkerung: Deutschland, Stichtag, Nationalität, Tab. 12411-002. Zugriff: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/beta/statistic/12411/table/12411-0002> [abgerufen am 28.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, o. J.c: Privathaushalte, Haushaltsmitglieder: Deutschland, Jahre (bis 2019), Gemeindegrößenklassen, Tab 12211-9021. Zugriff: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/beta/statistic/12211/table/12211-9021> [abgerufen am 28.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, o. J.d: Privathaushalte: Deutschland, Jahre (bis 2019), Haushaltgröße, Gemeindegrößenklassen, Tab. 12211-9023. Zugriff: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/beta/statistic/12211/table/12211-9023> [abgerufen am 28.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, o. J.e: Haushaltsmitglieder in Hauptwohnsitzhaushalten: Deutschland, Jahre, Geschlecht, Altersgruppen, Haushaltgröße, Tab. 1211-0302. Zugriff: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/beta/statistic/1211/table/1211-0302> [abgerufen am 28.09.2023].

- Destatis** – Statistisches Bundesamt, o. J.f: Nebenwohnsitzhaushalte: Deutschland, Jahre, Haushaltsgröße, Gemeindegrößenklassen, Tab. 12211-0310. Zugriff: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/beta/statistic/12211/table/12211-0310> [abgerufen am 28.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, o. J.g: Nebenwohnsitzhaushalte, Haushaltsmitglieder: Deutschland, Jahre, Gemeindegrößenklassen, Tab. 12211-0311. Zugriff: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/beta/statistic/12211/table/12211-0311> [abgerufen am 28.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt, o. J.h: Vorausberechnete Privathaushalte: Deutschland, Jahre, Varianten der Haushaltsvorausberechnung, Haushaltsgröße. Zugriff: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/_inhalt.html#233992 [abgerufen am 20.09.2023].
- Destatis** – Statistisches Bundesamt; WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), 2021: Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin.
- Die Bundesregierung**, 2019: Auswirkungen des Klimawandels. Konsequenzen für Deutschland und die Welt. Zugriff: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/auswirkungen-klimawandel-1669160> [abgerufen am 20.09.2023].
- DIW** – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2022. Äquivalenzeinkommen. DIW Glossar. Zugriff: https://www.diw.de/de/diw_01.c.411605.de/ [abgerufen am 18.11.2022].
- Duncan, O. D.; Duncan, B.**, 1955: A Methodological Analysis of Segregation Indexes. *American Sociological Review*, 20. Jg. (2): 210–217.
- DWD** – Deutscher Wetterdienst, 2022: Stadtklima – die städtische Wärmeinsel. Zugriff: https://www.dwd.de/DE/forschung/klima_umwelt/klimawirk/stadtpl/projekt_warmeinseln/projekt_waermeinseln_node.html [abgerufen am 01.07.2022].
- EU** – Europäische Union, 2011: Städte von morgen. Herausforderungen, Visionen, Wege nach vorn. Luxemburg.
- FAZ** – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2015: Merkel: „Deutschland ist ein Einwanderungsland“. 01. Juni. Zugriff: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/angela-merkel-sieht-deutschland-als-einwanderungsland-13623846.html> [abgerufen am 13.10.2022].
- Friedrich, K.; Knabe, S.**, 2018: Bevölkerungsvorausberechnungen. Was sie leisten können – und was nicht. *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 45. Jg. (1): 22–33.
- Friedrichs, J.**, 2014: Kontexteffekte von Wohngebieten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 66. Jg. (S1): 287–316.
- Friedrichs, J.; Triemer, S.**, 2009: Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Fuchs, J.; Söhnlein, D.; Weber, B.**, 2021: Projektion des Erwerbepersonenpotenzials bis 2060 – Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen. *IAB-Kurzbericht 25*. Nürnberg.
- Gatzweiler, H.-P.**, 2011: Raumbewachung – Was soll das? *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 38. Jg. (7/8): 409–423.
- Gleich, A.; Staudinger, T.**, 2013: Städtevergleich auf Basis von Clusteranalysen am Beispiel der Demografie-Berichterstattung. *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 40. Jg. (6): 517–527.
- Goebel, J.; Hoppe, L.**, 2015: Ausmaß und Trends sozialräumlicher Segregation in Deutschland. Bonn.
- Goebel, J.; Krause, P.**, 2021: Datenreport 2021. Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Bonn. Zugriff: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/private-haushalte-einkommen-und-konsum/329951/armut-in-verschiedenen-bevoelkerungsgruppen/> [abgerufen am 20.09.2023].
- Groh-Samberg, O.; Hertel, F. R.**, 27.02.2015: Ende der Aufstiegs-gesellschaft? *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*. Zugriff: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/201649/ende-der-aufstiegs-gesellschaft/> [abgerufen am 20.09.2023].
- Großmann, K.**, 2019: Energy efficiency for whom? A conceptual view on retrofitting, residential segregation and the housing market. *Sociologia urbana e rurale* 119: 78–95.
- Häußermann, H.**, 2008: Wohnen und Quartier: Ursachen sozialräumlicher Segregation. In: Huster, E.-U.; Boeckh, J.; Mogge-Grotjahn, H. (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: 335–349.
- Häußermann, H.**, 2010: Armutsbekämpfung durch Stadtplanung? *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte* 51–52: 23–29.
- Häußermann, H.; Siebel, W.**, 1987: *Neue Urbanität*. Frankfurt am Main.
- Heintz, B.**, 2016: „Wir leben im Zeitalter der Vergleichen.“ Perspektiven einer Soziologie des Vergleichs. *Zeitschrift für Soziologie*, 45. Jg. (5): 305–323.
- Helbig, M.; Jähnen, S.**, 2018: Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. *WZB Discussion Paper P2018–001*. Berlin. Zugriff: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf> [abgerufen am 01.07.2022].
- Herbert, U.**, 2001: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München.
- Hohnstein, S.; Langner, J.; Zschach, M.**, 2022: Konflikte in der Migrationsgesellschaft – Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung. In: Hohnstein, S.; Langner, J.; Zschach, M.; Langner, S. (Hrsg.): *Lokale Konflikte in der Migrationsgesellschaft. Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung. Schriftenreihe der Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention*, Band 15. München, Halle: 7–27.

- Hoymann, J.; Schlömer, C., 2021:** Raumordnungsprognose 2040. Haushaltsprognose: Ergebnisse und Methodik. Herausgeber: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. BBSR-Analysen KOMPAKT 05/2021. Bonn.
- Jakubowski, P., 2014:** Auf dem Weg zu Smart Cities. Stadtzukünfte mit neuen Technologien. Herausgeber: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2014. Bonn.
- Kaltenbrunner, R.; Jakubowski, P., 2018:** Die Stadt der Zukunft. Wie wir leben wollen. Berlin.
- Kriwy, P.; Neumeier, S.; Klärner, A., 2020:** Regionale gesundheitliche Ungleichheiten. In: Kriwy, P.; Jungbauer-Gans, M. (Hrsg.): Handbuch Gesundheitssoziologie. Wiesbaden: 583–601.
- Kronauer, M., 2020:** Ungleichheit und Polarisierung in der Stadt. In: Breckner, I.; Göschel, A.; Matthiesen, U. (Hrsg.): Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: 195–206.
- Kruse, H.; Teltemann, J., 2022:** Wo und wie Grenzen ziehen? Soziale Kategorisierung in der quantitativen Stadtsoziologie. In: Kruse, H.; Teltemann, J. (Hrsg.): Differenz im Raum. Sozialstruktur und Grenzziehung in deutschen Städten. Wiesbaden: 3–24.
- Kühl, C.; Hollbach-Grömig, B., 2023:** OB-Barometer 2023. Berlin.
- Kühn, M., 2021:** Zuwanderung in Städte: Chancen und Grenzen der planerischen Steuerung. *disP – The Planning Review*, 57. Jg. (1): 18–35.
- Kurtenbach, S., 2015:** Ankunftsgebiete – Erklärung für die räumliche Konzentration armutsgeprägter Zuwanderung. In: Citlak, B.; Kurtenbach, S.; Gehne, D. H. (Hrsg.): Global Social Work: Regionale und lokale Herausforderung der Armutszuwanderung aus Südosteuropa. Dokumentation der internationalen Tagung vom 28.02.2014 an der Fachhochschule Dortmund. ZEFIR Forschungsbericht, Band 8: 52–57.
- Liebig-Gonglach, M.; Pauli, A.; Hornberg, C., 2020:** Zur Bedeutung von Umweltqualitäten und sozialen Verhältnissen als Gesundheitsfaktoren. In: Kriwy, P.; Jungbauer-Gans, M. (Hrsg.): Handbuch Gesundheitssoziologie. Wiesbaden: 603–623.
- Löw, M., 2008:** Soziologie der Städte. Frankfurt am Main.
- Madelin, M.; Grasland, C.; Mathian, H.; Sanders, L.; Vincent, J.-M., 2009:** Das „MAUP“: Modifiable Area Unit – Problem oder Fortschritt? *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 36. Jg. (10/11): 645–660.
- Maretzke, S., 2022:** Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 49. Jg. (3): 132–151.
- Maretzke, S.; Hoymann, J.; Schlömer, C.; Stelzer, A., 2021:** Raumordnungsprognose 2040. Bevölkerungsprognose: Ergebnisse und Methodik. Herausgeber: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. BBSR-Analysen KOMPAKT 03/2021. Bonn.
- Müther, A. M.; Waltersbacher, M., 2014:** Einführung. *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 41. Jg. (4): I–III.
- Nowossadeck, S., 2013:** Demografischer Wandel, Pflegebedürftige und der künftige Bedarf an Pflegekräften. Eine Übersicht. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 56. Jg. (8): 1010–1047.
- Petschel, A., 2021:** Bevölkerung mit Migrationshintergrund. In: Destatis – Statistisches Bundesamt; WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin: 30–44.
- Reckwitz, A., 2018:** Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Bonn.
- Röhl, K.-H.; Schröder, C., 2016:** Regionale Armut. Welche Regionen sind in Deutschland besonders von Armut betroffen? *IW-Kurzbericht 49*. Köln. Zugriff: <https://www.iwkoeln.de/studien/christoph-schroeder-klaus-heiner-roehl-welche-regionen-sind-in-deutschland-besonders-von-armut-betroffen-294177.html>.
- Rosenfeld, M. T., 2018:** Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover: 837–849.
- Schönig, B.; Vollmer, L., 2018:** Wohnungsnot gestern und heute. *IzR – Informationen zur Raumentwicklung*, 45. Jg. (4): 10–21.
- Siebel, W., 2013:** Stadt, Ungleichheit und Diversität. *Leviathan*, 41. Jg. (2): 238–263.
- Siedentop, S.; Gornig, M.; Weis, M., 2011:** Integrierte Szenarien der Raumentwicklung in Deutschland. Politikberatung kompakt, Band 60. Berlin.
- SPD; Grüne; FDP, 2021:** Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90 / Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP), 2021. Berlin.
- Stadt Nürnberg - Amt für Stadtforschung und Statistik, 2020:** Entwicklung der Nahversorgung in Nürnberg. Berichte aus Stadtforschung und Statis, M506. Nürnberg.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Regionaldatenbank Deutschland, o. J.:** Zu- und Fortzüge (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets) nach Geschlecht und Nationalität – Jahressumme – regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte, Tab. 12711-03-02-4. Zugriff: <https://www.regionalstatistik.de/genesis//online?operation=table&code=12711-03-02-4&bypass=true&levelindex=0&levelid=1695899475614#abreadcrumb> [abgerufen am 28.09.2023].

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Regionaldatenbank Deutschland, o.J.:** Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen (21) – Stichtag 31.12. – (ab 2011) regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte, Tab. 12411-03-03-4. Zugriff: <https://www.regionalstatistik.de/genesis//online?operation=table&code=12411-03-03-4&bypass=true&levelindex=0&levelid=1695899681289#abreadcrumb> [abgerufen am 28.09.2023].
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2022:** Arbeits- und Fachkräftemangel trotz Arbeitslosigkeit. Bericht: Arbeitsmarkt kompakt. Nürnberg.
- Tezcan-Güntekin, H.; Razum, O., 2017:** Herausforderungen in Betreuung, Versorgung und Pflege von älteren Migranten und Migrantinnen. In: Zippel, C.; Hoff, A. (Hrsg.): Älter werden – älter sein. Ein Ratgeber. Frankfurt am Main: 188–203.
- Thierstein, A.; Langer-Wiese, A.; Förster, A., 2011:** Ein Wirkungsmodell für Stadtentwicklung: Kreativ, attraktiv, wettbewerbsfähig. In: Frey, O.; Koch, F. (Hrsg.): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel. Wiesbaden: 103–118.
- UBA – Umweltbundesamt, 2019:** Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Dessau-Roßlau.
- UNHCR – UN High Commissioner for Refugees, 2023:** Global Trends. Forced Displacement in 2022. Kopenhagen.
- VDSt – Verband Deutscher Städtestatistiker, 2011:** Indikatoren- und Merkmalskatalog zum demografischen Wandel. Arbeitshilfe für kommunalstatistische Monitoring- und Berichtssysteme zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung. Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 1.
- Vester, F., 1983:** Ballungsgebiete in der Krise. Vom Verstehen und Planen menschlicher Lebensräume. München.
- Vogel, H.-J.; Weißer, K.; Hartmann, W. D., 2018:** Smart City: Digitalisierung in Stadt und Land. Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden, Heidelberg.
- vom Berge, P.; Schanne, N.; Schild, C.-J.; Trübswetter, P.; Wurdack, A.; Petrovic, A., 2014:** Eine räumliche Analyse für Deutschland: Wie sich Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten verteilen. IAB-Kurzbericht, Band 12. Nürnberg.
- VV Städtebauförderung, 1999:** Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen.
- Wagner, G. G.; Frick, J. R.; Schupp, J., 2007:** The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. Schmollers Jahrbuch, 127. Jg. (1): 139–169.
- Weingart, P.; Lentsch, J., 2008:** Wissen - Beraten - Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland. Forschungsberichte / Interdisziplinäre Arbeitsgruppen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Band 22. Weilerswist.
- Zapf, W. (Hrsg.), 1977:** Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung. Frankfurt am Main.
- Zick, A.; Krott, N. R., 2021:** Einstellungen zur Integration in der deutschen Bevölkerung von 2014 bis 2020. Studienbericht der vierten Erhebung im Projekt Zugleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit. Bielefeld.

Anhang



Quelle: eigene Darstellung, Vorausberechnungen der aufgeführten Städte

Stadt	Stadttyp	Jahr 2030 inbegriffen?	Zeitraum	Jahr der Veröffentlichung	Bevölkerungsentwicklung	mittlere Veränderung	Durchschnittsalter	Altersgruppen	Kita/Grundschule (unter 6 Jahre)	Kinder/Jugendliche (unter 18 Jahre)	Erwerbstätige (unter 45 Jahre)	Erwerbstätige (45 bis unter 65 Jahre)	jüngere Senioren (65 bis 80 Jahre)	Hochbetagte (über 85 Jahre)
Augsburg	andere (Süden)	teilweise	2019–2038	2019	Zunahme		leicht steigend	bis 2028 (absolute Veränderung): Zunahme: 0–18, 33–49, > 63 Abnahme: 19–32, 50–62	Zunahme	Zunahme	teils teils	teils teils	Zunahme	Zunahme
Berlin	Top 7	ja	2018–2030	2019	Zunahme	4,7 %	leicht steigend	Veränderung bis 2030: überproportionale Zunahme: 6–18, 65–80, > 80	Zunahme	Zunahme	Zunahme	teils teils	Zunahme	Zunahme
Bonn	andere (Nordwest)	ja	2020–2040	2020	Zunahme			2030 (absolute und prozentuale Veränderung): höchste Zunahme: > 65 Zunahme: < 18, 30–44 Abnahme: 18–29, 45–65	Zunahme	Zunahme	teils teils	Abnahme	Zunahme	Zunahme
Duisburg	Top 8–15	ja	2020–2035	2020	leichte Abnahme			absolute Veränderung bis 2030: Zunahme: 0–18, 35–44, 65–74 Abnahme: 18–35, 45–64, > 75	Zunahme	Zunahme	teils teils	Abnahme	Zunahme	Abnahme
Düsseldorf	Top 7	nur Gesamtbevölkerung)	2020–2035		Zunahme	8 %	konstant	bis 2035 (absolut/prozentual): Zunahme: in fast allen Altersgruppen höchste Zunahme: > 80 Abnahme: 50–64	Zunahme	Zunahme	Zunahme	teils teils	Zunahme	Zunahme
Dresden	Top 8–15	ja	2020–2035	2020	Zunahme	3,1 %		bis 2030: höchste Zunahme: > 85 Zunahme: 45–74, 6–29 Abnahme: 0–5, 30–44, 75–84	Abnahme	Zunahme	teils teils	Zunahme	teils teils	Zunahme
Essen	Top 8–15	ja	2019–2030	2019	Zunahme			bis 2030: (absolut/prozentual): Zunahme: Kinder/Jugendliche, Senioren Abnahme: < 6, Erwerbstätige	Abnahme	Zunahme	Abnahme	Abnahme	Zunahme	teils teils
Frankfurt (Oder)	andere (Osten)	ja	2018–2030	2018	Abnahme	-1,7		2030 (absolut/prozentual): Zunahme: 0–15, 16–25, 65–79, > 80 Abnahme: 26–64	Zunahme	Zunahme	Abnahme	Abnahme	Zunahme	Zunahme
Hamburg	Top 7	ja	2019–2040	2019	Zunahme für alle 3 Varianten			2030 (mittlere Variante): Zunahme: 0–19, 35–49, 60–74, > 85 Abnahme: 20–34, 50–59, 75–84 Tendenz: mehr Jüngere und Ältere	Zunahme	Zunahme	teils teils	teils teils	teils teils	Zunahme
Hannover	Top 8–15	teilweise auch nur bis einschließlich 2029	2019–2030	2020	Zunahme	2,8 %	steigt um 0,6 Jahre	2029 (absolut): Zunahme: 0–2, 6–17, 30–44, 65–74, > 85 Abnahme: 18–29, 45–64, 75–84	teils teils	Zunahme	teils teils	Abnahme	teils teils	Zunahme
Heidelberg	Universitätsstädte	ja	2018–2035	2018	starke Zunahme	17,2 %	konstant	2030: Zunahme (absolut): in allen Altersgruppen Zunahme (prozentual): 10–18, 30–45, 65–75	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme
Ingolstadt	andere (Süden)	ja	2019–2039	2021	Zunahme in allen 3 Prognose-Varianten			Unterschiede in Varianten Tendenz (mittlere Variante) bis 2030: Zunahme: 6–20, 45–64, 65–74, > 85 Abnahme: 0–3, 21–30	Abnahme	Zunahme	teils teils	Zunahme	Zunahme	Zunahme

Anhang 2: Entwicklungen einzelner IRB-Städte bis zum Jahr 2030

Stadt	Stadttyp	Jahr 2030 inbegriffen?	Zeitraum	Jahr der Veröffentlichung	Bevölkerungsentwicklung	mittlere Veränderung	Durchschnittsalter	Altersgruppen	Kita/Grundschule (unter 6 Jahre)	Kinder/Jugendliche (unter 18 Jahre)	Erwerbstätige (unter 45 Jahre)	Erwerbstätige (45 bis unter 65 Jahre)	jüngere Senioren (65 bis 80 Jahre)	Hochbetagte (über 85 Jahre)
Jena	Universitätsstädte	teilweise nur Tendenz	2019–2035	2019	leichte Zunahme	1,2 %		(erkennbare) Tendenz bis 2030: stärkste Zunahme: > 80 Zunahme: 6–18 Abnahme: < 6	Abnahme	Zunahme	Abnahme	Zunahme	teils teils	Zunahme
Koblenz	andere (Süden)	ja	2020–2040	2021	Abnahme	bis 2040: -1,4 %		Veränderung bis 2030 (absolut): Zunahme: 6–24, 35–44, 65–74, > 84 Abnahme: 0–6, 25–34, 45–54, 55–64, 75–84	Abnahme	Zunahme	teils teils	Abnahme	teils teils	Zunahme
Köln	Top 7	ja	2018–2030/2040	2019	Zunahme	bis 2030: 4,0 % bis 2040: 6,3 %	steigend um 1,4 Jahre (2040)	Veränderung bis 2030 (absolut/prozentual): stärkste Zunahme: 65–80, > 80 Zunahme: alle Altersgruppen Ausnahme: Abnahme 45–64	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Abnahme	Zunahme	Zunahme
Konstanz	Universitätsstädte	ja	2020–2040	2020	Zunahme für alle Varianten prognostiziert (9–14 %)			Unterschiede in den Varianten: <u>Tendenzen Baulandvariante 2 bis 2030</u> : Zunahme: 3–5, 6–9, 10–17, 30–49, 65–80, > 80 Abnahme: 0–2, 18–24, 25–29, 50–64	teils teils	Zunahme	teils teils	teils teils	Zunahme	Zunahme
Leipzig	Top 8–15	ja	2020–2040	2019	Zunahme in allen drei Szenarien		sinkend	Hauptvariante bis 2030: Zunahme: 0–5, 6–14, 15–64, 65–80, > 80	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme
Mannheim	andere (Süden)	ja	2021–2040	2021	Zunahme	5,7 % bis 2040		Veränderung bis 2040: Zunahme: in allen Altersgruppen (insgesamt) Abnahme: innerhalb der Altersgruppen 29–32, 51–60, 80–85	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme
Oberhausen	andere (Nordwest)		2018–2030	2018	Abnahme	2,4 %		Hauptvariante absolute/prozentuale Veränderung: stärkste Zunahme: 65–80 Zunahme: 3–5, 6–10, 11–17, 65–80 Abnahme: < 3, 18–24, 25–39, 40–65, > 80	teils teils	Zunahme	Abnahme	Abnahme	Zunahme	Abnahme
Rostock	andere (Osten)	ja	2035	2020	Zunahme	3,0 %		Veränderung bis 2030 (absolut): Zunahme: 10–14, 15–17, 18–24, 25–44, 65–80, > 80 Abnahme: 3–5, 45–64 Stagnation: 0–2, 6–9 größte Veränderung: 15–17	Abnahme	teils teils	Zunahme	Abnahme	Zunahme	Zunahme
Solingen	andere (Nordwest)	ja	2018–2040	2019	Zunahme			Tendenz bis 2030: Zunahme: > 65 leichte Zunahme: 0–17, 18–44 Abnahme: 45–65	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Abnahme	Zunahme	Zunahme
Ulm	andere (Süden)		2020–2040	2020	Zunahme	14,4 % bis 2040		Mitte der beiden Varianten bis 2030 (Tendenz): Zunahme: 0–2, 10–17, 18–24, 25–34, 35–64, 65–85, > 85 Abnahme: 3–5, 6–9	teils teils	teils teils	Zunahme	Zunahme	Zunahme	Zunahme

